Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 7. November 1928 — Nummer 261

Für die Verteidigung der Sowjetunion!

Vormarsch zur proletarischen Revolution

Mit dem 7. November 1917 beginnt die proletarische Weltrevolution. Unter Führung der Bolschewiki, der Partei Lenins, wurde der imperialistische Krieg in den Bürgerkrieg zum Sturz, zur Vernichtung der Bourgeoisieherrschaft umgewandelt. Die kühne Tat des siegreichen bewaffneten Aufstandes am 7. November stellte und stellt die Entscheidungsfrage der gegenwärtigen Epoche: für oder gegen die proletarische Revolution! An diesem Problem scheiden sich die Klassen am schärfsten und klarsten. Die proletarische Revolution steht auf der Tagesordnung bis zur endgültigen Vernichtung des Imperialismus, bis zum endgültigen Siege des Proletariats im Weltmaßstabe.

In ungeheuren, opferreichen Kämpfen haben die russischen Arbeiter und Bauern die Revolution verteidigt und die Konterrevolution der Gutsbesitzer, Kapitalisten, des gesamten internationalen Imperialismus zurückgeschlagen. Aus Trümmern der durch Krieg und Bürgerkrieg zerstörten Wirtschaft begannen die Arbeiter, gestützt auf die Dorfarmut und verbündet mit der Masse der Mittelbauern, die sozialistische Wirtschaft aufzubauen: aus eigener Kraft gegen den Boykott und den Widerstand der kapitalistischen Welt. Gewaltige Schwierigkeiten galt und gilt es zu überwinden: größer als die Schwierigkeiten waren und sind der Klassenwille des Proletariats, revolutionäre Tatkraft und Weitblick der führenden Partei, der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der sozialistische Aufbau der Wirtschaft ist im unaufhaltsamen Vormarsch!

11 Jahre Sowjetmacht — das ist die größte Leistung der Geschichte,

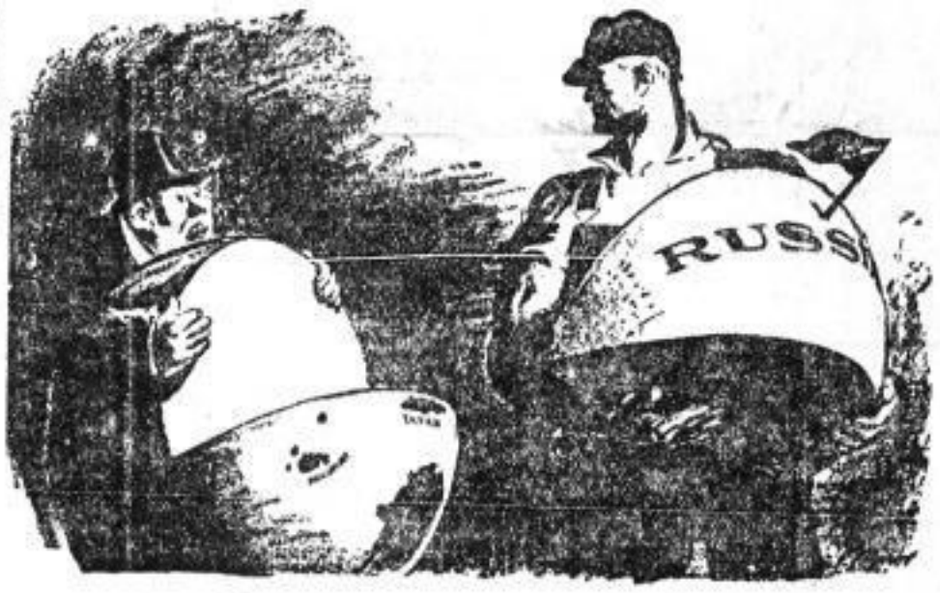
vollbracht von der einzigen Klasse, die die Ueberwindung der Klassengesellschaft zu vollbringen vermag: vom Proletariat. Wohl höhnen die Klassenfeinde des Proletariats: die Revolution ist aus! Wohl hetzen sie gegen den Arbeitersteat: der sozialistische Aufbau ist bankrott! Vermögen sie damit den wirklichen Verlauf der Entwicklung zu verfälschen?

Wohl erfordert das Klasseninteresse der Bourgeoisie — der zum Untergang verurteilten Klasse — daß Revolution und sozialistischer Aufbau bankrottierten. Wohl haben die Führer der Sozialdemokratie und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale alles getan, um die Revolution zu vernichten, den sozialistischen Aufbau zu schwächen. Wohl sind gerade sie imstande gewesen — noch nach dem 7. November 1917 Burgfrieden mit der Bourgeoisie zu wahren, noch ein Jahr Durchhaltepolitik zu machen — mit Abwürgung von Streiks (Munitionsarbeiterkämpfe in Wien und Berlin Anfang 1918) und selbst nach dem Zusammenbruch der Mittelmächte die Kräfte der Konterrevolution zum Sieg über die Revolution in Deutschland, Oesterreich, Ungarn zu organisieren.

Trotz der Niederlagen des internationalen Proletariats ist die Sowjetunion, ist die weltrevolutionäre Bewegung gewachsen. Der Bolschewismus, der vor dem 7. November so klein erschien, als eine Fraktion der Sozialdemokratie — er ist zur Weltmacht geworden, die immer stärker zu einem maßgebenden Faktor und immer stärker den Bestand des Imperialismus bedroht.

*

Der siegreiche Aufstand vom 7. November ist das erste gewaltige Signal der Weltrevolution, der Vernichtung des Weltimperialismus! Das Lebensinteresse des Weltimperialismus gebietet Vernichtung der weltrevolutionären Bewegung, Vernichtung der Sowjetunion. In dem Maße, wie die Widersprüche des Imperialismus wachsen, die Gegensätze zwischen den imperialistischen Mächten untereinander, zwischen den „Mutter"ländern und den Kolonien und Halbkolonien, zwischen Bourgeoisie und Proletariat — in dem Maße wächst der Gegensatz Weltimperialismus — Sowjetunion als Hauptsache aller Auseinandersetzungen heraus.



Ein Sechstel der Erde unser!

Krieg dem Weltimperialismus zur Vernichtung der Sowjetunion!

Die Sozialdemokratie, die vor 10 Jahren Deutschland vor dem Bolschewismus „bewahrte", die dem Trustkapital, den Hindenburg und Groener Wirtschaft und Staatsgewalt erhielt, ist heute dazu berufen,

im großen Feldzug gegen die Sowjetunion, gegen den Kommunismus, gegen die revolutionäre Bewegung die Bourgeoisie zu „retten".

Denn um die Rettung der Bourgeoisie geht es. Der Krieg gegen die Sowjetunion soll mit Vernichtung des Arbeiterstaates eine ungeheure Verschärfung der Ausplünderung und Unterdrückung der Werktätigen der ganzen Welt zum Heile des Profits erzielen. Es geht um Sein oder Nichtsein des Imperialismus!

So wie der Krieg nur Fortsetzung der allgemeinen Politik mit anderen Mitteln ist, so ist umgekehrt die gegenwärtige Politik der Bourgeoisie und des Reformismus Vorbereitung der Kriegspolitik. Der große Kampf an Rhein und Ruhr, die Werftarbeiterbewegung, die Textilarbeiterbewegung — sie werden von Arbeiterbureaukratie, Unternehmerbewegung und Koalitionsregierung trotz angeblicher und anscheinender Gegensätze gemeinsam in der einen Richtung geführt: Schwächung und Spaltung der Arbeiterfront, Sicherstellung des „Wirtschaftsfriedens" für lange Zeit, Demoralisierung der Arbeiter, Sicherung von williger Unterordnung der Arbeiter unter die heilige Dreifaltigkeit von Staat, Trust und Bureaukratie zur Sicherung der imperialistischen Konkurrenz- und Kriegspolitik.

Alle Verwirrungsmanöver der Reformisten dürfen darüber nicht hinwegtäuschen — ebensowenig wie der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbaues darüber täuschen darf, daß die SPD Koalitionsgeschäfte machen, keineswegs aber die Rüstungspolitik einschränken will.

10 Jahre nach dem Zusammenbruch des alten wilhelminischen Imperialismus rüstet der neue deutsche Imperialismus, gestützt auf die November- und Panzerkreuzerpolitik der Reformisten, zum neuen Kriege, zum Kriege gegen die Sowjetunion!

Der 9. November führt zu diesem Ergebnis! Und nur der revolutionäre Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, der Kampf um die Schwächung, um den Sturz des Imperialismus, der Kampf um die Vernichtung der November-Republik, um den Sieg der proletarischen Revolution kann diese Politik durchkreuzen, zunichte machen — das ist die Aufgabe, die von der Arbeiterklasse, von der Masse der Werktätigen, gelöst werden muß.

Jeder Kampf um Lohn und Brot, gegen Teuerung, Steuerdruck, Zollraub, Wohnungsnot, muß dieser Aufgabe bewußt untergeordnet werden. Der Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg, die Vorbereitungen für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg zum Sturz der Bourgeoisie — sind nicht Aufgaben von ferner Zukunft, sie stehen heute. Sie stehen an der Ruhr, an der Wasserkante, in Mitteldeutschland — wo immer Arbeiter, Werktätige aufstehen. Wir zeigen ihnen: es geht gegen den Imperialismus, es geht um mehr als Tagesfragen — um den Sieg der proletarischen Revolution!

Ein Sieg, der nur erfochten werden kann, wenn die Arbeiterklasse im Bunde mit den übrigen Werktätigen

sich in eiserner, revolutionärer Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei, der Partei Lenins, Liebknechts, Luxemburgs zusammenschweißt, um von kleinen Kämpfen, Streiks, Demonstrationen, sich zu gewaltigen Massenkämpfen bis zu Generalstreiks und Aufstand zu erheben!

Erfolgreicher Aufbau der sozialistischen Wirtschaft in der Sowjetunion, siegreicher, revolutionärer Massenkampf gegen Bourgeoisie, Kapitalistenstaat und Reformismus —

dieses Bündnis schlägt den Imperialismus, führt die Revolution zum Siege!

Ernst Schneller.

Massen heraus! Heute abend Wilhelmplatz!

Revolutionäre Streikleitungen

für 50000 Ruhrarbeiter

Essen, 7. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Die Kampfstimmung der Ausgesperrten ist glänzend. 50 000 Arbeiter haben eigene revolutionäre Streikleitungen gewählt. Man rechnet damit, daß die Zahl der eigenen Streikleitungen durch die Belegschaften in den nächsten Tagen stark vermehrt wird. Am Freitag treten sie zusammen, um zu weiteren Kampfmaßnahmen Stellung zu nehmen. In Bochum waren die reformistischen Gewerkschaftsführer gezwungen, bei Verhandlungen über Kampfmaßnahmen die Streikleitungen der Unorganisierten hinzuzuziehen.

Der Ortsausschuß Bochum des ADGB hatte für Dienstagnachmittag neben einigen anderen Zusammenkünften auch eine Belegschaftsversammlung des Bochumer Vereins einberufen, die zur Kampflage „Stellung nehmen" sollte. Taktik war, auch hier Diskussion keinesfalls zuzulassen. **Die anwesende Belegschaft von 5000 Mann beantwortete dieses Vorgehen mit einem empörten Protest. Sie schickte sich an, für Redefreiheit zu sorgen. In diesem Augenblick verließen die anwesenden Gewerkschaftsbonzen den Saal mit der Aufforderung an die sozialdemokratischen Arbeiter, ihnen zu folgen.** Trotzdem blieb die Versammlung zusammen und wurde **unter oppositioneller Leitung fortgeführt.** Man wählte nach lebhafter Diskussion einen **Kampfausschuß,** der aus 4 Parteilosen und 2 Kommunisten bestand.

In Verbindung mit der Stillegung in der Hüttenindustrie **arbeiten bereits 12 Gruben verkürzt,** 7 davon mit halber Arbeitszeit. Weitere Stillegungen und Arbeitszeitverkürzungen stehen bevor. Die Losung der Bezahlung der Feierschichten findet größten Anklang unter den **Bergarbeitern** und bringt sie zum **Kampfbündnis** an die **Seite der ausgesperrten Hüttenarbeiter.**

Wie der Unternehmerstaat „unterstützt"!

Essen, 7. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern tagte hier eine Konferenz der Oberbürgermeister und Landräte des nordwestlichen Gebiets und faßte in später Abendstunde folgenden schändlichen Beschluß für die „individuelle" Wohlfahrtsunterstützung:

„Die Unterstützung erfolgt nach Vorschriften der Reichsfürsorgepflichtverordnung. Der Antragsteller muß seine Hilfsbedürftigkeit nachweisen (!) und schriftlich erklären, daß er nicht von anderer Seite, insbesondere nicht von gewerkschaftlicher Seite unterstützt wird. (!) Als Vertretung der Ausgesperrten sind nur die Gewerkschaften zuständig. Mit Vertretungen, die auf Grund von Versammlungen oder Demonstrationen zustande gekommen sind, ist nicht zu verhandeln. (!) Anderslautende Beschlüsse von Stadtverordnetenversammlungen werden nicht durchgeführt. (!) Von einer Einrichtung von Volksküchen ist abzusehen."

Die auf Grund dieses umständlichen Instanzenweges gezahlten Unterstützungen müssen nach Wiederaufnahme der Arbeit zurückgezahlt werden. Die unterstützten Arbeiter werden also auf Wochen und Monate hinaus mit Schulden belastet.

Beginn der Speisungen der IAH

Essen, 7. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Heute wird die IAH in Essen die Speisungen aufnehmen. Am Donnerstag folgt die Aufnahme der Lebensmittelverteilung in Hamborn und Bochum. Freitag wird vermutlich auch in den übrigen Ortschaften die IAH in Funktion treten.

Reichsbannergeneral Hörsing ruft zur Schlacht

Für die Geldsackrepublik gegen das Proletariat

Hörsing, der Bluthund des mitteldeutschen Aufstandes, Oberkommandierender der Reichsbannerschutzgarde für die Geldsackrepublik, erläßt einen Aufruf zum 10. Jahrestag **der Republik.** Wie sich das gehört für den erprobten Arbeiterschlächter, bekennt er sich stolz zur alten Armee.

„Das deutsche Kriegsheer und die deutsche Republik sind untrennbar miteinander verbunden. Wer die Republik lästert, der beschimpft das alte Heer."

Dann kommt die Ankündigung der unbedingten Verteidigung **der Republik „gegen jeden Angreifer".** Hörsing wäre kein Reformist, wenn nicht auch er den Schwindel vom Angriff der Unternehmer gegen den Staat wiederholte. Dann folgt offen die **Hetze gegen die Kommunisten** und die hinter ihr stehenden revolutionären Arbeitermassen.

„Wir wissen, daß die organisierten Gegner der Republik wieder einmal eine günstige Gelegenheit wittern und sich zum Angriff bereit machen. Sie hoffen, daß Unruhen im Industriegebiet (!) den Vorwand bieten, „den schwachen Staat" zu beseitigen."

Mit der Verwirrungsparole „für den Staat gegen die Unternehmer" **mobilisiert das Reichsbanner gegen das revolutionäre Proletariat.**

„Kurzerhand Rausschmiß!"

Kommunistenkoller der Volkszeitung

Die Stellungnahme der Arbeiterstimme zum Ruhrkonflikt hat in den Köpfen der Redaktion der Dresdner Volkszeitung verheerende Folgen gehabt. Die Volkszeitung schüttet in einem Artikel „Das unehrliche Spiel der kommunistischen Presse" einen Schmutzkübel von Schimpfworten über uns aus, ohne in einem einzigen Satz sachlich auf unsere Feststellungen einzugehen: „Traurige Gesellen, frivole Burschen, widerwärtiges Spiel, Harlekine" sind noch die zahmsten Ausdrücke, die dieses Schmutzblatt gebraucht. Blind vor Wut über den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei in den großen Wirtschaftskämpfen und über das steigende Vertrauen in den Gewerkschaften zur Opposition weiß es keinen anderen Ausweg, als den Ruf nach der Spaltung.

„Die Duldsamkeit gegenüber einem solch widerwärtigen Spiel muß endlich kurzerhand mit dem Rausschmiß beantwortet werden."

In dem Augenblick des ungeheuren Kampfes zwischen Kapital und Arbeit weiß das Panzerkreuzerblatt vom Wettinerplatz keine andere Parole auszugeben als die der Spaltung der Gewerkschaften. Weil die Opposition es wagt, gegen den Schacher der Reformisten und der Koalitionsregierung mit dem Ziel der Auslieferung der kämpfenden Ruhrarbeiter an die Unternehmer Alarm zu schlagen, weil der Klassenkampfgedanke immer breitere Massen erfaßt, die sich von der wirtschaftsfriedlichen Politik der Reformisten abwenden, darum Rausschmiß der Opposition aus den Gewerkschaften!

Die Herrschaften werden sich verrechnen. Wir fragen jeden denkenden sozialdemokratischen Arbeiter, weshalb sein Blatt anstatt uns sachlich auf unsere sachlichen Fragen Rede und Antwort zu stehen, in dieses hysterische Wutgeheul ausbricht.

Ist es wahr oder nicht, daß der Staat der Unternehmer niemals gegen seine Herren etwas unternehmen wird?

Ist es wahr oder nicht, daß es eine gefährliche Illusion ist, die nur den Sinn haben kann, die Arbeiter zu verwirren, wenn Paul Löbe von diesem Staat die Enteignung der Ruhrbarone verlangt?

Ist es wahr oder nicht, daß die Koalitionsregierung den ausgesperrten Ruhrarbeitern die Unterstützung verweigert?

Das sind die Fragen, die wir den sozialdemokratischen Arbeitern in den Betrieben stellen. Das sind die Fragen, auf die die Dresdner Volkszeitung nicht antworten will. Das sind die Fragen, die sie durch einen Schwall von Schimpfworten übertönen will, den ihre eigenen Leser bei ruhiger Ueberlegung als das erkennen müssen, was er ist, das Geschrei des Diebes: Haltet den Dieb!

Keine Betriebsversammlung keine Arbeiterorganisations-Veranstaltung ohne Sammlung auf Liste der IAH für die Ruhrarbeiter

Uebt proletarische Solidarität!

Landtagsauflösung abgelehnt!

Keine Beratung des kommunistischen Antrages für die kämpfenden Metallarbeiter.

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages wurde nach einer Debatte, an der sich nur die Vertreter der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei beteiligten, der kommunistische Auflösungs- und Mißtrauensantrag gegen die Stimmen der KPD- und SPD-Fraktion abgelehnt. Die Regierungsparteien nahmen überhaupt nicht das Wort. Vom Koalitionsblock wurde weiterhin die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages, bei der Reichsregierung die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung für die Ruhrmetallarbeiter zu fordern, abgelehnt. Der reaktionäre Block lehnte aber auch ab, diesen Antrag in der nächsten, am Donnerstag stattfindenden Sitzung zu beraten.

Ausführlicher Bericht über den Verlauf der Sitzung befindet sich auf Seite 2 der 1. Beilage.

Der 11. Jahrestag des Roten Oktobers

In Moskau und anderen Städten sind die **letzten Vorbereitungen zur Feier des 11. Jahrestages** im Gange. Die Stadt ist festlich geschmückt, viele Gebäude sind abends wirkungsvoll illuminiert. Auf den Plätzen werden dekorative Konstruktionen aufgebaut, die die **Entfaltung der Industrialisierung** und die **Festigung des sozialistischen Aufbaues auf allen Gebieten** sowie den rapiden kulturellen Aufstieg des Landes veranschaulichen. Sowohl in den Arbeitervierteln als auch im Zentrum der Stadt sind die Läden ausreichend mit Lebensmitteln und anderen Artikeln versehen und decken vollauf die Nachfrage. Die Belieferung aller Industriezentren wickelt sich mit bestem Erfolg ab.

Heute abend finden in verschiedenen Bezirken Moskaus **Festsitzungen der Bezirkssowjets** statt, in denen Berichte über die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaues entgegengenommen wurden. Die Versammlungen waren überall stark besucht und nahmen einen überaus angeregten Verlauf.

In Moskau wurde gestern eine **große Fabrik elektrischer Artikel in Betrieb genommen.** Die neue Fabrik ist an der Stelle der unvollendeten Gebäude der ehemaligen Fabrik „Prowodnik", die in der Kriegszeit aus Riga übergeführt worden war, erbaut worden. Die Produktion der Fabrik wird im laufenden Jahre den Wert von 22 Millionen Rubel erreichen. **Insgesamt beschäftigt die neue Fabrik 4500 Arbeiter.** Auch eine Anzahl anderer Fabriken wird in Betrieb genommen.

Wie aus den anläßlich des 11. Jahrestages veröffentlichten Angaben des **Obersten Volkswirtschaftsrates** zu ersehen ist, haben die Entwicklung der Produktion und die Vermehrung des Industriekapitals das übliche Entwicklungstempo der Produktion der alten Industrieländer weit überholt. Der Anteil der Industrie der Sowjetunion an der Weltwirtschaft ist merklich gestiegen. **Die Bruttoproduktion übersteigt den Vorkriegsstand um 40 Prozent.** Für große Bauarbeiten im Bereiche der Industrie wurden im verflossenen Jahre mehr als eine Milliarde Rubel ausgegeben. Die Gestehungskosten wurden um 5 Prozent verringert, die Arbeitsproduktivität ist um 15 Prozent, der Arbeitslohn um 11 Prozent gestiegen; die Arbeiterzahl der Großindustrie hat sich um 7 Prozent erhöht. Eine besonders starke Entwicklung weist die Energiebasis der Industrie auf. Die **Stromerzeugung** hat das Vorkriegsniveau um 243 Prozent überstiegen. **Im laufenden Jahre werden 77 Unternehmen,** deren Baukosten insgesamt 200 Millionen betragen, **vollständig in Betrieb genommen,** darunter die Naphthaleitung Baku-Batum, Naphtharaffinerien usw. 78 Betriebe werden zum Teil eröffnet, darunter in erster Reihe die Naphthaleitung Grosnyj, Tuapse, Naphtharaffinerien in Tuapse und eine Anzahl neuer Kohlengruben im Donezbecken im Gesamtwerte von 50 Millionen Rubel. Nach Angaben des ZRGSU wurden zwischen Gewerkschaften der Sowjetunion und des Auslandes im verflossenen Jahr zehn Freundschaftsverträge abgeschlossen.

Die Presse weist darauf hin, daß gemäß dem vorjährigen historischen Manifest der Jubiläumssession des ZEK der Sowjetunion bereits in 28 Betrieben mit 125 000 Arbeitern der Siebenstundentag eingeführt ist. Im laufenden Jahre wird das neue Gesetz durchgeführt, demzufolge 35 Prozent der unbemittelten Bauernwirtschaften die Landwirtschaftssteuer erlassen wird. Ferner werden **50 Millionen Rubel zur Verstärkung der Wohnbautätigkeit bereitgestellt.** Der Pensionsfonds für Kriegsinvaliden wurde beträchtlich erhöht. Ein besonderes Gesetz für die Versorgung armer greiser Bauern ist fast völlig ausgearbeitet.

Die Wahlen in Amerika

Wahrscheinlich Hoover gewählt!

Die Präsidentschaftswahlen in Amerika sind unter außerordentlich starker Beteiligung vor sich gegangen. Bis jetzt liegt noch kein genaues Ergebnis vor, doch gilt allgemein der konservative Republikaner Hoover als gewählt. Die beiden großen kapitalistischen Parteien haben alle Minen springen lassen, um die Bevölkerung in den Wahlkampf zu reißen. In Worcester (Massachusetts) wurde ein Demonstrationszug von 10 000 Republikanern von Demokraten angegriffen. Es entwickelten sich wilde Prügeleien, wobei ein Polizist besinnungslos niedergeschlagen wurde. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Ein Teil der Verhafteten wurde jedoch durch die Menge wiederbefreit.

Gegenoffensive muß den Schacher zerschlagen

Während der Vorwärts noch am Montagabend ausführlich über die Vermittlungsaktion Stegerwalds schrieb, wobei er ausdrücklich feststellte, daß die Verhandlungsbasis für diese Vermittlungsaktion noch nicht feststehe, scheint er inzwischen Wind erhalten zu haben, über die Vermittlungsaktion nichts weiter zu berichten. Am Montag gab er den gemeinsamen Schacher zwischen Reichsarbeitsministerium, Gewerkschaften und Unternehmern mit den folgenden Sätzen offen zu:

„Die Reichsregierung wird zweifelsohne alles daransetzen, um einen sozialen Kampf bis zum Weißbluten, der die ganze deutsche Wirtschaft erschüttert und bei längerer Dauer im Falle eintretender Notlage der Ausgesperrten sowie der von dem Arbeitskampf direkt und indirekt Betroffenen zu Unruhen im Revier (!) und zu schweren Komplikationen der innerpolitischen Lage (!) führen müsse, zu verhindern. Wie verlautet, steht das Reichsarbeitsministerium sowie das Reichswirtschaftsministerium in enger Fühlung mit den Spitzen der Gewerkschaften und der Unternehmerseite (!).

Die „noch nicht feststehende Verhandlungsbasis" ist die Basis der Verschacherung der Arbeiter durch Reformisten und Koalitionsregierung an die Unternehmer. Die Empörung der Arbeiterschaft über den Geheimschacher läßt ihn jetzt vorsichtiger werden. Am Dienstag schweigt er sich über die Vermittlungsaktion vollkommen aus.

Statt dessen versucht er, den Schacher der reformistischen Verräter mit den großindustriellen Scharfmachern durch eine Fortsetzung seiner Verwirrungsmanöver zu decken. Der Vorwärts wagt zur Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung nur ein Gestammel vorzubringen. Die Stellungnahme des Vorstandes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sei „unbefriedigend". Es ist klar, warum die SPD-Führer immer heuchlerischer und verlogener die „Vermittlungsaktion" mit den Arbeiterinteressen gleichsetzen.

Das arbeiterfeindliche Wesen der Republik des Trustkapitals und die arbeiterverräterische Politik der SPD-Führer der Trustrepublik sollen nicht entlarvt werden. Die SPD-Führer fürchten die revolutionäre Zuspitzung der Klassengegensätze, den revolutionären Kampfwillen der Arbeiter. Die SPD-Führer fürchten, daß die Kommunistische Partei im Streikgebiet für die Geschlossenheit der kämpfenden Arbeiter wirkt und die bewußte Spaltungspolitik der Reformisten durch das einander Ausspielen von Organisierten und Unorganisierten durchkreuzt. Der steigende Kampfwillen unter den ausgesperrten Hüttenarbeitern, die Bildung von eigenen Kampfleitungen, die Grundlage des proletarischen Gegenstoßes, trotz Geheimschacher und trotz Sabotage der Reformisten wird von letzteren am meisten gefürchtet.

Der Vorstand des DMV bestätigt übrigens die Weiterführung des Schachers mit folgender Erklärung:

„Eine Vermittlungsaktion könne nur von neutraler, dritter Seite ausgehen. Angesichts der zwischen beiden Parteien unüberbrückbaren Gegensätze sind jedoch zur Zeit kaum Aussichten vorhanden, daß derartige Aktionen auch Erfolg haben."

Gleichzeitig verbreitet die Germania eine Information **aus dem Aktionskomitee der Arbeitgeber,** wonach diese im Falle, daß das Arbeitsgericht die Verbindlichkeitserklärung als rechtmäßig anerkennt, bereit sei, die Aussperrung aufzuheben. Es komme ihnen nur auf eine langfristige Fixierung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in der Eisenindustrie an. Diese Mitteilung wird zwar vom Arbeitgeberverband Nordwest dementiert, gleichzeitig aber betont der Arbeitgeberverband, daß er jederzeit zu Verhandlungen über eine freie Vereinbarung bereit ist.

Das alles zeigt die Gefährlichkeit des Geheimschachers, der durch die Gegenoffensive der Arbeiter zerschlagen werden muß. Nur die Bildung von Streikleitungen aus den Betrieben und ihre zentrale Zusammenfassung **für den Kampf um die alten Forderungen von 15 Pfennig Lohnerhöhung und Achtstundentag** schaffen die Grundlagen gegen das angreifende Trustkapital, die mit ihm verbündete Koalitionsregierung und reformistische Gewerkschaftsbureaukratie, die gewaltige Front der revolutionären Gegenoffensive aufzurollen.

Das Bild zeigt Hoover bei einer Agitationstour mit seinem Wahlmanager

Arbeiterstimme

Nr. 261
4. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Brüder ergreift die Gewehre . . .

Der bewaffnete Aufstand 1917

Bei jeder Behandlung der November-Revolution ist es lehrreich, ein Merkmal hervorzuheben, das in den Berichten und Artikeln meist nicht genügend Beachtung gefunden hat. Der November-Aufstand war sozusagen im voraus auf in bestimmtes Datum, den 7. November, festgesetzt worden, und zwar nicht in einer geheimen Sitzung, sondern offen, vor dem ganzen Volke — und dieser siegreiche Aufstand fand, wie geplant worden war, am 7. November 1917 statt.

Die Weltgeschichte kennt viele revolutionäre Umstürze und Aufstände. Aber vergeblich würde das Gedächtnis in der Geschichte nach einem zweiten Aufstand einer unterjochten Klasse suchen, der im voraus auf einen bestimmten Tag festgesetzt und an diesem vorher bestimmten Tage durchgeführt, und zwar siegreich durchgeführt worden wäre. In dieser Hinsicht, wie in mancher anderen, steht der November-Umsturz einzig und unvergleichlich da.

Die Machtergreifung in Petrograd sollte mit dem 2. Sowjetkongreß zusammenfallen. Dieses „Zusammentreffen" war nicht eine Berechnung der Verschwörer, sondern die Folge des ganzen vorhergegangenen Verlaufes der Revolution und besonders der ganzen Agitations- und Organisationsarbeit unserer Partei. Wir forderten die Uebertragung der Macht an die Sowjets. Für diese Forderung schloß sich unter dem Banner unser Partei die Mehrheit in den wichtigsten Sowjets zusammen. Folglich konnten wir fernerhin den Uebergang der Macht in die Hände der Sowjets nicht mehr „fordern"; als leitende Partei der Sowjets mußten wir diese Macht nehmen. Wir zweifelten nicht daran, daß der 2. Sowjetkongreß uns die Mehrheit geben werde, daran konnten auch unsere Feinde nicht zweifeln. Sie widersetzten sich daher aus allen Kräften der Einberufung des 2. Kongresses. So versuchte Dan in der Sitzung der Sowjetsektion der demokratischen Beratung auf jede mögliche Weise die Einberufung des 2. Sowjetkongresses zu verhindern, und als dies nicht gelang, sie wenigstens hinauszuschieben. Diesen Widerstand gegen die Einberufung des 2. Sowjetkongresses begründeten die Menschewiki und Sozialrevolutionäre damit, daß dieser Kongreß dem Versuch der Bolschewiki, die Macht zu ergreifen, zur Arena dienen könne. Wir unserseits bestanden auf der möglichst schnellen Einberufung des Kongresses und verheimlichten dabei durchaus nicht, daß unserer Meinung nach der Kongreß eben dazu nötig sei, die Macht den Händen der Regierung Kerenskis zu entreißen. Schließlich gelang es Dan bei der Abstimmung der Sowjetsektion der demokratischen Beratung, die Einberufung des 2. Kongresses vom 28. Oktober auf den 7. November zu verlegen. Auf diese Weise hatte der „reale" Politiker des Menschewismus der Geschichte einen Aufschub von rund 10 Tagen abgehandelt.

Auf allen Petrograder Arbeiter- und Soldatenversammlungen behandelten wir die Frage folgendermaßen: Am 7. November wird der 2. Allrussische Sowjetkongreß zusammentreten; das Petrograder Proletariat und die Garnison werden vom Kongreß in erster Linie verlangen, daß er die Machtfrage auf die Tagesordnung stelle und sie in dem Sinne entscheide, daß von jetzt ab die Macht dem Allrussischen Sowjetkongreß gehört. Sollte die Regierung Kerenski versuchen, den Kongreß auseinanderzujagen, dann werde, so lauteten unzählige Resolutionen, die Petrograder Garnison ihr entscheidendes Wort sprechen.

Agitiert wurde tagaus, tagein. Dadurch, daß wir den Kongreß auf den 7. November anberaumt hatten und im voraus als ersten und einzigen „Punkt" die Verwirklichung (nicht Erörterung, sondern Verwirklichung) des Ueberganges der Macht in die Hände der Sowjets auf die Tagesordnung gestellt, d. h. die Staatsumwälzung auf den 7. November festgesetzt hatten, bereiteten wir offen, vor den Augen der „Gesellschaft" und ihrer „Regierung", die bewaffnete Macht für diesen Umsturz vor.

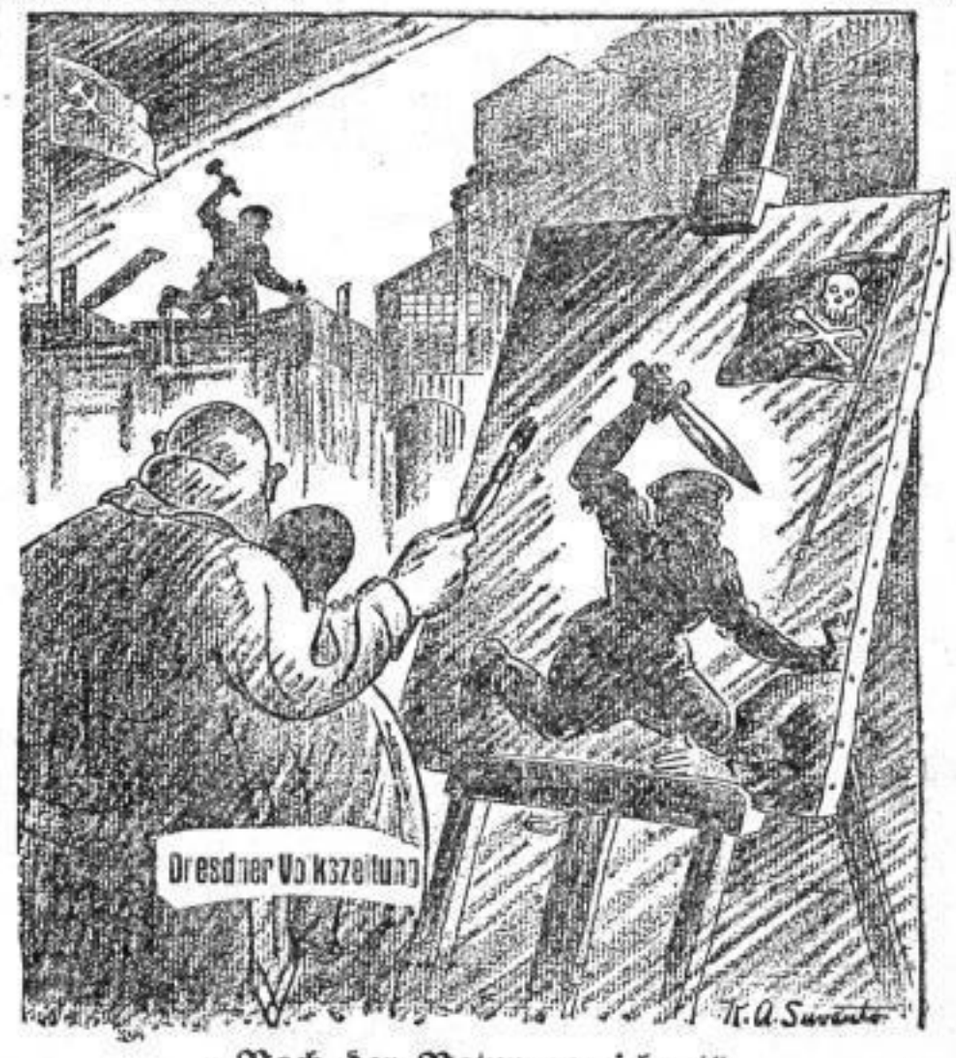
Mit der Vorbereitung des Kongresses verband sich eng die Frage der Abberufung eines bedeutenden Teiles der Garnison aus Petrograd. Kerenski fürchtete die Petrograder Soldaten (und zwar mit Recht). Er schlug Tscheremissow, der damals die Nordarmee befehligte, vor, die unzuverlässigen Regimenter an die Front zu berufen. Tscheremissow wich, wie dies die nach dem 7. November gefundene Korrespondenz beweist, dieser Aufforderung aus, da er die Petrograder Garnison als „propagandiert" und daher im imperialistischen Kriege für nicht verwendbar hielt; jedoch unter dem Druck Kerenskis, der sich von rein politischen Beweggründen leiten ließ, erließ Tscheremissow den entsprechenden Befehl.

Sobald der Bezirksstab den Befehl zur Versetzung der Truppenteile dem Exekutivkomitee des Petrograder Sowjets „zur Ausführung" übergeben hatte, war uns, den Vertretern der proletarischen Opposition, klar, daß diese Frage in ihrer weiteren Entwicklung von entscheidender politischer Bedeutung sein könne. In unruhiger Erwartung der auf den 7. November angesetzten Staatsumwälzung, machte Kerenski den Versuch, das aufrührerische Petrograd zu entwaffnen. Uns blieb nur übrig, der Regierung Kerenskis in dieser Frage nicht bloß die Arbeiter, sondern die ganze Garnison entgegenzustellen. Vor allem wurde beschlossen, in der Gestalt des revolutionären Kriegskomitees ein Organ zu schaffen, das die militärischen Motive des Befehls zur Versetzung der Petrograder Garnison nachzuprüfen hatte. Auf diese Weise wurde neben der politischen Vertretung der Garnison der Soldatensektion des Sowjets ein revolutionärer Operationsstab dieser Garnison geschaffen.

Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre begriffen auch jetzt sofort, daß ein Apparat des bewaffneten Aufstandes geschaffen werden sollte und erklärten dies offen auf der Sitzung der Sowjets. Obgleich sie gegen die Bildung des revolutionären Kriegskomitees gestimmt hatten, traten die Menschewiki ihm nun bei — um als Notare oder Schreiber dem Akt der Staatsumwälzung beizuwohnen. Nachdem es ihnen zunächst gelungen war, ihre politische Existenz um 10 Tage zu verlängern, sicherten sie sich nun das Recht, als Ehrenassistenten bei ihrem politischen Tode zugegen zu sein.

*

So war denn der Kongreß auf den 7. November angesetzt. Die Partei, der die Mehrheit gesichert war, stellte dem Kongreß die Aufgabe — die Macht zu ergreifen. Die Garnison, die sich geweigert hatte, Petrograd zu verlassen, wurde zum Schutz des künftigen Sowjets mobilisiert. Das dem Bezirksstab entgegengestellte revolutionäre Kriegskomitee wurde in den revolutionären Stab des Petrograder Sowjets verwandelt. Dies alles geschah vollständig offen, vor den Augen des ganzen Petrograd, der Regierung Kerenskis, der ganzen Welt. Eine Tatsache, die einzig in ihrer Art ist.



„Nach der Natur gezeichnet"
Rußland-Berichterstattung der Dresdner Volkszeitung

Währenddessen wurde der bewaffnete Aufstand in Parteikreisen und in der Presse offen erörtert. Die Diskussion schweifte stark vom Gang der Ereignisse ab. Man brachte den Aufstand weder mit dem Kongreß, noch mit der Versetzung der Garnison in Zusammenhang und betrachtete den Umsturz als konspirativ vorbereitete Verschwörung. In Wirklichkeit war der bewaffnete Aufstand nicht nur von uns „anerkannt", sondern er wurde auch zu einem voraus bestimmten Augenblick vorbereitet, wobei selbst der Charakter des Aufstandes, wenigstens für Petrograd, vorherbestimmt war — durch den Zustand der Garnison und durch ihre Stellungnahme zum Sowjetkongreß.

Einige Genossen standen dem Gedanken skeptisch gegenüber, daß die Revolution „nach dem Kalender" anberaumt wurde. Sie hielten es für zuverlässiger, sie in Ausnutzung des wichtigen Vorteiles der Ueberrumpelung auf streng konspirativer Weise durchzuführen. In der Tat konnte Kerenski in Erwartung des Aufstandes am 7. November zu diesem Tage neue militärische Kräfte herbeiholen, eine Säuberung der Garnison vornehmen u. a.

Aber das ist gerade die Hauptsache, daß die Frage der Aenderung des Bestandes der Petrograder Garnison zum Hauptpunkt des Umsturzes wurde, der sich für den 7. November vorbereitete. Der Versuch Kerenskis, den Bestand der Petrograder Regimenter zu ändern, wurde im voraus — und dies mit vollem Recht — als Fortsetzung des Kornilowschen Attentats angesehen. Der legalisierte Aufstand hypnotisierte außerdem den Feind. Dadurch, daß Kerenski seinen Befehl zum Abtransport der Truppen an die Front nicht durchführte, erhöhte er in gewaltigem Maße das Selbstbewußtsein der Soldaten und sicherte damit den Erfolg des Umsturzes noch mehr. Nach dem Umsturz vom 7. November sprachen die Menschewiki und in erster Linie Martow viel über die Machtergreifung seitens eines Häufleins Verschwörer hinter dem Rücken der Sowjets und der Arbeiterklasse. Es ist schwer, eine böswilligere Verhöhnung des Sinnes der Tatsachen zu erdenken! Als wir auf der Sitzung der Sowjetsektion der demokratischen Beratung mit Stimmenmehrheit den Sowjetkongreß auf den 7. November festsetzten, da sagten die Menschewiki: „Das ist der Beginn des bewaffneten Aufstandes." Als wir im Petrograder Sowjet das revolutionäre Kriegskomitee gründeten, da konstatierten die Menschewiki: „Das ist der Apparat des bewaffneten Aufstandes." Und als dann am festgesetzten Tage mit Hilfe des im voraus „überführten" Apparates der prophezeite Aufstand wirklich stattfand, da jammerten dieselben Menschewiki: „Ein Häuflein Verschwörer hat den Umsturz hinter dem Rücken der Arbeiterklasse vollzogen." In Wirklichkeit aber besteht das Schlimmste, dessen man uns beschuldigen kann, darin, daß wir im revolutionären Kriegskomitee einige technische Details „hinter dem Rücken" der menschewistischen Beisitzer vorbereitet hatten.

*

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Versuch einer militärischen Verschwörung, unabhängig vom 2. Sowjetkongreß und dem revolutionären Kriegskomitee unternommen, in dieser Periode nur Verwirrung in den Gang der Ereignisse hätten hineinbringen und den Umsturz zeitweilig sogar hätten sprengen können. Die Garnison, zu deren Bestand politisch nicht organisierte Regimenter gehörten, hätte die Machtergreifung der Partei auf dem Wege der Verschwörung als etwas ihr Fremdes, für einige Regimenter direkt Feindliches betrachtet, während die Weigerung, Petrograd zu verlassen, um den Schutz des Sowjetkongresses zu übernehmen, dem die Macht im Lande gehören sollte, für dieselben Regimenter eine vollkommen natürliche, verständliche und notwendige Sache war. Die Genossen, die die „Festsetzung" des Aufstandes auf den 7. November für eine Utopie hielten, haben eigentlich unsere Kraft und die Macht unseres politischen Einflusses in Petrograd im Vergleich mit der Regierung Kerenski unterschätzt.

Das legale revolutionäre Kriegskomitee sandte seine Kommissare an alle Truppenteile der Petrograder Garnison, und wurde auf diese Weise im vollen Sinne des Wortes zum Herrn der Situation. Die politische Karte der Garnison lag vor unseren Augen. Wir hatten in jedem beliebigen Moment die Möglichkeit, die erforderliche Gruppierung der Kräfte vorzunehmen und uns die strategischen Punkte in Petrograd zu sichern. Es blieb nur noch übrig, die Reibungen und eine mögliche Gegenaktion seitens der rückständigen Truppenteile, besonders der Kavallerieregimenter, zu beseitigen. Diese Arbeit gelang vorzüglich. Auf den Versammlungen in Kasernen der einzelnen Regimenter fand unsere Parole — Petrograd vor Zusammentritt des Sowjetkongresses nicht zu verlassen und mit bewaffneter Macht den Uebergang der politischen Gewalt in die Hände der Sowjets zu sichern — fast einstimmige Anerkennung. In dem konservativen Semjenowregiment riefen Skobelew und Gotz, die den Semjenowern den Schlager der Saison, die bevorstehende diplomatische Reise Skobelews nach Paris zwecks erzieherischer Beeinflussung Lloyd Georges und Clemenceaus, brachten, nicht nur keinen Enthusiasmus hervor, sondern sie erlitten im Gegenteil eine völlige Niederlage. Die Mehrheit stimmte für unsere Resolution. Im Zirkus „Modern" wurde auf der Versammlung der Kraftwagenführer, die für eine Stütze Kerenskis galten, unsere Resolution mit erdrückender Stimmenmehrheit angenommen. Der Generalquartiermeister Poradelow sprach im höchsten Grade versöhnend und zuvorkommend. Aber seine ausweichenden Zusatzanträge zur Resolution wurden abgelehnt.

*

Der letzte Schlag wurde dem Feinde im Herzen Petrograds, in der Peter-Pauls-Festung, versetzt. In Anbetracht der Stimmung der Festungsgarnison, die vollzählig an unserer Versammlung im Hof der Festung teilgenommen hatte, schlug der Gehilfe des Bezirkskommandeurs in der liebenswürdigsten Form eine „Aussprache zwecks Beseitigung des Mißverständnisses" vor. Wir unserseits versprachen, die nötigen Maßnahmen zur völligen Beseitigung des Mißverständnisses zu treffen. Und wirklich wurde nach einigen Tagen die Regierung Kerenski, dieses größte Mißverständnis der russischen Revolution, beseitigt.

Die Geschichte wandte ein Blatt um und schlug das Sowjetkapitel auf.

Vor 10 Jahren

Arbeiter! Merkt euch dieses Geständnis!

Der Vorwärts schrieb am 3. November 1928:

„In der Vergangenheit war den Schwerindustriellen wie den Unternehmern im allgemeinen die Verbindlichkeitserklärung sehr oft herzlich willkommen. Sie haben sehr oft einen scharfen Druck auf die Schlichtungsinstanzen ausgeübt, um die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen zu erwirken. Die Unternehmer werden das auch in der Zukunft noch oft so machen."

Arbeiter, damit hat der Vorwärts alle bisherigen Lügen der SPD-Presse selbst totgeschlagen.

Nur die Unternehmer haben ein Interesse am Schlichtungswesen. Nieder mit diesem verbrecherischen System! Kämpft um die Wiedereroberung der Streikfreiheit!

Unternehmerknechte im Sächsischen Landtag

Landtagseröffnung im Zeichen der Wirtschaftskämpfe / Kommunistischer Antrag für Ruhrkämpfer wird nicht beraten / Abrechnung mit der Koalitionspolitik / Ablehnung des Auflösungs- und Mißtrauens-Antrages

89. Landtagssitzung

Dresden, den 6. November 1928.

Die am Dienstag wieder aufgenommenen Landtagsberatungen standen unter dem Zeichen der sich zuspitzenden politischen und wirtschaftlichen Gegensätze. Auf der Tagesordnung standen nur die beiden kommunistischen Anträge gegen das Kabinett Heldt und auf Auflösung des Landtages. Bevor jedoch in die Tagesordnung eingetreten wurde, beantragte Genosse Böttcher im Auftrage der kommunistischen Landtagsfraktion, einen Antrag für die Metallarbeiter im Ruhrgebiet auf die Tagesordnung zu setzen, den wir bereits an anderer Stelle veröffentlichten. In der Begründung wird nicht nur die brutale Unternehmeroffensive gegen die Metallarbeiter, sondern auch die Rolle der sozialdemokratischen Koalitionsregierung gebührend gekennzeichnet, die den Arbeitern die Erwerbslosenunterstützung verweigert. Die Kommunisten verlangen deshalb, die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung zu verlangen und diesen Antrag heute bereits auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Landtagsmehrheit deckt Unternehmer und SPD-Koalition

Die Sozialdemokraten wagen nicht, der Anklage zu widersprechen, sondern stimmen mit den Kommunisten für Beratung des Antrages. Dies wird jedoch durch die Mehrheit von Deutschnationalen bis zu den „freigewerkschaftlichen" Altsozialisten abgelehnt. (Pfui-Rufe bei den Kommunisten.)

Die kommunistischen Anträge gegen Landtag und Koalition

begründet nach Abwürgung des Ruhrantrages zu Beginn der Landtagssitzung in einstündiger Rede Genosse Böttcher. Nachdem er die durch und durch arbeiterfeindliche, die imperialistischen Bestrebungen völlig unterstützende Politik der Heldt-Regierung charakterisiert hat, weist er nach, daß die Politik der Reichsregierung und die des Heldt-Kabinetts vollkommen sich decken und daß damit die SPD voll mitverantwortlich ist für diese Politik auch in Sachsen. Mit eiserner Konsequenz muß die „linke" SPD in Sachsen, trotz aller radikalen Redensarten, doch in die Regierungsfront einschwenken, denn sie hat ja die Politik ihrer Reichsregierung grundsätzlich restlos gedeckt. Die sächsische Arbeiterschaft wird erkennen müssen, daß ein ernsthafter Kampf gegen die Heldtregierung niemals mit der SPD, sondern nur gegen die SPD mit den Kommunisten geführt werden kann, denn nur die Kommunisten führen einen grundsätzlichen Kampf gegen die Koalitionspolitik. Eingehend auf die zehnjährige Regierungstätigkeit des Renegaten Heldt, zeigt er, wie parallel die verräterische Tätigkeit dieses Industriediener Heldt zu der des ersten republikanischen Reichspräsidenten Fritz Ebert verläuft. Begann der Sozialdemokrat Heldt seine Regierungstätigkeit vor zehn Jahren mit den Worten: „Sr. Majestät haben gnädigst geruht ..." so zieht sich durch die Geschichte der gesamten Regierungspolitik der deutschen Sozialdemokratie das Wort Fritz Eberts:

„Ich hasse die Revolution wie die Sünde ..."

Das ist das Leitmotiv der SPD-Politik in diesen zehn Jahren, das ist nicht nur das Motiv der Heldt und Ebert, sondern das der gesamten zehn Jahre kapitalistischer Republik in Deutschland. Nichts kann diesen zehnjährigen Weg besser charakterisieren, als der jetzige niederträchtig-brutale Unternehmerangriff an der Ruhr. Gerade in diesem Kampf zeigt sich die untrennbare Verbundenheit zwischen den Herren der Betriebe, dem bürgerlichen Staatsapparat und dem reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten, die durch ihre staatsbejahende und wirtschaftsfriedliche Stellung zwangsläufig und bewußt den Weg des Verrats gehen, wie die Heldt und Ebert. Gerade dieser Kampf aber zeigt auch den Radikalisierungsprozeß in der deutschen Arbeiterschaft. Das beweisen die Massendemonstrationen im Kampfgebiet unter der Führung der Kommunistischen Partei. Daß dieser Landtag die Beratung des kommunistischen Antrages für die Ruhrarbeiter abgelehnt hat, beweist zur Genüge, weshalb der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt werden muß. Aber auch die Außenpolitik des Kabinetts Heldt hat vollkommen den neudeutschen imperialistischen Kurs der Reichspolitik gestützt. Das zeigte sich insbesondere bei der seinerzeitigen Panzerkreuzerdebatte im Sächsischen Landtag, bei der der Sozialdemokrat Dobbert es war, der die Haltung Heldts als Panzerkreuzerpatriotismus und imperialistischen Größenwahn bezeichnete. Die Geschichte hat später gezeigt, daß die Sozialdemokraten selbst die Träger des Panzerkreuzerpatriotismus sind, und

dabei erwiesen sich die „Linken" als die besten Agenten des Rüstungskapitals,

denn ihr niederträchtiger Kampf gegen das kommunistische Volksbegehren hat dem neudeutschen Imperialismus den Rücken gestärkt. Zwar hat die SPD einen Antrag gegen den „Panzerkreuzer" im Reichstag eingebracht. Wer aber glaubt, daß die SPD-Minister, selbst wenn dieser Antrag angenommen werden würde, den Bau einstellen werden, wenn die Volkspartei mit der Regierungssprengung droht? (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten und auf der Tribüne.) Bei der Debatte über den Panzerkreuzer zeigt sich deutlich, daß man keinen Kampf gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen treiben kann, wenn man auf dem Boden der Koalitionspolitik steht. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Dieser Politik sagt die Kommunistische Partei den schärfsten Kampf an, zu der sie die gesamte Arbeiterschaft aufruft. Die tobenden Wirtschaftskämpfe größten Ausmaßes an der Ruhr, im sächsischen Textilkonflikt, müssen geschlossene Fronten finden. Daß die reformistischen Bureaukraten einen entschlossenen Kampf Klasse gegen Klasse nicht führen können und wollen, müssen die Arbeiter früher oder später erkennen. Die Offensive der Unternehmer werden mit weiteren Steuerbelastungen der Massen verbunden, die die sächsische Regierung in einer Front mit der Reichsregierung durchführt. Die durch die Regierung vertretenen Interessengruppen raufen sich ja um die Geschenke aus den Taschen der Steuerzahler, deshalb muß die Regierung die werktätigen Steuerzahler schärfer und brutaler belasten. Innenpolitisch wurde der reaktionäre Kurs der sächsischen Koalition durch die wüste Hetze gegen das RFB-Lager und den Dresdner Jugendtag, die in der Forderung des Verbotes der KPD und des RFB gipfelte, obgleich schließlich die ganze Geschichte mit einer schweren Blamage der Polizei und der Regierung endete. Besonders bezeichnend war dabei, daß man bei den „revolutionären Umtrieben" im Roten-Jungfront-Lager als Herausgeber der „Elementarbücher des Kommunismus" einen „gewissen Ferdinand Lassalle" suchte. (Stürmisches Gelächter bei den Kommunisten.) Diese engstirnigen Bureaukraten haben noch nicht einmal gewußt, daß Ferdinand Lassalle seit Jahrzehnten tot ist. Diese innenpolitischen Pleiten werden jedoch diese Regierung nicht davon abhalten, den Kurs gegen die revolutionäre Arbeiterschaft in Sachsen und ihre Organisationen zu ändern, die Methoden werden ebenfalls raffinierter; der arbeiterfeindliche Kurs wird und muß derselbe bleiben. Die Kommunistische Partei und der Rote Frontkämpferbund werden sich jedoch durch diese Maßnahmen niemals davon abhalten lassen, das zu tun, was sie im Interesse der Arbeiterschaft für notwendig halten. Auch bei der Konzentrierung der kapitalistischen Staatsgewalt, die hinter dem Geschrei von der Reichsreform versteckt lauert, hat die Regierung Heldt gezeigt, daß sie völlig von den Interessen der Bourgeoisie abhängig ist. Wie prinzipien- und charakterlos diese Regierung ist und wie sie nur von gewöhnlichsten wirtschaftlichen Sonderinteressen der verschiedensten Bourgeoisgruppen beherrscht wird, das muß die bürgerliche Presse selbst aufzeigen. Aber sie kleben zusammen,

weil sie den geschlossenen Ansturm der radikalisierten Arbeiterschaft fürchten.

Dieser Furcht verdanken die Altsozialisten ihre Posten, diese Furcht wird aber vielleicht auch zu einer Umbildung der Regierung auf der Basis der Reichsregierung führen, zu der sich die SPD-Fraktion grundsätzlich bereit erklärt hat. Das muß die sächsische Arbeiterschaft erkennen, insbesondere die sozialdemokratischen Arbeiter müssen dies erkennen. Der 10. Jahrestag der deutschen Republik muß gerade die Arbeiterschaft veranlassen, ihren Willen zum Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft und die verräterische Koalitionspolitik zu zeigen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Der Sozialdemokrat Böchel geht in persönlich gehässiger Form auf die innerparteilichen Differenzen in der KPD ein, lobt Brandler über den grünen Klee, weil er sich von der „Sinnlosigkeit" der kommunistischen Politik „befreit" habe, und versucht, die Haltung Böttchers auf dem Essener Parteitag gegen seine Ausführungen auszuspielen. Weiter dreht er, um die verräterische Haltung seiner Partei in der Panzerkreuzerfrage zu verteidigen, die alte Walze von dem Zusammenbruch der Kommunistischen Partei. Mit heuchlerischer Geste betonte er seine Freundschaft zu Sowjetrußland. Er gibt zu, daß die westlichen Demokratien mit Geld und Waffen gegen Rußland rüsten, er erklärt aber, daß nur die sozialistischen und reformistischen Führer und ihre Organisationen diesen Krieg verhindern. (Stürmische Zurufe bei den Kommunisten.) Zur Frage der Koalitionspolitik erklärt er, daß die sächsischen Sozialdemokraten sich

von keinem Parteivorstand ihre Politik vorschreiben lassen

werden. (Ironische Zurufe bei den Kommunisten.)

Zum Schluß erklärt er namens seiner Fraktion die Zustimmung zu den kommunistischen Anträgen.

Genosse Renner

antwortet Herrn Böchel und seinen Parteifreunden auf ihre niederträchtige Hetze gegen die Kommunistische Partei:

Böchel hat mit der Erklärung begonnen, er wolle beweisen, daß mein Parteifreund Böttcher sich in einer unangenehmen Lage befunden hätte, und Herr Abg. Böchel glaubte sich hier ein Mäschchen vor den Kopf für die Kommunistische Partei zerbrechen zu müssen. Diese Mühe können sich Herr Abg. Böchel und die sozialdemokratischen Abgeordneten sparen. Soweit das notwendig ist, wird das die Kommunistische Partei für sich selbst zu machen verstehen. Aber Böchel selbst befand sich in einer unangenehmeren Lage als der Vertreter der Kommunistischen Partei sich hier befunden hat, denn der Herr Abg. Böchel mußte ganz etwas anderes begründen, als die Kommunistische Partei hier begründen muß, **nämlich den katastrophalen Umfall, den insbesondere Herr Abg. Böchel in der Frage des Volksbegehrens machen mußte.** Die Herren um Böchel und Sendewitz erklärten sich nämlich solange für das Volksbegehren, bis der Parteivorstand die bösen sächsischen Buben übers Knie genommen und ihnen Räson beigebracht hat, so lange, bis der Parteivorstand Wels die sächsischen Redakteure der sozialdemokratischen Zeitungen nach Köln zitiert und ihnen gesagt hat, daß sie sich ihre Jungenmanieren abgewöhnen müssen und daß die Sozialdemokratische Partei in der Panzerkreuzerfront stehe und verlange, daß auch die sächsischen **sozialdemokratischen Führer und Redakteure in dieser Panzerkreuzerfront** mitzumachen haben, und Herr Abg. Böchel, der sehr wahrscheinlich an dieser Konferenz teilgenommen hatte, und der hier so tapfer redete, mußte sich dann sagen lassen, daß er auf dieser Konferenz der Redakteure geschwiegen hat. Es wird der SPD auch sehr wenig helfen, wenn sie die Frage der kommunistischen Parteidiskussion, die sich jetzt in aller Oeffentlichkeit abspielt, in die Debatte hineinwerfen will, um damit einige kleine Verwirrungsmanöver zu machen.

Sie versuchen absolut vergeblich, und Sie hoffen absolut vergeblich darauf, daß diese Diskussion in der Kommunistischen Partei auch nur einige Splitter für Sie abwerfen werde. Die Kommunistische Partei steht in ihrer Gesamtheit vollständig fest.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Sie wird den Kampf mit aller Entschiedenheit aufnehmen, und sie wird in dieser Stellung den Kampf gegen die sozialdemokratische Panzerkreuzerpartei mit aller Entschiedenheit fortführen. **Die Sieger in diesem Streit werden nicht sie mit ihren Manövern sein, sondern die letzten Sieger in diesem Streite werden die Kommunisten bleiben.** (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Gewiß behauptet kein Mensch, daß das Volksbegehren zum Panzerkreuzerbau ein großer Erfolg für uns war, aber keiner wird uns unterstellen und sagen, das war eine Niederlage der Kommunistischen Partei. Richtig ist, daß ein Teil der revolutionären Arbeiter erklärt hat, daß diese Aktion zwecklos sei. Anderseits aber liegen die Dinge so, daß der weitaus größere Teil der Arbeiter deshalb nicht einzeichnen gegangen ist, weil der Terror der Unternehmer und des Staates, verbunden mit der SPD-Hetze, diese Arbeiter vom Einzeichnen noch abschrecken konnte. Die Tatsache, daß die Arbeiter ihren Namen einzeichnen mußten und daß sie dabei bedroht waren vom Regierungs- und Unternehmerterror, daß sie auf dem Lande von dem Gutsbesitzerterror bedroht waren, hat die Stimmenzahl noch reduziert, wenn aber Herr Böchel glaubt, daraus einen großen Gewinn für sich ziehen zu können, so weiß er selbst ganz genau,

daß bei neuen Wahlen die Dinge anders aussehen würden.

Er weiß noch viel genauer, daß — wenn der Entscheidungskampf des Proletariats um die Macht und die Frage des Aufstandes der Arbeiter auf der Tagesordnung stehen wird — die Dinge doch anders liegen, und daß dann die große Masse der Arbeiter, mitgerissen von der revolutionären Bewegung, entschieden zu der Partei gehen wird, die die einzige führende Partei des kämpfenden Proletariats ist und bleibt, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Sektion der Kommunistischen Internationale. Wenn Böchel sehr vorsichtig erklärt hat, er wolle hier nicht die Frage der Korruption erörtern, so will ich mindestens hier erklären, daß die Anschuldigungen gegen den Parteiführer der Kommunisten, er sei an Korruption und Unterschlagungen beteiligt, die schamloseste Behauptung ist, die jemals aufgestellt wurde. (Lebh. Sehr richtig! bei den Kommunisten.) Wenn im weiteren Verlaufe des Kampfes gegen den Militarismus und Imperialismus die Fragen vor den Massen ernster aufgerollt werden, wird sich zeigen, daß zwischen den SPD-Führern, denen es heute noch einmal gelungen ist, durch Manöver die sozialdemokratischen Arbeiter festzuhalten und einzufangen, und der großen Masse der Arbeiter eine gewaltige Kluft besteht, die nicht mehr zu überbrücken ist, sondern daß diese Führer auf der anderen Seite der Barrikaden, im Lager der Imperialisten stehen, wo sie 1914 gestanden haben.

Koalitionspolitik und Panzerkreuzer

Den Schwindel vom persönlichen Fehler der Panzerkreuzerbewilligung durch die Minister hat ja Paul Levi selbst widerlegt, als er feststellte, daß die Sozialdemokratische Partei mit dem Eintritt in die Regierung den Panzerkreuzerbau in Kauf genommen habe. Es steht also fest, daß die Frage der Koalitionspolitik mit der Frage des Panzerkreuzerbaues untrennbar verbunden ist. Wenn jetzt die Sozialdemokraten im Reichstag einen Antrag einbringen, der darauf hingeht, den Arbeitern erneut vorzutäuschen, daß sie gegen den Panzerkreuzer seien, so wird sich im weiteren Verlaufe zeigen, daß dieser Antrag eines der niederträchtigsten Betrugsmanöver darstellt. Daß den Sozialdemokraten ob ihres „großen Sieges" über die Kommunisten bei dem Volksbegehren gar nicht so wohl ist, zeigt die im Artikel ihres Pressedienstes deutlich sichtbare Furcht vor Neuwahlen unter dem Zeichen des Panzerkreuzers, denn ob die Arbeiterschaft sich unter den jetzt immer schärfer zuspitzenden Verhältnissen noch einmal so betrügen lassen wird wie bisher, ist mehr als fraglich. Die Zuspitzung der Klassengegensätze hat ja auch dazu geführt, daß eines der raffiniertesten Manöver der deutschen Reformisten, die Proklamation der Wirtschaftsdemokratie und ihre Verankerung in der Arbeiterschaft an den realen Tatsachen des Tageskampfes glatt zersplittert ist. Die Konsequenz dieser Tageskämpfe hat es auch mit sich gebracht, daß die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie sich offen als Organisator des Streikbruches, wie in Hamburg, betätigen mußte. Sie hat aber außerdem die sozialdemokratischen Staatsfunktionäre im hellsten Lichte als Zutreiber und Handlanger des Unternehmertums gezeigt, wie sie die Konservativen unter Wilhelm nicht besser hätten abgeben können. Wenn es heute der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbureaukratie noch gelungen ist, wie in Hamburg zwei Drittel der Kämpfenden irrezuführen, so steht doch fest, daß die Basis derer, die außerhalb des Kampfes auf seiten der Sozialdemokratischen Partei stehen, dennoch immer schmaler, die Basis der kämpfenden Arbeiter jedoch immer stärker wird und mit dem Anwachsen und der Verbreiterung der Kämpfe der Arbeiter, die sehen, daß für diese Kämpfe nur die Kommunistische Partei ernsthaft eintritt, wird die Entscheidung fallen, wer berufen ist, die führende Rolle in Deutschland zu tragen, die Sozialdemokratische oder die Kommunistische Partei. Historisch ist dies schon entschieden.

SPD-Kabinett und Ruhrkampf

Im weiteren Verlaufe der Entwickelung wird es der Sozialdemokratie nur noch gelingen, einen Bruchteil materiell an dem Bestehen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Interessierter zu halten, während das Gros der Arbeiter — wie bei den Metallarbeitern im Rheinland und bei den Textilarbeitern — durch die Hungerpeitsche des Unternehmers in die Kampffront gezwungen wird, wobei es erkennen muß, daß diese Peitsche von dem SPD-Minister Wissell nicht schlechter, sondern noch besser als von dem Zentrumsmann Brauns geschwungen wird. Wenn die Sozialdemokraten weiter behaupten, wir seien nur eine Filiale Rußlands, so stellen wir fest, daß jedes Gefühl der Internationalität bei den Sozialdemokraten vor die Hunde gegangen ist, während die Kommunisten stolz darauf sind, eine internationale Partei im wahrsten Sinne des Wortes zu sein. Wichtig und interessant ist es, daß Böchel hier selbst feststellte, daß in den Randstaaten Rußlands sich die militärischen Kräfte konzentrieren, um die Sowjetunion niederzureißen. Böchel gibt damit zu, daß die Anreiser auf der Seite der imperialistischen Staaten stehen. Das ist das Gegenteil von dem, was die sozialdemokratische Presse täglich schreibt. Und wenn Böchel dann die sozialdemokratischen und reformistischen Führer als die Verteidiger Rußlands hinzustellen wagt, so ist das nichts als elende Heuchelei. Zwar ist es richtig, daß die große Masse der organisierten Arbeiterschaft in den kapitalistischen Ländern erfolgreich den Kriegsrüstungen gegen Sowjetrußland Widerstand geleistet hat, ebenso wahr ist es jedoch auch, daß die sozialdemokratischen Führer in Partei und Gewerkschaften alle Mittel angewandt haben, um ihre Anhänger zum Kampfe gegen die bolschewistische Diktatur und damit gegen Sowjetrußland aufzubieten. Wenn Herr Böchel weiterhin pathetisch erklärte, die sächsische SPD lasse sich nicht vom Parteivorstand zur Koalition zwingen, so wollen wir nur feststellen, was bereits Böttcher konstatierte, daß die SPD-Zeitungen in Sachsen längst aufgehört haben, gegen die Koalitionspolitik Stellung zu nehmen, und daß dabei bereits ideologische Vorarbeit für ein Einschwenken in die Koalitionspolitik geleistet wird. Die Durchführung der Parteivorstandsmanöver in der Panzerkreuzerfrage ist dafür ein Symptom.

Zum Schluß geht Genosse Renner noch auf die Fragen der Koalitionsparteien im Sächsischen Landtage ein und zeigt auf, daß es Furcht vor den Neuwahlen ist, die die Koalitionsparteien zusammenhält.

Er schließt mit den Worten: „Die Auflösung des Landtages steht nach wie vor in der Entscheidung der Masse der Arbeiterschaft. Sie muß in den sich zuspitzenden Wirtschaftskämpfen ihren Ansturm auch gegen diesen Landtag verstärken in der Erkenntnis, daß das Anwachsen ihrer revolutionären Kraft auch in den Auseinandersetzungen der Tageskämpfe führen muß zu einer schnelleren Beseitigung dieses Landtages und zur Aufräumung mit dieser reaktionären Mehrheit. (Beifall bei den Kommunisten.)

In der Abstimmung werden beide kommunistischen Anträge gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Alt- und Nationalsozialisten stimmen selbstverständlich für das Kabinett Heldt.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung der Donnerstagsitzung wird abermals die Behandlung des kommunistischen Antrages für die Ruhrarbeiter durch die Mehrheit abgelehnt. Dieser Abschluß der Sitzung ist charakteristisch für diesen Landtag.

Vor zehn Jahren

Sie wollten den „sozialistischen Klassenstaat" verhindern

„August Müller, Staatssekretär a. D. hielt gestern in der juristischen Gesellschaft eine Rede, in der er die Haltung der Sozialdemokraten vom 9. November schilderte. Er schilderte auf Grund der Verhandlungen, an denen er damals teilgenommen hatte, daß niemand von allen seinen Parteifreunden die Republik gewollt, niemand an eine Entthronung der Hohenzollern gedacht habe. Die sozialdemokratischen Führer hätten im Gegenteil alles versucht, die Revolution des 9. November zu verhindern. Erst nachdem es sich nicht mehr ändern ließ, stellten sie sich an die Spitze und erwarben sich um Deutschland das große Verdienst, den sozialistischen Klassenstaat zu verhindern."

(Bericht der Roten Fahne vom 20. 12. 22.)

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterstimme

Nr. 261
4. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Auftakt im Landtag

Von Rudolf Renner

Generalabrechnung

Auf der gestrigen Tagesordnung des Landtags standen zwei Anträge der kommunistischen Fraktion: einer, die Auflösung des Landtags fordernd, ein zweiter, ein Mißtrauensantrag gegen das Ministerium. Der Sozialdemokrat Böchel glaubte die Gelegenheit zu einem Angriff auf die KPD benutzen zu können. Böchel gedachte, aus der jetzt in aller Oeffentlichkeit geführten Diskussion über die Differenzen in der KPD Gewinn zu ziehen. In diesem Falle hatten sich die sozialdemokratischen Demagogen aber verrechnet. Wenn einer auf der Tribüne stand, der eine Verteidigungsrede halten mußte, dann war es der sozialdemokratische Redner. Dieser „linke" Sozialdemokrat hatte den erbärmlichsten Verrat an der Arbeiterschaft zu verteidigen. Gerade Böchel gehörte zu den Sozialdemokraten, die sich mit sehr viel Geschrei für das Volksbegehren einsetzten. Er gehörte auch zu denen, die nach der Abreibung durch den Parteivorstand in Köln sehr bald die Verschleierung des Panzerkreuzerbaues vornahmen. Böchel gedachte seine Verteidigung nach dem Motto zu führen: „Der Hieb ist die beste Parade." Er hatte sich aber verrechnet, sein Geschrei stand ihm schlecht, insbesondere da jedermann im Landtag wußte, daß Böchel zu den Redakteuren gehörte, die Wels in Köln über die Knie gelegt und geprügelt, und die diese Prügel, ohne ein Wort zu reden, eingesteckt haben. Die Hauptattraktion Böchels sollte die Feststellung über die Volksbegehrens-„Niederlage" der Kommunisten sein. Hierbei begab sich der „linke" Sozialdemokrat aber auf einen Boden, auf dem seine eigenen Sünden die größten waren. Gibt es bei dem Volksbegehren einen Geschlagenen, dann die „linken" Sozialdemokraten. In ihrer Linie lag es, den rethorischen Kampf gegen den Panzerkreuzer zu verschärfen. Der Parteivorstand klopfte ihnen auf die Finger und sie parierten. Sie zeigten sich dann als die gerissensten Gauner bei der Abwürgung der Stimmungen der Arbeiter. Aber sie unterwarfen sich schnellstens dem Parteivorstand, der in der Auseinandersetzung mit seinen sächsischen Maulhelden den Sieg davontrug. Die „Linken" rückten ein Stück näher an die politische Linie des Vorstandes heran. Natürlich geschieht dieses Hinmarschieren auf die offene Koalitions- und imperialistische Linie mit der für die sächsischen Verhältnisse notwendigen radikalen Verbrämung. Der Trickantrag des Parteivorstandes an den Reichstag soll wohl auch ein wenig dazu beitragen, diesen Uebergang zu erleichtern. Wenn auch der Hauptzweck dieses Antrages ist, die Verwirrung der Massen zu vergrößern und die Erregung der Massen abzulenken. Dabei sieht die SPD-Führerschaft dem Ausgang der Abstimmung mit Zittern und Zagen entgegen. Würde der Antrag abgelehnt, dann weiß man nicht, bleibt man in der Regierung, was soll man den Arbeitern sagen, wird trotzdem der Kreuzer gebaut. Wird der Antrag angenommen, kommt man in Gefahr, daß die Volkspartei(er) einen ultimativen Austritt aus der Regierung vollziehen. Sieht die SPD aber in Opposition und frischt radikale Phrasen, dann werden die Arbeiter jetzt die radikalere Sprache ernster nehmen. Die Zuspitzung der Verhältnisse stellt die Dinge jetzt wesentlich konkreter. Die Arbeiter laufen ihnen davon, marschieren weiter, wie die SPD-Führer möchten, denn deren letztes Ziel ist die Regierungsbeteiligung. „Teilnahme an der Macht" nennt das die SPD.

Für die SPD ist die Lage deswegen weniger günstig als für die KPD. Das konnte Herr Böchel trotz allem Stimmenaufwand nicht verleugnen. Ein ganz besonders wertvolles Eingeständnis vollführte Böchel damit, daß er erklärte, die Imperialisten vollführen in den Randstaaten einen Aufmarsch gegen die Sowjetunion. Während der Vorwärts bisher immer behauptet, daß die Imperialisten nicht rüsten und die einzige Gefahr für den Frieden die Sowjetunion sei. Einen Treppenwitz der Weltgeschichte leistete sich aber Böchel, als er erklärte, daß der Angriff gegen Sowjetrußland von den Sozialdemokraten aufgehalten werde. Dabei weiß ein jeder Arbeiter, daß die wüteste Sowjethetze von den Sozialdemokraten getrieben wird. Was den kriegerischen Ausbruch bisher verhindert, das ist die Kriegsfeindschaft der Massen, die von den vier Jahren Weltkrieg nach genug haben. Das ist das Wirken der KPD, die den Massen die Kriegsgefahr signalisiert. Wäre nicht dies, die SPD wäre heute die rührigste Trompeterin für einen neuen imperialistischen Krieg. Das stellte gestern der kommunistische Redner fest. Den kommunistischen Rednern blieb es vorbehalten, den brutalen Unternehmerangriff auf die Metallarbeiter in Nordwest festzustellen, den Arbeitern den Weg des Kampfes gegen die Unternehmerwillkür zu zeigen. Der sozialdemokratische Redner konnte nur ein wortloses Gestammel hervorbringen. Wie sollte er auch etwas sagen können, ist es doch der sozialdemokratische Arbeitsminister, der den Angriff der Unternehmer faktisch unterstützt. So befanden sich die Sozialdemokraten in einer schlechten Position. In der Front des Imperialismus Panzerkreuzer bauend, im Lager der Unternehmer die Löhne drückend, die Arbeitszeit verlängernd, scheiterte der von den Sozialdemokraten versuchte Angriff vollständig. Die Auseinandersetzung wurde eine derbe Abrechnung mit der sozialdemokratischen Führerschaft.

Eine ebenso derbe Abrechnung wurde die Debatte mit dem Koalitionsflügel in Sachsen. Seit Monaten zeigen sich in der sächsischen Koalition die ernstesten Spannungen. In der Angelegenheit der Verwaltungsreform stößt eine Clique auf die andere. Keine will eine Futterkrippe opfern. Der Versuch Heldts, mit Thüringen einen Block zu bilden, ist gescheitert. „Der Traum ist ausgeträumt", schreibt Herr Kastner in den Neuesten Nachrichten. ...ber die Steuerrahmengesetze bestehen die größten Schwierigkeiten. Herr Weber möchte seiner Hausbesitzerclique, der er schon durch seine Stundungsverordnung 3,2 Millionen Mark schenkte, noch größere Geschenke machen. Das Defizit von jetzt schon über 10 Millionen, das auf 20—30 Millionen anwachsen dürfte, schreckt aber. So kommt denn die sächsische Koalition nicht von der Stelle. Aber auflösen? — Herr Kastner meint, es würde nur noch schlimmer werden. Die Furcht vor der Abrechnung der Wähler hält die Gesellschaft zusammen. So wurde auch gestern der Antrag abgelehnt.

Immer und immer wieder hat die KPD betont, daß nur verstärkter außerparlamentarischer Druck diesen Landtag auseinandertreibt. Hier aber gehen selbstverständlich die Sozialdemokraten nicht mit. Wo sollen sie auch hin. Herr Böchel erklärte gestern stolz wie ein Ritter: „Ein für allemal nehmt zur Kenntnis: wir bilden keine Koalition in Sachsen." Diese armen Schächer! Die Politik der sozialdemokratischen Minister muß auch in Sachsen durchgeführt werden, und — außer ein wenig Gestammel können die sozialdemokratischen Führer keine grundsätzliche Kritik an der Politik des Kabinetts Heldt unternehmen. Ist es doch im Grunde ihre, der SPD Politik, die betrieben wird. Wie bald wird sich das offen zeigen. So ist auch die stolze Verneinung der Koalitionspolitik nicht anders zu bewerten als der Schrei des geprügelten Knaben. Ist doch die SPD auf dem Wege zu dieser Politik auch in Sachsen. Man braucht ja nur die Haltung ihrer Zeitungen anzusehen. Was unterscheidet sie noch viel vom Vorwärts, daß Tony Sender belangloses Zeug über die „Abrüstung" schwätzt? Das ist sicher kein Gewinn.

Diese Feststellungen konnten gestern die kommunistischen Redner machen. So wurden ihre Ausführungen zu einer Generalabrechnung mit den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen. Die Kommunistische Partei zeigt sich als die Siegerin, als die einzige Partei des revolutionären Proletariats. Sie hat gestern trotz allem Geschrei der Sozialdemokraten den Erfolg davongetragen, sie wird auch weiter die führende Partei des Proletariats bleiben, allen Feinden und Verleumdern zum Trotz. Die Zuspitzung der Klassengegensätze, die Verschärfung des Kampfes stellt die KPD in immer schnellerem Tempo an die Spitze immer größerer Massen des revolutionären Proletariats.

Das zeigte auch die gestrige Landtagstagung. Die Kommunistische Partei war es, die einen Vorstoß für die Ausgesperrten unternahm. Die Bürgerlichen lehnten die Behandlung des kommunistischen Antrages für die Eisenarbeiter ab. Sie lehnten die Auflösung des Landtags ab. Aber sie werden der Abrechnung nicht entgehen.

Deutschnationaler Postenwechsel

In der gestrigen Sitzung des Sächsischen Landtages gab der Vizepräsident Dr. Eckardt bekannt, daß der deutschnationale Abgeordnete Berg sein Mandat niedergelegt hat und an seine Stelle der Abgeordnete Hauffe gerückt ist.

Die Kommunisten riefen, als Herr Hauffe seine linkische Verbeugung machte: „An Stelle Bergs ein neuer Hugenberger!"

Rücktritt Poincarés

Auf Grund starker Differenzen in der Frage der Steuerermäßigung und des Militärbudgets erklärten die vier radikalsozialen Minister Herriot, Queuille, Perrier und Sarraut ihren Rücktritt aus dem Kabinett Poincaré. Darauf hat Ministerpräsident Poincaré dem Präsidenten der Republik, Dommergue, den Rücktritt des Gesamtkabinetts mitgeteilt. Der Staatspräsident hat die Demission entgegengenommen. Da von Poincaré selbst die Initiative zur Sprengung des Kabinetts ausgegangen ist, wird er wahrscheinlich wieder mit der Kabinettbildung beauftragt werden.

Das Urteil im Kyritzer Bauernprozeß

Im Kyritzer Landbundprozeß wurde heute morgen vom Vorsitzenden des Gerichtshofes das Urteil verkündet. Es wurden verurteilt Cordes zu 4 Monaten Gefängnis, an Stelle deren 400 Mk. Buße, Staffeht zu 3 Monaten Gefängnis, an Stelle deren 500 Mk. Buße, Liebereno 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 300 Mk. Buße, Kleine 6 Monate Gefängnis, an Stelle deren 200 Mk. Buße, außerdem wegen Widerstands gegen den Staatsanwalt und öffentlicher Beleidigung 130 Mk. und 50 Mk. Geldstrafe, Dierke 4 Monate Gefängnis, an Stelle deren 400 Mk. Buße, Baade 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 200 Mk. Buße und 150 Mk. Geldstrafe, Langhof 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 300 Mk. Buße, Wiegel 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 200 Mk. Buße, Wiez 4 Monate Gefängnis, an Stelle deren 100 Mk. Buße und 50 Mk. Geldstrafe, Winter 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 100 Mk. Buße, Uhlig 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 100 Mk. Buße, Debel 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 200 Mk. Buße und 50 Mk. Geldstrafe, Uhreck 3 Monate Gefängnis, an Stelle deren 100 Mk. Buße. 42 Angeklagte wurden freigesprochen. Den beleidigten Beamten, Regierungsrat Reinhold und Oberwachtmeistern Preußer, Weber und Spech wurde Veröffentlichung durch Aushang an der Gerichtstafel zugesprochen. Die Vollstreckung des Urteils wurde während 2 Jahre Bewährungsfrist ausgesetzt, doch haben die Verurteilten gemeinsam den angerichteten Schaden zu ersetzen.

Reaktionärer Ausbau des Strafgesetzes

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beriet am Montag eine Menge von Bestimmungen, die den Zweck haben, die letzten Lücken im reaktionären Gefüge des neuen Strafrechts auszufüllen.

Nachdem am letzten Mittwoch die Todesstrafe aus dem Gesetzentwurf entfernt worden war, verhandelte man nun über die Freiheitsstrafen. Es soll Zuchthaus geben: entweder lebenslang oder zeitlig, von einem Jahr bis zu 15 Jahren. Es soll weiter Gefängnis geben: von 1 Woche bis zu 5 Jahren. **Die Kommunisten forderten die Beseitigung der lebenslangen Zuchthausstrafe, den Wegfall der Mindestgrenze von 1 Jahr und ihre Beschränkung auf höchstens 5 Jahre, desgleichen bei Gefängnis die Beseitigung der unteren Grenze von 1 Woche.** Sie sind der Meinung, daß lebenslanges Zuchthaus, eine in der Sowjetunion unbekannte Strafe, den angeblich mit der Strafe verbundenen Zweck einer Besserung des Täters von vornherein unmöglich macht, auch die Sicherung der Gesellschaft vor dem Verbrecher kann auf andere Weise besser erreicht werden. Die Sozialdemokraten erklärten sich gegen den Antrag. Kurt Rosenfeld trat für das lebenslange Zuchthaus ein, weil es eine Voraussetzung für die Streichung der Todesstrafe sei. Lebenslanges Zuchthaus statt Tod: auf diese Auswegslosigkeit des ganzen bürgerlichen Strafrechts ziehen sich nun auch die Sozialdemokraten zurück. Die Barbarei des lebenslangen Zuchthauses an die Stelle der Unmenschlichkeit der Todesstrafe gesetzt zu haben, erscheint ihnen bereits as eine „Reform"!

Die Anträge der Kommunisten wurden abgelehnt.

Weiter wurde über die Ausweisung verhandelt. Nach dem Entwurf soll ganz allgemein jeder Ausländer, der zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, vom Gericht für ausweisungsreif erklärt werden, wenn seine Tat einen anderen geschädigt oder er eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeutet. Die Kommunisten forderten die Streichung dieser Bestimmung, weil sie einmal armselige polnische Wanderarbeiter, ins Elend versunkene Staatenlose und schließlich politische Täter aus dem Proletariat treffen. Der Streichungsantrag wurde abgelehnt.

Bei der Erledigung der Ehrenstrafen wollte der Vorsitzende des Ausschusses, Prof. Kahl, die Todesstrafe wieder ins Gesetz hineinschmuggeln. Es gibt bei den Ehrenstrafen nämlich eine Bestimmung, daß jemand, der zum Tode verurteilt ist, die Fähigkeit zur Aemterbekleidung verliert. Kahl wollte die Bestimmung unverändert annehmen lassen. Demgegenüber stellte der Ausschuß einmütig fest, daß die Todesstrafe im Strafenkatalog des Gesetzes verschwunden ist.

Endlich gab es noch eine Debatte über die Beschlagnahme von Sachen und Vermögenswerten, die bei der Begehung eines Verbrechens gebraucht oder durch ein Verbrechen hervorgebracht worden sind. Die Kommunisten fordern die Beseitigung auch dieses Paragraphen, denn nach ihm können Streikgelder von Gewerkschaften, können Rotationsmaschinen kommunistischer Druckereien, kann das Betriebsvermögen kommunistischer Verlagsanstalten beschlagnahmt werden, wenn einmal in einer kommunistischen Zeitung jemand beleidigt worden ist, oder wenn ein Streik gegen die Schlichterei durchgeführt wird. Die weitere Behandlung der Frage wurde wegen ihrer „juristischen Feinheiten" einem Unterausschuß überwiesen.

Kommunistische Partei und Konkordat

Offene Antwort an den Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung

Der Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung veröffentlicht in der Novembernummer 1928 des Verbandsorgans Der Freidenker folgenden Aufruf gegen das Konkordat:

„Verhindert das Konkordat!

Die katholische Kirche schickt sich an, Siegesfeste vorzubereiten. Das Konkordat in Preußen soll Tatsache werden. Die protestantische Kirche leistet zahmen Widerstand und läßt durchblicken, daß sie diesen Widerstand aufgibt, wenn sie an der Beute teilnehmen darf. Im Augenblick, da diese Zeilen in Druck gehen, tritt die Zentrale der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände zusammen, um ihren energischen Abwehrkampf gegen diesen neuesten Raubzug der Kirche vorzubereiten. Dieser Kampf muß zu einer wahren Volksbewegung werden. Die Führung dieser Bewegung liegt in den Händen der Freidenkerverbände. Die Organisationen erhalten ihre Weisungen in den nächsten Tagen. Niemand darf in diesem Kampf passiv beiseite stehen. Wenn jemals, so muß hier beim Uebermut der Kirche ein kompromißloses Halt geboten werden. Alle Beschwichtigungsversuche dürfen uns nicht beirren. Denn Beteuerungen, daß es sich um ein harmloses Abkommen handelt, haben wir stärkstes Mißtrauen entgegenzusetzen. **Harmlose Konkordate gibt es nicht.** Der Abschluß eines Konkordats bedeutet immer eine einseitige Bevorzugung der katholischen Kirche. Es bedeutet eine Umgehung des Satzes in der Reichsverfassung, daß es keine Staatskirche in Deutschland mehr gibt. Der Abschluß eines Konkordats bedeutet immer verstärkten Einfluß der Kirche auf die Schulen. Bedeutet Hemmung eines jeden Schulfortschrittes. Der Abschluß eines Konkordats bedeutet neue unerträgliche finanzielle Lasten für das Volk. Der Reichtum der Kirche soll neuen Wertzuwachs erfahren. Der Abschluß eines Konkordats bedeutet immer die staatliche Unterstützung einer Institution, die auf allen Gebieten arbeiterfeindlich ist. Darum gilt diesen Konkordatsbestrebungen unser unversöhnlicher Kampf. Der Pakt, den die preußische Regierung mit dem Vatikan beabsichtigt, stellt in unerhörtester Weise eine Herausforderung breitester Schichten der preußischen Bevölkerung dar. Er bedeutet glattweg Nichtachtung des letzten politischen Wahlresultats. Der Stimmenverlust, den im Mai die Zentrumspartei erlitten hat, belegte einwandfrei die Tatsache, daß ihre Vertrauensbasis im Volke ständig schmäler wird. Dieser Tatsache hat auch die preußische Regierung Rechnung zu tragen.

Wir verlangen eine sofortige Stellungnahme der politischen Parteien. Die Stellung der politischen Parteien zum Konkordat ist entscheidend für diese Stellungnahme der Freidenkerbewegung zu den politischen Parteien. Wir rufen zum Kampfe auf! Nur eine Parole hat Geltung: Verhindert das Konkordat!"

In dem gleichen Augenblick, wo Delegationen der Freidenkerbezirke **Hamburg und Hagen, von vielen Tausenden** von Mitgliedern gewählt, vom Hauptvorstand in **Berlin von der** Tür gewiesen werden, erscheint dieser Aufruf. Er predigt unversöhnlichen Kampf gegen das Konkordat, aber vor wenigen Tagen hat man Anträge der Opposition gegen das Konkordat verächtlich unter den Tisch geworfen. Er ruft nach einer Volksbewegung, aber man hat die schärfsten Konkordatsfeinde, die Oppositionellen, in Scharen aus dem Verband ausgeschlossen. Er greift die preußische Regierung an, ohne nur zu erwähnen, daß die SPD als verantwortliche Regierungspartei die stärkste Förderin des Konkordats ist. **Der Aufruf schlägt keine einzige konkrete Kampfmaßnahme vor,** spricht nicht von den koalitionspolitischen Zusammenhängen. Die Freidenkerleitung treibt seit langem die **wüteste Hetze gegen die KPD,** obwohl diese als einzige atheistische und marxistische Partei grundsätzliche Feindin von jeglicher Religion und Kirche, also auch von Konkordaten ist, obwohl die KPD unermüdlich in Parlament, Presse und Agitation gerade das preußische Konkordat als eine Frucht sozialdemokratischer Koalitionspolitik bekämpft hat. Die Freidenkerleitung beschützt offen die SPD, die doch das Konkordat macht und seit langem ihren Frieden mit Religion und Kirche geschlossen hat, unter Bruch mit den antireligiösen Grundsätzen des Marxismus.

In früheren Kulturkämpfen, beim Reichsschulgesetz und dem bayrischen Konkordat war es gerade die Freidenkerführung, die den Zusammenschluß zur roten Kulturfront sabotiert hat. Die Kommunistische Partei wird einen unerbittlichen Krieg gegen das Konkordat führen. Sie wird dabei jeden ehrlichen Verbündeten begrüßen. Aber was sie fordern muß und was sie gerade von der Leitung des Freidenkerverbandes nach den bitteren Erfahrungen fordern muß, ist ein wirklicher Kampf mit Taten und nicht nur mit scheinradikalen Aufrufen, ist eine Verbindung des Kampfes gegen das Konkordat mit dem Kampf gegen die gesamte Kulturreaktion und ihre Voraussetzung: die Koalitionspolitik, ist eine **ehrliche Kampfgemeinschaft gerade mit dem einzigen, aktiven und konsequenten Konkordatsgegner, der Kommunistischen Partei, ist eine scharfe Bekämpfung der offenen, aber auch der verkappten Konkordatsfreunde, ist die Zurücknahme aller Spaltungsaktionen innerhalb des Verbandes.**

Einen so betriebenen Kampf gegen das Konkordat und Kulturreaktion, aufgebaut auf proletarischer Einheitsfront, wird die Kommunistische Partei in Wort und Tat führen, organisieren und unterstützen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Die Rote Armee grüßt die revolutionären Arbeiter Dresdens

Nachfolgenden Brief erhielten wir über die Arbeiter-Esperanto-Gruppe Dresden zum Abdruck. — Er zeigt aufs deutlichste das Solidaritätsgefühl der russischen Rotgardisten mit den deutschen klassenbewußten Arbeitern.

Volkskommissariat für Militärwesen

N. Regiment der Roten Arbeiter- und Bauern-Armee

Sretensk, Kommando Zensonikow, 8. 10. 1928.

Den Roten Frontkämpfern und Soldaten des Bezirks Dresden.

Liebe Brüder hinter der Grenze!

Sehr oft haben wir in unserer Zeitung „Stern der Rotarmisten" über das Leben der Arbeiter verschiedener Länder gelesen, und wir, die Rotarmisten des Weißsibirischen Regiments, beschlossen, direkte Verbindung mit Euch, den Bewohnern der anderen Länder, aufzunehmen mit Hilfe der Weltsprache Esperanto.

Uns interessiert Euer Leben sehr!

Unser Dienst in der Roten Armee gefällt uns. Die Knutendisziplin, das „Ins-Gesicht-Schlagen", die dauernde religiöse Hirnverstopfung während des Zarismus, verwandelte sich in revolutionäre Disziplin, klassenbewußtes Verständnis, das einzige Arbeiterreich der Welt, die USSR während der Diktatur zu verteidigen.

Als wir aus Steppen und Wäldern zur Roten Armee kamen, hatten wir nur das Gefühl, die Notwendigkeit der Verteidigung unseres Landes gegen räuberische Versuche des Weltkapitals; jetzt als Träger des Titels „Roter Krieger", „Verteidiger der Errungenschaften der Revolution" erhielten wir von unseren Kommandeuren den Unterricht über die Erfahrungen der Revolution, erstens als Kampf gegen den Rückschritt, welcher als Erbe des Zarismus in uns steckt, zweitens für den Aufbau einer neuen besseren Gesellschaftsordnung, drittens für den Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde der Sowjetunion. Wenn wir die Reihen der Roten Armee verlassen, so tragen wir zu den Land- und Fabrikarbeitern die Losung: Aktiv an der Industrialisierung der USSR mitzuarbeiten, den sozialistischen Aufbau und die Festigung der einheitlichen Grundlage auf der Basis der Weltrevolution zu fördern.

Wir versprechen Euch, nicht als Soldaten des Kapitals, sondern als künftige Kämpfer der Revolution, alle unsere Taten und Gedanken auf das große, erhabene Ziel, die Befreiung aller Werktätigen aus dem Joche des Kapitals, zu richten.

Liebe Kameraden! Bald feiern wir den 11. Jahrestag des „roten Oktober". Eine elfjährige Probezeit des friedlichen, eigenhändigen sozialistischen Aufbaues, zum Trotz aller Bemühungen der internationalen Hyänen, der Ausbeuter, uns vom Erdball wegzuwischen, uns das Warnungszeichen ihres Untergangs. Trotz der verräterischen Bemühungen der Sozialdemokratie, die uns und Euch zu beschmutzen versuchte. Täglich stärken wir mehr und mehr, stündlich bauen wir Stein auf Stein zum Grundpfeiler der Weltrevolution und wischen die Pufferstaaten und Landgrenzen weg, indem wir den Bund des Weltproletariats festigen und vertiefen.

Kriegsdrohungen schrecken uns nicht, und werden uns nicht schrecken. So wie wir im Jahre 1917 uns aus dem Feuerring der Weltbourgeoisie zu befreien unter Führung der Vorhut der Arbeiterklasse, der großen Kommunistischen Patei, so werden wir aufs Neue alle Angriffe der kapitalistischen Hydra zurückschlagen und den Sieg erringen. Es kommt der Endkampf und der Triumph der Internationale.

Kameraden! Unterstützt unsere Verbindung, tauscht die Erfahrungen des Lebens mit uns aus. Indem wir Eure Antwort voraussetzen, versichern wir Euch unserer akuraten und pünktlichen Antwort über unser Leben, unser Lernen und Bauen.

Es lebe die Einheit der Roten Frontkämpfer!

Es lebe die Rote Armee, das Schild der Unterdrückten!

Es lebe die Rote Armee, das Schild der Unterdrückten der ganzen Welt! Das unbesiegbare Schwert der Weltrevolution!

Es lebe die Weltrevolution!

Das Bureau der J. R. H. Kollektive:

Der Vorsitzende: St. L. Atoff — Der Sekretär: A. J. Krokoff

(Folgen 119 Unterschriften von Rotarmisten.)

Russische Eisenbahner mahnen Werktätige Dresdens

Samara-USSR, 25. Oktober 1928.

Werte Genossinnen und Genossen!

Wir Eisenbahner der Stadt Samara senden Euch anläßlich der 11. Wiederkehr der Oktober-Revolution aufrichtige Grüße. Die Wiederkehr des Tages bereiten wir vor zu einem Fest der Arbeiterschaft, welche die Bourgeoisie besiegt hat.

Seit 11 Jahren besteht unsere freie Union!

Vieles haben wir erlebt, vieles erfahren, und jedes Erlebnis schmiedet neue Kämpfer, welche bereit sind, zum Endkampf gegen das Bürgertum anzutreten, für diesen Kampf glauben und hoffen wir auf die Unterstützung des Weltproletariats.

Nach Beendigung des Bürgerkrieges begannen wir, die ruinierte Wirtschaft aufzubauen. Es war eine schwere Arbeit. Und nun, nachdem die Ruinen zu neuem Leben erwacht sind, beginnen wir, zu verbessern, zu industrialisieren.

Hier unsere Erfolge des letzten Jahres: Die Privatindustrie ist stark zurückgegangen infolge der immer stärker anwachsenden Staatsindustrie. Die Metallurgie stieg um 12½ Prozent, der Maschinenbau um 24 Prozent, die Zahl der Industriearbeiter um 7 Prozent, die Produktion jedes Arbeiters um 14½ Prozent. Die Löhne sind um 10½ Prozent erhöht worden. Im neuen Haushaltplan sind 5 Milliarden Rubel für Industriebauten eingesetzt, die Summe für Bahnbau wurde um 100 Prozent erhöht. Das allgemeine Wachstum der Industrie beträgt 20 Prozent.

Das Manifest anläßlich der 10-Jahrfeier zeitigte bis jetzt folgende Resultate:

Den 7-Stunden-Tag haben bis jetzt 12,5 Millionen Arbeiter.

500 neue Schulen wurden gebaut.

Für die Fürsorge alter Bauern wurden 25 Millionen Rubel ausgegeben. Diese Entwicklung ist zum größten Teil den inneren Anleihen zu verdanken, welche von allen Arbeitern gern unterstützt wurden. In der Sowjetunion geht man dem Ende des Kulturkrieges entgegen, welcher die Annullierung des Analphabetentums und die Hebung unserer Kultur zum Ziele hat.

11 Jahre Sowjetunion zeigten, daß die Arbeiterschaft ohne Bürgertum besser lebt, und daß sie mit Eurer aktiven Unterstützung den sozialistischen Aufbau weiter betreiben kann, um die Hochburg der Weltrevolution zu festigen, die Hochburg des Welt-Oktober.

Es lebe die 11. Wiederkehr des Oktober!

Es lebe das einzige Arbeiter- und Bauernreich der Welt, die USSR!

Es lebe die Komintern, die Führung der Weltrevolution!

Es lebe Esperanto, die Sprache des Weltproletariats!

Im Namen der Eisenbahner Samaras:

Sezko, Mironoff, Schitikowa, Malzewa, Netschenko, Nazarowa, Krassikoff.

Arbeiter, die sich für die Lage der russischen Eisenbahner interessieren, können sich durch Vermittlung der Arbeiter-Esperanto-Gruppe Dresden an die russischen Eisenbahner wenden. Die Redaktion.

Zum 7. November 1917

Freitag den 9. November, 16 Uhr, findet im Gasthof Wildberg, Cossebaude, eine von KPD und RFB veranstaltete

Revolutionsfeier

statt. Gesang und Musik. Ansprache des Genossen Rentzsch, Dresden: „10 Jahre deutsche Republik". Alle Genossen des AG stellen mit RFB 14,30 Uhr am Gasthof Cossebaude, Endstation der Straßenbahnlinie 19.

Dresdner Novembertage

Mehr als drei Jahre raste bereits die Kriegsfurie durch die Lande. Immer kleiner wurden die Nahrungsmittelrationen, immer länger die Verlustlisten — — —

Die Begeisterung der Augusttage von 1914 war verschwunden, dumpfe Resignation hatte die Massen erfaßt. Zwar spielten die Kapellen noch wie 1914 ihr „Muß i' denn, muß i' denn zum Städtele hinaus", aber die Schritte der Lanzer waren müde... Keine Blumen schmückten mehr die Gewehre. All die vielen, die sich noch 1915 bei jedem neuen Transport von Landsern ins Feld begeistert am Neustädter Bahnhof einzufinden, waren entweder selbst schon draußen — so manchen deckte vielleicht schon kühle Erde! — oder sie blieben dem nationalen Rummel fern. Der chauvinistische Rausch war verflogen — — —

Mitleidig sahen die Arbeiter, und vor allem die Frauen, wie die „Feldgrauen" auf dem großen Platz vor dem Neustädter Bahnhof geduldig auf den Transport nach dem „Schlachtfeld der Ehre" warteten.

Noch hielten sie durch — aber nur dem Zwang gehorchend! An den Waggons fehlten die berühmten Kreideanschriften, und gesungen wurde fast nur noch auf — Befehl.

In den Dresdner Betrieben gärte es.

Die schwere und lange Arbeit bei brutalster Behandlung zeitigte ihre Folgen. Dazu kam die furchtbare Hungersnot. Von Tag zu Tag wurden die „Schlangen" an den Geschäften länger, und immer mehr mußten leer heimziehen. Am Schaufenster verkündete ein Plakat: „Ausverkauft." Murrend und fluchend gingen die, die stundenlang vergeblich gehofft, langsam von dannen. Doch das Fluchen wurde immer lauter und bald wurden nicht mißzuverstehende Drohungen ausgestoßen. Um „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten, postierten sich von da ab an den Geschäften je zwei Blaue — — —

Doch die wachsende Empörung der Massen war nicht aufzuhalten, sie entlud sich in einer von der USPD 1917 durchgeführten machtvollen Demonstration. Die Behörden waren verdutzt — das hatten sie nicht erwartet. Die Dresdner Volkszeitung antwortete auf die Demonstration mit einer neuen unerhörten Hetze gegen die Revolutionäre und mit einer großangelegten Kampagne über den „Verteidigungskrieg". Die ganze Zeitung strotzte von

„eigenen Drahtmeldungen" aus dem Hauptquartier

und von Aufforderungen zur Zeichnung von Kriegsanleihe.

Doch so sehr sich die Kaisersozialisten gemeinsam mit den Militaristen vom übelsten Schlag bemühten, Stimmung zu machen, der Erfolg ihrer Bemühungen wurde immer kleiner. In einer Reihe von Betrieben setzten bereits — wenn auch nur kleine — Streikbewegungen ein. Die „unabkömmlichen" Gewerkschaftsbürokraten vom Schlage des Kose hatten alle Hände voll zu tun. Ihr blutiges Handwerk blühte.

Zu größeren Streiks kam es im September 1917 anläßlich des Internationalen Jugendtages. Die Demonstration in Pirna nahm einen glänzenden Verlauf. Die Polizei hatte nicht einmal den Mut, Verhaftungen vorzunehmen, geschweige denn zu schlagen oder zu schießen. **Letzteres zum „Schutze der kapitalistischen Republik" zu tun, blieb den Kaisersozialisten vorbehalten.**

Doch die Rache der Reaktion blieb nicht aus. Dutzende Jugendlicher wurden verhaftet und ihnen vor dem Reichsgericht in Leipzig der Prozeß wegen Hochverrats gemacht. Die Angeklagten wurden zu schwersten Zuchthausstrafen verurteilt. Als das Urteil bekannt wurde, ging ein Schrei der Empörung durch die Reihen der Arbeiter. Unverkennbar aber waren die tiefen Spuren, die die politische Kundgebung der Jugend im September 1917 bei den Dresdner und ostsächsischen Arbeitern hinterließ. Die Empörung wuchs... Mitte November 1917 wurde der Sieg der russischen Revolution bekannt. Es war dies

das erste Zeichen des beginnenden Sturmes!

Die russischen Arbeiter und Bauern hatten ihre Peiniger zum Teufel gejagt und ihre Geschicke in die eigene Hand genommen. War das der „dumme Muschik", der weder lesen noch schreiben kann, der faul ist und außer einem Schnaps nichts kennt?

Wie jubelten wir — aber im Innern schämten wir uns. Das also waren die „dummen Russen"... Wir klugen Deutschen aber brauchten noch ein volles Jahr ehe der Zusammenbruch kam.

Der 9. November 1918 in Dresden

Am 8. November fand im Goldenen Löwen in Freital eine Versammlung der USP statt. Die Versammelten beschlossen, nach Dresden zu marschieren. An der Spitze des Zuges wehte die blutrote Fahne, und in der dunklen regnerischen Nacht zum 9. November erschallten nach Jahren zum ersten Male wieder aus Tausenden von Proletenkehlen proletarische Kampflieder.

In Dresden selbst herrschte reges Leben. Durch die Straßen strömten die Proleten mit und ohne Uniform, entgegen den „Warnungen" der Volkszeitung. Auf dem Postplatz, Altmarkt und an anderen Stellen wurden revolutionäre Reden gehalten. Die kaiserlichen Offiziere hatten sich feig verkrochen. Kampflos wurden alle wichtigen Gebäude, wie Schloß, Post, Neustädter Wache, Arsenal u. a. besetzt. Dies alles ging so ruhig, ja man kann fast sagen, gemütlich vonstatten, so daß Spießer und Kapitalisten in Ruhe der Dinge harren konnten, die dann noch kommen sollten.

Die Bildung des Arbeiter- und Soldatenrates

Zwei solche hatten sich gebildet. Einer von den Kaisersozialisten und einer von der USPD und KPD geführt. Beide verschmolzen sich dann bald. Der Noskekurs hatte dann schließlich auch in Dresden gesiegt. Noch einige Tage wehte von dem Turm des Schlosses die rote Fahne, dann verschwand auch sie. Alles damals von der SPD den Massen Versprochene zerflatterte in ein Nichts. Dafür wurden revolutionäre Arbeiter zu Dutzenden verhaftet und verfolgt. **Von diesen Verhaftungen bis zu dem Blutbad im Januar vor der Dresdner Volkszeitung ist ein gerader Weg!**

Für

Ruhe und Ordnung

und Schutz des Eigentums der Kapitalisten sorgte die SPD, wie vorher das Bürgertum. Eine schamlose Hetze wurde gegen alles, was revolutionär hieß, getrieben. Spartakus wurde verfolgt und gehetzt. Aber alles war vergeblich! Aus jeder Niederlage erhob sich gestärkt und gefestigt das revolutionäre Proletariat. Die Novembertage von 1918 waren eine harte, bittere Lehre: Die Kaisersozialisten — das hatte sich erneut gezeigt — blieben ihrem Kurs vom 4. August treu. **Sie hatten aufgehört, Sozialisten zu sein!**

Mit Gas vergiftet

Von Alfred Leidig

Der Erwerbslose Neumann aus dem linken Seitenflügel hatte sich mit Gas vergiftet. Aus Not. Weil er buchstäblich nicht gewußt hatte, was er seinem knurrenden Magen zuführen sollte. Die demokratische Republik, in der alle Menschen vor dem Gesetz gleich sein sollen, war so gerecht gewesen, ihm die kärgliche Unterstützung zu entziehen, weil er sich geweigert hatte, eine Arbeit anzunehmen, der er körperlich nicht gewachsen war. Der Selbstmord beschäftigte natürlich für eine geraume Zeit die Bewohner des Hauses und der Umgegend. Für die Kleinbürger war diese Gasvergiftung eine sehr interessante Abwechslung. Unter den Arbeitern befanden sich einige, die diesen Freitod als Ausweg guthießen. Andere wieder wurden in ihrem Kampfwillen, ein besseres Dasein zu schaffen, gestärkt. Die Diskussion wurde mehr oder weniger lebhaft oder erregt geführt.

Der Kürschnermeister aus dem Vorderhaus traf auf der Treppe den Hauswirt. „Ist das nicht eine große Dummheit gewesen, was der Neumann getan hat?" sprach er ihn an.

Der Hauswirt war anderer Meinung.

„Wieso?" fragte er gedehnt, „Neumann wäre über kurz oder lang sowieso verhungert . . . ."

Diese Kaltschnäuzigkeit empfand der Kürschnermeister etwas unangenehm.

„Das Leben ist doch das Höchste," erwiderte er belehrend, an seinen Kegelklub und die monatlichen Eisbeinessen denkend.

„Heute noch nicht, mein Lieber," erwiderte der Hauswirt mit Pathos, den Kürschnermeister zum Abschied wohlwollend auf die Schulter klopfend, „erst wenn Majestät durchs Brandenburger Tor gezogen ist . . ."

Seine stramme, monarchistische und christliche Einstellung hinderte ihn natürlich nicht, den Selbstmord gutzuheißen, weil er einen rückständigen Mietzahler losgeworden war.

Die zweite Diskussion endete stürmischer. Sie kam zwischen zwei ehemaligen Schulfreundinnen zustande, die nach der Schulentlassung verschiedene Wege gegangen waren.

Erna arbeitete als Arbeiterin bei einer Elektrizitätsgesellschaft und hatte den fürstlichen Wochenlohn von 18 Mark. Lissi war Kontoristin in einem Konfektionshaus und hatte gute Beziehungen zum Chef. Daß unter solchen Umständen keine übereinstimmende Beurteilung des Selbstmordes zu erzielen war, ist eine keineswegs verwunderliche Tatsache.

„Was sagst du zu diesem Tod?", frug Erna.

„Was geht mich die ganze Geschichte an?", erwiderte Lissi schnippisch, „konnte ich vielleicht den Selbstmord verhindern? Jeder muß sehen, wie er mit dem Leben fertig wird."

„Du stehst mit deiner Auffassung leider nicht allein auf weiter Flur, Lissi. Tausende denken so wie du, haben kein Solidaritätsgefühl mit dem Arbeitsbruder und der Arbeitsschwester. Versuchen auf Kosten anderer kleine Vorteile zu ergaunern. Was der Unternehmer nicht ungern sieht und bewußt fördert, um die gewaltige, alles niederschmetternde Einheitsfront aller Schaffenden nicht zustande kommen zu lassen . . . ."

„Du sprichst wie eine Volksversammlungsrednerin. Und ich will mit Politik nichts zu tun haben . . . ich lebe so viel besser . . . ."

„Bist du wirklich der Meinung, Lissi, daß du so besser lebst? Du gehst heute besser gekleidet wie ich, gut. Du hast sicherlich seidene Unterwäsche an, gut. Du besuchst bestimmt Vergnügungsstätten, die ich nur von außen kenne . . . . Aber was wird werden, wenn dein Körper verblüht ist? Wenn dich dein Chef oder sein Nachfolger wegwirft wie eine ausgequetschte Zitrone, weil du ihnen keine Genüsse mehr bietest und genügend frische Arbeitermädels vorhanden sind, die dieselben Illusionen haben wie du . . . .?"

„Daran denke ich heute noch nicht . . . . und im übrigen lasse ich mir auch keine Vorschriften machen, von dir nicht und von keinem anderen!"

Mit diesen Worten stürmte sie davon.

Erna aber stieg mit dem Gefühl die Treppen hinauf, ihre ehemalige Schulkameradin doch ein klein wenig zum Nachdenken veranlaßt zu haben.

Rätselhafte Gasvergiftung

In einer Wohnung auf der Fischhausstraße wurde am Montag mittag eine 50jährige Witwe mit ihren beiden 15 und 17 Jahre alten Söhnen mit starken Vergiftungserscheinungen aufgefunden. Einem Schlosser, der zufällig um diese Zeit in der Wohnung die Gasleitung in Ordnung bringen wollte, wurde auf Klopfen nicht geöffnet. Da er verdächtigen Gasgeruch wahrnahm, alarmierte er die Polizei. Als diese in die Schlafstube eindrang, lagen die drei Personen, nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, in ihren Betten. Der Gashahn in der Küche war geöffnet. Von der Feuerwehr mit Sauerstoffapparaten angestellte Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg. Alle drei Personen wurden nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt. Dort ist die Witwe inzwischen verstorben, während die beiden Söhne noch vernehmungsunfähig darniederliegen. Die Ursache des bedauerlichen Vorkommnisses bedarf noch der Klärung. Die Witwe hatte erst vor einigen Tagen die Wohnung bezogen.

Soweit die amtliche Meldung unserer Dresdner Polizei. Inzwischen erfahren wir über die Ursachen dieser Familientragödie Einzelheiten, die sich zu einer Anklage gegen das herrschende System auswachsen. Der Mann der Verstorbenen verunglückte (er war Bäcker) vor einem Jahr bei einer Backofenexplosion tödlich. Jetzt mußte die Witwe verdienen, kam aber bald in wirtschaftliche Not, da sie durch Verleumdung eine Arbeit eingebüßt hatte. Sie erhielt schließlich einen Hausmannsposten und atmete wieder auf. Da erhielt der Hauswirt ein Schreiben, das, voll gehässiger Nachrede, die Frau in den Tod trieb, da sie ihre Hoffnungen auf Ruhe und Auskommen zerstört sah. Auch ein Beitrag zu „10 Jahre deutsche Republik".

SLUB
Wir führen Wissen.

Gespräch an der Drehbank!

1. Prolet: „Das ist ja wiedermal zum ozen heute — so'n verfluchtes Hetztempo! Nicht zum Nachkommen!"

2. Prolet: „Das sind die „Segnungen" kapitalistischer Rationalisierung, die du jetzt am eigenen Leibe verspürst und — die dir von deinen sozialdemokratischen Parteiführern so sehr gepriesen wurden."

1. Prolet: „Wir kämpfen ja gegen dieses System . . . . ."

2. Prolet: „Ja! Und gegen eure Führer, die dieses System verteidigen — mit papiernen Protesten! Sieh dir zum Beispiel den Kampf an der Ruhr an. Hunderttausende von Kumpels stehen dort im Kampf um höheren Lohn. Deine Genossen, die Führer der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaften, versuchen diesen Kampf wieder einmal abzuwürgen und — die Arbeiter mit Hungerlöhnen in die Fabriken zurückzusenden."

1. Prolet: „Die Gewerkschaftsführer tun doch allerhand, um den Arbeitern zu helfen. Paul Löbe fordert sogar in der Dresdner Volkszeitung die Enteignung der Unternehmer durch den Staat."

2. Prolet: „Enteignung der Unternehmer durch den Staat — der ihr Staat ist? Glaubst du wirklich an diesen Schwindel? Fällen nicht die staatlichen Schlichtungsinstanzen nur Sprüche zugunsten der Unternehmer? Die sozialdemokratischen Führer sitzen als Unternehmerbüttel mit in diesen staatlichen Instanzen. Die Dresdner Volkszeitung faselt genau so wie der Lügen-Vorwärts vom „Angriff der Unternehmer auf den Staat" — der doch in Wirklichkeit der Staat der Unternehmer ist! Dieser „von den Unternehmern angegriffene Staat" zahlt den ausgesperrten Arbeitern nicht einmal Erwerbslosenunterstützung."

1. Prolet: „Wir müssen auf jeden Fall gegen die Unternehmer kämpfen. Die Unterstützungsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe für die Ruhrkumpels findet meinen Beifall. Das ist Solidarität."

2. Prolet: „Ja, Kollege, schon morgen können wir in einem gleichen Kampf stehen. Die verbürgerlichten SPD-Führer, die im bürgerlichen Staatsapparat sitzen und als Schlichter, Minister, Polizeipräsidenten, Landräte usw. immer gegen die Interessen der Arbeiter handeln, werden auch dann gegen unsere Interessen sein. Du wirst zugeben müssen, daß der vom sozialdemokratischen Schlichter gefällte Schiedsspruch uns genau so schwer trifft, wie der von einem bürgerlichen Schlichter gefällte. Wenn die Politik der sozialdemokratischen Führer falsch ist — und zweifelst du jetzt noch daran? — dann mußt du auch mit uns gegen diese verräterische Politik kämpfen. Nicht in der Partei, die jene beherrschen, sondern in der KPD, die sie fürchten und die gerade jetzt im Ruhrkampf erneut beweist, daß sie die Partei der Arbeiter ist!"

Oeffentliche Quittung

Für die Amnestierten sammelten: Ring, Baustelle Beyer, 14,50 Mk., RFB Zschachwitz 8,22 Mk., Sachsenwerk 126,45 Mk., RFB 1. Abt. (Tanzabend) 5,90 Mk., Gitterlee, Neubau Steck, 17,20 Mk.

Rote Hilfe, BL.

Einbruch. Von einem Einbrecher heimgesucht wurde in der Nacht zum Sonntag ein Geschäftslokal an der Ecke Döbelner und Duckwitzer Straße in Trachenberge. Gestohlen wurden Bargeld und 1 Dutzend buntfarbige Selbstbinder.

Ein Schaukasten geplündert. Vermutlich in der Nacht zum Montag wurde in der Trompeterstraße ein Schaukasten erbrochen und daraus 6 wollene Herrenstrickwesten, bunt und modefarbig, gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Mißhandelte Kriminalbeamte. Als vorgestern in der 6. Nachmittagsstunde zwei Kriminalbeamte in einem Lokal in der inneren Stadt einen verdächtigen Mann, der dort Wolljacken verkauft hatte, festnehmen wollten, wurden sie von diesem und den anwesenden Gästen tätlich angegriffen. Nur mit Mühe gelang es den Beamten, sich der Angreifer zu erwehren, die blindlings auf sie einschlugen. Das Eingreifen eines Ueberfallkommandos befreite die Beamten aus ihrer Lage. Zwei der Täter wurden verhaftet.

Ruinen . . .

Proletarische Betrachtungen beim Gang durchs Kloster Alten-Zella

Herbstsonntag. — Die Obstbäume längs der Landstraße haben ihr buntfarbenes Herbstkleid angelegt, gerade so als wollten sie sich in ihrer Pracht zum letztenmal zeigen. — Leicht weht eine frische Brise. Mahnend ruft in der Ferne eine Kirchenglocke die „Gläubigen" zum Gottesdienst. Hier und da sieht man einen armen Häusler auf dem Felde sich abquälen. Er ist mit der Bestellung seines bißchen Ackerlandes zur Winterszeit beschäftigt. Seine einzige Kuh muß ihm dabei behilflich sein. Für ihn gibt es keinen Sonntag, muß er doch an den übrigen Werktagen seine Arbeitskraft dem Großbauern verkaufen.

Bewaldete Höhenzüge winken grüßend und einladend herüber. Nein, heute kommen wir nicht. Heute ist altes Gemäuer unser Ziel.

Auf unseren Rädern ist Rossen, ein kleines Städtchen, das uns Großstädtern romantisch anmutet, erreicht. Von einer Bergespitze aus wird es von einem alten Schloß beherrscht, das einstmals Raubrittern als Behausung und Festung diente. Heute ist es eine moderne Zwingburg. In ihm ist das hiesige Amtsgericht und Gefängnis untergebracht, das den modernen Lohnsklaven, der sich in den Maschen des Gesetzes unserer kapitalistischen Gesellschaft verstrickt hat, aufnimmt. Ganz wie damals — zahlte ein Bauer nicht seinen Tribut an den Ritter, so wurde er dafür in den Hungerturm geworfen.

Nach kurzer Rast geht es nun zu dem eigentlichen Ziele unserer Herbstwanderung: nach der Ruine Kloster Alten-Zella. Ein schöner Waldweg, am sprudelnden Bächlein entlang, führt uns dorthin.

Inmitten eines mächtigen, verwilderten Parkes, dessen riesige Eichen und Buchen etliche Jahrhunderte alt sind, sind noch einige wenige Ueberreste des einstmals weitausgedehnten Klosters zu finden. Seine Entstehung verdankt dieses Kloster dem wettinischen Markgrafen Otto dem Reichen, der es ums Jahr 1162 gründete. Heute ist dieses „stolze Geschlecht" der Wettiner ebenfalls eine Ruine, die sehr „romantisch" durch den Exkönig, „unseren lieben August von Sachsen", repräsentiert wird.

Die bürgerlichen Geschichtsschreiber berichten, daß dieses Kloster eines der reichsten und größten Sachsens gewesen, und daß es während seiner Blütezeit reichlich mit Schenkungen seitens der feudalen Machthaber bedacht worden sei. Diese Schenkungen machte man allerdings nicht nur aus dem Grunde, um später ihr „sorgenvolles Haupt" in dieser „heiligen Erde" zur Ruhe legen zu können, sondern auch um sich bei Lebzeiten den volksverdummenden Einfluß der Pfaffen zu sichern. Eine Menge noch erhaltener Grabsteine zeugt davon, wie viele solcher Herren sich hier eine Begräbnisstätte gesichert hatten.

Dem wüsten, prunkvollen Leben der feudalen Machthaber wollten die geistlichen Herren nicht nachstehen und entwickelten ebenfalls ein prunkvolles Leben. Da die Schenkungen nicht mehr ausreichten, das kostspielige Leben und Treiben dieser geistlichen Fürsten zu decken, verlegten sie sich auf Raubzüge gegen friedliche Bauern und Städte. Aus den „frommen Dienern Gottes" wurden sehr „streitbare Herren". Die Bauern wurden ihres Grundes, ihres Bodens und ihrer Freiheit beraubt. Als Hörige der Klosterherren mußten sie Frondienste leisten und mästeten somit die Schmerbäuche der „Gott dienenden" Mönche. Den besiegten Städtern wurden finanzielle Lasten auferlegt, im Falle eines Krieges mußten sie Vasallendienste leisten. Hier entpuppte sich der Wolf im Schafspelz. Nach der Chronik hatte dieses Kloster Alten-Zella im Jahre 1374 einen Landbesitz von 13 500 Hektar.

Nach den Reformationskämpfen wurde das Kloster dem Verfall preisgegeben und durch den stolzen Vertreter des wettinischen Geschlechts, „Heinrich den Frommen", im Jahre 1540 die Brüderschaft aufgelöst.

Allerdings ist die formelle Auflösung nicht die Ursache des Zerfalls dieses Klosters, sondern das verkommene Leben und Treiben innerhalb seiner Mauern. Da ist z. B. der noch heute existierende Weinkeller. Zum größten Teil versandet und verfallen, beansprucht er doch noch einen riesigen Komplex. Einige Eingänge in unterirdische Gewölbe sind vorhanden. Es ist festgestellt, daß derartige Gänge zu Gängen des von den Mönchen verschrienen Lasters geworden sind. Auf diesen Wegen begaben sich die Aebte zu ihren Mätressen. Später wurden die weiblichen Wesen vermittelst dieser unterirdischen Gänge ins Kloster geschleppt.

Neben einigen Holzschnitten und Bildhauerarbeiten, die von den Mönchen ausgeführt wurden, ist besonders der in romanischem Baustil aufgeführte Torbogen am Südende des Parkes bemerkenswert. Dieser war der einzige sichtbare Zugang zum Kloster. Jetzt sind nur noch drei Gebäude erhalten, das frühere Refektorium, Bibliothek und Archiv, heute Kuhstall und Kornspeicher. Die Klosterapotheke dient zur Zeit als Pächterwohnung des dicht an das Klostergebäude angrenzenden Gutshofes. Die Schreiberei, in der damals zu Hunderten Ablaßzettel zur Sündenvergebung geschrieben wurden, erinnert an das schöne Sprichwort: „Wenn das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt." Die Profitgier des Krautjunkers hat daraus ebenfalls ein gewinnbringendes Unternehmen gemacht: eine Spirituosenbrennerei.

Ganze Bände könnte dieser Steinhaufen der gottgeweihten Hallen von dem korrupten Leben und Treiben berichten, mehr als hier angeführt wurde.

Während wir dem Ausgang zustreben, überlegen wir, daß nicht nur im Mittelalter der Klerikalismus der Verdummung der Werktätigen diente. Seine Macht ist noch nicht gestürzt, wenn sie auch schwankt. Und die Ruinen, das äußere Zeichen des Zerfalls der proletariervergiftenden Religion, mahnen uns an eine Tat, die wir noch zu vollbringen haben: dem Klerikalismus den vernichtenden Todesstoß zu versetzen.

Horst Böhme Dresden.

Zum Gedächtnis des 100. Todestages Franz Schuberts (gestorben 19. November 1928) werden drei Veranstaltungen stattfinden: eine Morgenfeier im Schauspielhaus am Sonntag dem 18. November, das zweite Sinfoniekonzert der Reihe A am 16. November mit dem „Stabat Mater" (Erstaufführung), der Ouvertüre zu „Rosamunde" und der Sinfonie in h-Moll (unvollendete); sowie ein Opernabend am 19. November (dem Gedächtnistag) mit der Erstaufführung der Spieloper „Die Weiberverschwörung" und der Erstaufführung einer Tanzsuite nach Schubertschen Märchen und Walzern.

Albert-Theater. Die Erstaufführung des Schauspiels „Ueber die Kraft", 1. Teil, von Björnstjerne Björnson, erfolgt am Freitag, dem 9. November, 19,30 Uhr. — Die Dora-Menzler-Schule für Gymnastik und gestaltete Bewegung veranstaltet am Sonntag dem 11. November, vorm. 11 Uhr, eine Matinee. — In Vorbereitung „Ueber die Kraft", Schauspiel in zwei Aufzügen von Björnstjerne Björnson.

Mitteilungen der Konzertdirektion Ries. Donnerstag den 8. November, 19,30 Uhr im Vereinshaus: Liederabend von Meta Seinemeyer, Staatsoper. — Freitag den 9. November, 19,30 Uhr im Harmoniesaal: Klavierabend Janka Weinkauff. — Karten bei F. Ries, Seestraße 21.

Im Staatl. Kunstgewerbemuseum ist die Jubiläumsausstellung der Zeichenlehrerausbildung nur noch wenige Tage zugänglich. Sie ist geöffnet: Werktags (außer Montags) von 10 bis 15 Uhr. Eintritt frei.

Fürstenhof-Lichtspiele. Mittwoch den 7. November, 15 Uhr, in der Jugendvorstellung der Film: „Mein Goldjunge".

Ein Auto fährt in eine Radfahrergruppe

3 Personen schwer verletzt

Am Dienstag kurz nach 22 Uhr ereignete sich auf der Staatsstraße Pirna—Heidenau ein schwerer Verkehrsunfall. Handelsvertreter Pavel, Heidenau, befand sich mit seinem Kraftwagen auf der Heimfahrt. Durch den 22 Uhr erfolgten Schichtwechsel der Fa. Küttner war die Straße wie allabendlich von Hunderten von Radfahrern bevölkert. In der Nähe der Fabrikanlagen stieß der Kraftwagen mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Radfahrer und gleich darauf mit zwei weiteren Radfahrern zusammen. Alle drei Personen wurden schwer verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, doch scheint der Kraftwagen in zu schnellem Tempo gefahren zu sein, so daß er nicht mehr rechtzeitig ausweichen konnte.

Vom Schlachtfeld der Arbeit

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich am Dienstag gegen 12 Uhr im Betrieb der Kraftverkehrsgesellschaft (Freistaat Sachsen), Planitzstraße. Ein Omnibus, der rangiert wurde, rollte einem Jungarbeiter L. über die Füße. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß er in ein Dresdner Krankenhaus übergeführt werden mußte. Wir erwarten, daß sich die Betriebsleitung zu diesem Unfall und seinen Ursachen äußert.

Schwerer Verkehrsunfall

Tharandt. Am Dienstagvormittag stieß auf der Staatsstraße Tharandt—Dresden ein mit zwei Männern besetztes Motorrad mit einem aus entgegengesetzter Richtung kommenden Kraftwagen zusammen. Einer der Fahrer war sofort tot, der andere wurde in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus übergeführt.

Wieder ein Fall spinaler Kinderlähmung

Bautzen. In das städtische Krankenhaus wurde ein sechsjähriges Mädchen eines Sohlander Landwirtes, das an spinaler Kinderlähmung erkrankt ist, eingeliefert.

Kraftpost. Die Abfahrtstelle der Kraftpostwagen Dresden—Glashütte—Geising—Altenberg—Zinnwald—Teplitz, Dresden—Wilsdruff—Mohorn, Dresden—Wilsdruff—Altannenberg und Dresden—Stolpen—Neustadt—Sebnitz, die sich in Dresden bisher am Wiener Platz gegenüber Eingang 2 des Hauptbahnhofes befand, wird vom 5. November an weiter westlich nach Wiener Platz gegenüber der Reitbahnstraße verlegt.

Ein nettes Hauswirtschepaar

Zu unserer unter obiger Ueberschrift in Nr. 246 veröffentlichten Korrespondenz erhalten wir von Herrn Paul eine Berichtigung zugeschickt, die nichts, aber auch gar nichts richtig stellt. Der Kuriosität wegen veröffentlichen wir hier den „Kernsatz" der „Berichtigung", die, das möchten wir dabei ausdrücklich feststellen, mit dem § 11, auf den sich Herr Paul beruft, nichts zu tun hat.

„Zur Renovierung sind nach fachmännischer Schätzung zirka 10 Mille notwendig. Um nun wieder innerhalb des Hauses menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen, habe ich mich veranlaßt gesehen, nachdem alles gütliche Zureden nichts half, eine allgemeine, übliche Hausordnung anzuschlagen, denn es kann mir niemand zumuten, daß ich von Jahr zu Jahr immer wieder von vorne anfange."

Also, was ist klar gestellt? Nichts! Die Mieter aber werden sich gegen alle Uebergriffe von Hausbesitzern zu wehren wissen.

Zu „Nachklänge von der Jahresschau Deutscher Arbeit" teilt uns die Firma Brotzeller u. H. Tappeiner mit, daß Herr Gütter die angezogenen Beschimpfungen nicht gebraucht habe, sondern daß der kriegsbeschädigte Herr Grodzicki nur eine scharfe Auseinandersetzung mit Herrn Gütter gehabt habe, und daß die an dem betreffenden Abend gestellten Forderungen weder angebracht noch berechtigt gewesen seien. Im übrigen sei die Firma weder pleite — noch sei der Direktor in Tirol, vielmehr halte sich derselbe seit Ausstellungsschluß in Dresden auf.

Der Amtsschimmel trabt

Der Stadtrat zu Radeberg schreibt uns: „Der Unglücksfall am 30. v. M., dem ein jugendliches Menschenleben zum Opfer fiel, wird der zuständigen Behörde Veranlassung geben, nachzuprüfen, inwieweit hiesige Handwerksmeister eine übermäßig große Zahl von Lehrlingen ohne genügende Beaufsichtigung und Anlernung annehmen, und es wird erforderlichenfalls die Zahl der Lehrlinge eingeschränkt oder ihre Entlassung verfügt werden." — Es ist die alte Sache: wenn das Kind in den Brunnen gefallen, dann — tut man so, als ob man ihn zudecken wolle. Vorher dachten die Herren nicht daran, erst müssen Menschenleben vernichtet sein! Was aus solchen Untersuchungen herausspringt, ist ja bekannt. Die Fälle, in denen grausamste Mißhandlung von Lehrlingen bekannt wurden, zeigen, wie die „sachgemäße Ausbildung" und die Anwendung „väterlicher Zucht" sich in der Praxis auswirken. Gerade jetzt versuchen Innungen und Industrielle die Frage des privaten, d. h. individuellen Lehrvertrages zu stellen. Aufgabe der Gewerkschaften, vor allem aber der Opposition, wird es sein, demgegenüber mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die Lehrverträge kollektiv durch die Gewerkschaften abgeschlossen werden. Die Lehrlingszüchterei nimmt immer mehr überhand und treibt die tollsten Blüten. Die amtlichen Stellen aber warten — die Gewerbeaufsichtsämter haben keine Zeit. Hilf- und schutzlos steht der Lehrling da. An sie ergeht der Ruf: Organisiert euch in den Gewerkschaften — organisiert euch im Kommunistischen Jugendverband! Gerade letzterer ist es, der den Kampf gegen Lehrlingsausbeutung und -mißhandlung am schärfsten führt.

Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse Heidenau

Am 5. November fanden nach einem fast einjährigen Einspruchsverfahren die Wahlen der Versicherten-Vertreter statt. Es standen drei Listen zur Wahl, und zwar eine Liste des ADGB, eine Liste des Industrieverbandes und eine Liste der Opposition. Die Kandidaten der Opposition sind in erster Linie KPD-Genossen und andere parteilose revolutionäre Arbeiter. Die Wahlbewegung war verhältnismäßig stark, etwa 50 Prozent der wahlberechtigten Stimmen wurden abgegeben, insgesamt 2719, davon 2686 gültige und 33 ungültige. Auf die einzelnen Listen entfielen: Liste 1 des ADGB 980 Stimmen, Liste 2 des Industrieverbandes 285 Stimmen, Liste 3 der Opposition 1421 Stimmen. Die Ausschußvertreter verteilen sich wie folgt: Liste 1 11 Vertreter, Liste 2 3 Vertreter, Liste 3 16 Vertreter. Wir kommen auf die Wahl nochmals zurück.

Eine Wanzenjagd

Altstadt bei Ostritz. Am Sonnabend, dem 27. Oktober passierte ein großes Unglück in der Mechanischen Weberei Altstadt. Beim Durchsehen der Ware entdeckte eine Arbeiterin eine Wanze, was natürlich beim Teilhaber Herrn Golbs große Furcht erweckte, denn ein Schmarotzer der Fabrik war sofort beim Anblick der Wanze vor Schreck ins Kontor gerannt, um das Unglück zu melden. Am Montag früh bei Beginn der Arbeit erschien Herr Golbs mit einem Arzt, Herrn Dr. Göpfert. Herr Golbs hielt erst eine feierliche Ansprache mit dem Bemerken, der Betrieb (und der Profit) könnte geschädigt werden, diejenige Person sollte sich freiwillig melden, welche das Raubtier hereingeschmuggelt hat. Da sich niemand meldete, wurden die Frauen vom Arzt untersucht, ob das „Raubtier" von Wanze jemand gebissen hat. Hoffentlich bezahlt Herr Golbs der Verletzten eine Abfindung. Als Zeugin der Untersuchung war eine Frau Hoffmann aus Schlegel zugegen. Es ist von einem Schmarotzer in der Fabrik geäußert worden: „Auf dem Gute sind Wanzen!" Durch diese Aeußerung des Schmarotzers wurden zwei Personen verdächtigt. Herr Golbs kann sich äußern, wer der Schmarotzer ist, der Leute verdächtigt. Erhält selbiger eine Abfindung für diese Neuigkeiten? Herr Golbs, das Raubtier von Wanze kann auch vom Zirkus Sarrasani entlaufen sein. Die Wagen sind doch bloß 25—30 Meter von der Fabrik vorbeigefahren. Bitte, fragen Sie mal dort an, vielleicht fehlt dort eine im Bestand. Zur Sicherheit, Herr Golbs, schaffen Sie sich einen Polizeihund an, welcher aufpaßt, daß kein Arbeiter eine Wanze hereinschmuggelt. Ihr Unkostenkonto könnte sonst zu sehr von „Arztrechnungen für Wanzenjagd" belastet werden.

Arbeitersamariterbund, Kolonne Cunewalde. Der Einwohnerschaft des Cunewalder Tales hiermit zur Kenntnis, daß Montag den 12. November, 20 Uhr, im Uebungslokal Kirchschule 1. Bezirk ein Lehrkursus „Erste Hilfe bei Unglücksfällen" stattfindet. Leiter ist Herr Dr. med. Fritz Feubner, Löbtitz, als Kolonnenarzt. Meldungen nehmen entgegen Heinrich Ludwig, Vorsitzender, Löbtitz Nr. 6, und Richard Hannelmann, techn. Leiter, Cunewalde 387. Wir hoffen und wünschen, daß sich zu dieser guten Sache genügend Interessenten einfinden, denn Samariterkenntnisse werden an jedem Orte gebraucht, sei es im Betriebe, auf dem Bau, auf der Straße, im eigenen Heim. Ueberall kann man vorkommendenfalls seine Kenntnisse zur Verfügung stellen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Im Auftrage der Zentralkommission!

Das Ergebnis der letzten Sitzung der Zentralkommission ist das verschärfte Vorgehen der Riemann und Konsorten im Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ gegen die oppositionellen Arbeiterradfahrer. Ihr Vorgehen konzentriert sich im Augenblick auf den Gau 9 (Berlin-Brandenburg). Von den Groß-Berliner Ortsgruppen wurde bedingungslos der Anschluß an das von der ZK eingesetzte sozialdemokratische Kartell gefordert. Die Abteilungen und Ortsgruppen, die sich gegen die Diktatur des Bundesvorstandes zur Wehr setzten und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder verteidigten, sind durch Beschluß des Bundesvorstandes ausgeschlossen worden. Etwa 3000 Arbeiterradfahrer sind durch diesen Willkürakt des BV betroffen worden.

Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß die Mitglieder deutlicher als bisher erkennen, daß auch der Bundesvorstand der Arbeiterradfahrer im Interesse der SPD die Spaltung der Organisation durchgeführt. Im 1. Bezirk des Gaues 9 haben sich die Mitglieder einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß der Bundesvorstand statutenwidrig die Ortsgruppen ausschließt, und verlangen die Zurücknahme derselben. Im 2. Bezirk nimmt die Mitgliedschaft dieselbe Stellung ein. Ein Bezirkstag des 21. Bezirks, der von fast allen Provinzvereinen besucht war, wandte sich einstimmig gegen die im Arbeiter-Radfahrerbund eingeschlagene Politik.

Ohne die Mitglieder zu fragen, ohne statutarische Begründung hat der Bundesvorstand die Bezirksleiter der drei vorher genannten Bezirke ihrer Funktionen enthoben. Als Begründung gibt der Bundesvorstand ihre Stellungnahme für die Einheit an. Tatsache ist, daß die drei Bezirksleiter bisher ihre Pflicht als Funktionäre erfüllt haben, und daß unter ihrer Leitung die Bezirke an Mitgliedern gewonnen haben. Aber der Bundesvorstand muß seine Politik durchsetzen und schreckt deshalb nicht vor statutenwidrigen Ausschlüssen zurück.

Die Ausschlüsse in Berlin und Halle sind der Anfang des Vorgehens gegen die immer stärker werdende Opposition auch im Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“. Bereits hat man gegen Halle ähnliche Schritte unternommen. Der Bundesvorstand wird nicht zurückschrecken, weiter mit Ausschlüssen vorzugehen, wo Ortsgruppen und Bezirke sich gegen seine Politik zur Wehr setzen. Jetzt müssen die Mitglieder sprechen, damit nicht die in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaute Organisation im Interesse der SPD-Politik zerschlagen wird. Schnelle Entscheidung der einzelnen Ortsgruppen ist jetzt ein Gebot der Stunde. Protestiert beim Bundesvorstand gegen die Ausschlüsse der Groß-Berliner Ortsgruppen. Protestiert gegen die Absetzung von ordnungsgemäß gewählten Funktionären. Zeigt, daß ihr für die Einheit seid!

Wohin steuert der Bundesvorstand der Arbeiter-Athleten?

Die starke Opposition in der Mitgliedschaft des Arbeiterathletenbundes gegen den Spaltungskurs der Zentralkommission, der auch die Zustimmung des Bundesvorsitzenden Strumpf gefunden hat, veranlaßt den Bundesvorstand zu allerhand Manövern, um seine Position zu halten und die Front der Opposition zu verwirren.

In einem Rundschreiben an die Kreisleiter des Bundes wendet sich Strumpf wieder einmal gegen die Moskauer Spartakiade, die nach seiner Meinung eine Veranstaltung der RSI war. Dabei weiß er selbst, daß es eine Veranstaltung der Sowjetunion war. Der sportliche Verkehr mit den Sportlern der Sowjetunion ist aber nach den Beschlüssen des Dresdner Bundestages des AAB zulässig. Selbst Strumpf muß zugeben, „daß Kreisleiter und Bundestagsdelegierte auf diesem Standpunkt stehen“. Aber der Bundesvorsitzende Strumpf ist nach seiner Erklärung in der letzten Sitzung der ZK, Wildungs Forderungen auf Spaltung des Bundes durchzuführen, ein getreuer Diener Wildungs geworden und fordert deshalb Ausschlüsse der Spartakiadeteilnehmer entgegen den Satzungen und Bundestagsbeschlüssen.

Aber darüber hinaus sollen auch der Hallesche und Berliner Kreis des AAB ausgeschlossen werden. Der Bundesvorsitzende Strumpf wagt es nicht, diese Ausschlüsse selbst durchzuführen. Er will, daß die Kreisleiter mit die Verantwortung für die Massenausschlüsse übernehmen. Deshalb fordert er von den Kreisvorständen Antwort, ob sie mit den Spaltungsabsichten einverstanden sind.

Aus dem Rundschreiben geht klar und deutlich hervor, daß der Bundesvorstand und an seiner Spitze Strumpf die Maske fallen gelassen haben und als Helfershelfer der Spalter auftreten. Sie werden den Weg beschreiten, der ihnen vom Parteivorstand der SPD gewiesen wird und der den Ausschluß der Opposition und somit die Zerschlagung des Arbeiterathletenbundes bedeutet. Jetzt müssen die Mitglieder sprechen. Gegen die beabsichtigte Spaltung muß sofort und energisch Protest eingelegt werden. Fordert überall die Rücknahme der Ausschlüsse der Spartakiadeteilnehmer. Eure Bezirks- und Kreisvertreter müssen durch den Massenprotest veranlaßt werden, gegen den Spaltungskurs des Bundesvorstandes Stellung zu nehmen. Nur der Wille der Mitglieder kann die beabsichtigte Spaltung verhindern.

Vor wichtigen Tagungen

Der 10. und 11. November sind Tage, die aller Voraussicht nach von größter Bedeutung für die fernere Entwicklung des 4. Kreises sein werden. An diesen beiden Tagen finden in Dresden Tagungen statt, die sehr wichtige Beschlüsse zu fassen haben.

Am Sonnabend dem 10. November tagen zunächst die Bezirksleiter der drei Sparten (Turnen, Fußball, Wassersport) getrennt, um über ihre Spartenangelegenheiten zu befinden. Dabei wird die Tagung der Fußballsparte sich in der Hauptsache mit der für 1. Januar geplanten Herausgabe einer Kreisfußballzeitung zu befassen haben. Der Kreisvorstand hat eine Vorlage ausgearbeitet, die den Bezirksleitern zur Beschlußfassung vorliegen wird. — Aber auch die anderen Sparten werden über das Presseproblem sprechen und sich vorbereiten zur Stellungnahme am Sonntag; denn am 11. November findet dann die für den Herbst fällige Bezirksvertreterkonferenz statt, zu der diesmal auch die Bezirksleiter der Sparten hinzugezogen wurden. Die Notwendigkeit zu dieser Maßnahme ergab sich aus der dringend erforderlichen gemeinsamen Beratung über die zukünftige Gestaltung unseres Pressewesens. Den Fußballern soll das Recht eingeräumt werden, ab 1. Januar eine neue Fußballzeitung erscheinen zu lassen, während der SAS als Mitteilungsblatt der Kreisverwaltung weiter erscheinen soll. — Neben diesem hochwichtigen Punkt Presse, der die meiste Zeit in Anspruch nehmen wird, sollen noch folgende Punkte behandelt werden: Berichterstattung der Kreisverwaltung (Referent Gen. Peschke); Die Lage im Bunde (Referent Gen. Gellert).

Besonders das Referat unseres Bundesvorsitzenden Genossen Gellert wird regstem Interesse begegnen.

Die größten Vereine der Sächs. Spielvereinigung

Die insgesamt 426 Vereine bzw. Abteilungen umfassende Sächs. Spielvereinigung (27 485 Mitglieder) mustert auch einige recht starke Vereine, die auf ein vorzügliches Vereinsleben, eine mustergültige Organisation hinweisen. Es dürfte interessieren, auch darüber einmal etwas zu erfahren.

Die größte Fußballabteilung ist die des VfL Südost Leipzig mit 309 Mitgliedern (früherer Bundesmeister, bekannt als Leipzig-Stötteritz). Ihr folgt Vorwärts-Süd Leipzig mit 254 Mitgliedern. Und die weitere Folge zeigt:

Preußen Leipzig 238, Straßenbahn Dresden 230, Dresden-Löbtau 220, VfL Südwest Leipzig 211, Jahn Mittweida 194, Dresdner Sportverein 180, Frischauf Wurzen 176, Leipzig-Plagwitz 175, Leipzig-Pegau 172 usw.

Interessant ist aber auch die Vereinsstärke der einzelnen Bezirke. Leipzig marschiert auch hier wieder an der Spitze:

Bezirk Leipzig 102 Vereine, Bezirk Dresden 89, Bezirk Chemnitz 64, Oberlausitz 20, Mittweida 16, Zwickau 26, Erzgebirge 48, Plauen 28, Burgstädt 15 und Riesa 18 Vereine. tzb.

Großkampftag!

Nächsten Freitag, den 9. November 1928

DSV-Helios

um die Bezirksmeisterschaft auf der Ilgen-Kampfbahn, Lennéstraße

Anstoß 2 Uhr

Ein Kursus für geschäftliche Bezirksfunktionäre

fand am 3. und 4. November an der Bundesschule zu Leipzig statt. Er wurde von der Kreisverwaltung des 4. Kreises veranstaltet. Anwesend waren 104 Kursusteilnehmer sowie 7 Mitglieder des Kreisrates. Von diesen insgesamt 111 Anwesenden waren 103 politisch, alle gewerkschaftlich organisiert und 110 aus der Kirche ausgetreten. Das ist ein außerordentlich erfreuliches Zeugen von Pflichtbewußtsein der führenden Funktionäre, die allen Mitgliedern Vorbild sein sollte, denn — das wurde auch im Kursus gelehrt — der tiefere Sinn der Arbeitersportbewegung ist die Erziehung zum Klassenbewußtsein, zum Klassenkämpfer für die Sache des Sozialismus.

Der Arbeitsplan des Kursus war reichhaltig, wenn in ihm auch zu wenig Vorträge hervorragender Lehrkräfte vorgesehen waren. Dennoch dürfte für den größten Teil der Kursusteilnehmer genügend Neues geboten worden sein, das ihnen nunmehr ermöglicht, in den Bezirken gleiche Aufklärungsarbeit vor den geschäftlichen Vereinsfunktionären zu leisten. Dann erst kann von einem Erfolg des Kursus die Rede sein. Ein besonderer Höhepunkt war der zweistündige außerordentlich lehrreiche Vortrag des Lehrers Pflug über „Reden und Schriftführen“. Auch das Referat des Genossen Fuchsel über „Neuzeitliche Festgestaltung“ fand begeisterte Aufnahme. tzb.

Wintersport. ATuSpB. Der Trockenkursus Löbtau muß verlegt werden, er beginnt am 12. November in der Halle der 37. Volksschule in der Herbertstraße. — Neustadt am 7. November in der Halle der 25. Volksschule in der Görliner Straße. — Kursus Striesen. Nächster Kursustag am 10. November in der Halle Zöllnerplatz. — Alle Kurse beginnen um 19 Uhr. Kursisten haben Schneeschuhe, Stöcke, Schuhe (gut eingepaßt), sowie Ausweise mitzubringen.

Wassersport! Zu dem Städtewettkampf am 21. November im Güntzbad liegen nun endgültig die Meldungen vor. Am Start stehen sich gegenüber: Leipzig—Zwickau—Dresden-A.-Ost. Die Vereine sind in der Lage, nur Kernmannschaften zu schicken. Die Kämpfe werden äußerst interessant sein. Leipzig, der vorjährige Kreismeister im Wasserballspiel, hat alles daran gesetzt, um die Niederlage bei dem Kreisfest wieder wettzumachen.

Zwickau entsendet eine Schulmannschaft und wird schwimmtechnisch gute Erfolge zeitigen. Im Kunstspringen stehen sich alle erfahrene Kämpen gegenüber, die nur Bestes leisten werden. Rettungsvorführungen werden in ganz neuer Form demonstriert. Der Frauenkunstreigen, ausgeführt von Dresden-A.-Ost ist wieder die Glanzleistung des Festes, es kommen nur neue Sterne in Frage, die vorher großes Training erfordern. Mit Spannung kann man dem Wasserballspiel entgegensehen. Voraussichtlich wird Leipzig 1. M. gegen Dresden-A.-Ost 1 Männermannschaft spielen. Alle Brudervereine sind zu dem großen Feste herzlich eingeladen.

9. Bezirk. Wintersport. Der für den 19. und 26. November festgelegte Trockenkursus in der Turnhalle Zauckerode ist auf den 22. und 29. November verlegt worden. Beginn 20 Uhr.

Der Geländekursus findet am 1. und 2. Dezember in Georgenfeld statt. Abfahrt der Teilnehmer 6,20 Uhr von Hainsberg. 8 Uhr Gesamtabmarsch nach dem Kreisheim. Von 11 bis 12 Uhr Eröffnung des Kurses. 12,30 bis 16,30 Uhr Vorübungsübungen auf Schneeschuhen, Laufen und Wenden auf der Ebene, Anstieg in Serpentinen, Gräten und Treppenschritt. Abfahrten in Großer und Kleiner Hocke, Schneepflug und Stemmpflug. 19 bis 21 Uhr Vortrag: Der Wintersport im Arbeiter-Turn- und -Sportbund. Fortsetzung am 2. Dezember 8,30 bis 12 Uhr Stemmbogen, Stemm-Christiana, Christiana gezogen und gerissen, Vorübungen zum Telemarkschwung. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 16 Uhr Telemarkschwung beiderseitig, 2 und 3 Laufschritt, Schlittschuhschritt, kurzer Hinweis für Gelände-, Quer-, Schanzensprung. 16 bis 17 Uhr Schlußprüfung. Die Meldungen hierzu müssen spätestens am 24. November an Gen. Alfred Liebscher, Freital-Z., Wilsdruffer Straße 142, abgegeben sein. Zu melden haben alle Vereins- und Wintersportwarte.

Vereinsnachrichten

Freie Fußballvereinigung Dohna. Die nächste Mitgliederversammlung findet schon Donnerstag den 8. November 19 Uhr im Deutschen Schützen statt.

Turn- und Sportverein Frisch auf Cunnersdorf. Donnerstag den 8. November Versammlung 19,30 Uhr bei Richter. Freitag den 9. November Turnplatzarbeiten 8 Uhr.

Dresdner Ballspielverein 1915. Donnerstag den 8. November 20 Uhr in Tierschecks Restaurant Vollversammlung. **Spielausschuß** tagt 19 Uhr. Aufstellung neuer Mannschaften.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Dresden. Die im Wanderer angesetzten Veranstaltungen für den 8. November, Filmabend und Mitgliederversammlungen, fallen aus.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Dresden. Wintersportsektion: Der für den 8. November angesetzte Skifilm „Die Arlbergschule“ findet nicht statt. Pieschen, Mickten, Kaditz: Der am 7. November angesetzte Vortrag fällt aus. Neues Gruppenlokal: Jugendheim, Altpieschen 9. Gruppenabende finden 14tägig Freitags statt.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Wanderungen der Ortsgruppe Dresden. 11. 11. Besuch des Eisenbahnmuseums. 9,30 Uhr Neust. Bhf. F.: Jäger. 11. 11. Rw. Holberode. 14 Uhr Leubnitz-Neuostra, Endst. Linie 9. F.: Bergmann. Alt- und Friedrichstadt: 8. 11. Lieder zur Laute. Johannstadt: 8. 11. Bericht von der Fahrt. Gen. Roche. Löbtau-Plauen: 8. 11. Humor und Satire. Ref.: Gen. Liebe. Striesen: 8. 11. Vortrag: Die russische Literatur. 2. Teil. Ref.: Gen. Hutter. 11. 11. Rw. Höhen des rechten Elbufers. Wachwitz, Malschendorf. 13,30 Uhr Schillerplatz. F.: Breitschneider. Cotta: 8. 11. Musikalischer Abend. Ausf. Arbeiter-Mandolinisten Cotta. 11. 11. Rw. Pillnitz, Ruine, Jagdwege, Hohe Brücken, Mänschendorf, Dittersbacher Höhen, Wesenitztal, Lohmen, Liebethaler Grund, Zeschen, Pillnitz. Fahrt nach Pillnitz 6 Uhr Ecke Kronprinzen- und Pennricher Straße, Schanzenapotheke. Pieschen, Mickten, Kaditz: 7. 11. Vortrag fällt aus. 10. 11. Abendw. mit Tänzchen nach der Wilhelmshöhe. Abf. 18,30 Uhr Gohliser Straße Trachau nach der Schützenstraße Radebeul. F.: Gruner. Südost: 8. 11. Gen. Sarodnik: Meine Ferientage in Böhmen. Wintersportsektion: 11. 11. Rw. Rabenauer Grund. Abf. 6,10 Uhr Hbf. (SK Rathen). F.: Rösche. Jugendabteilung: 9. 11. Sollesberg. Näh. Gruppenabend. F.: Heinrich.

Vereinigte Kletterabteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Mittwoch den 7. November 19 Uhr im Volkshaus Gesangsabteilung. Die Singstunde beginnt jetzt in den Wintermonaten 19,30 Uhr und findet wie bisher jeden Dienstag in Barths Restaurant, Friedrichstraße 38, statt.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Heidenau-Dohna. Heute Mittwoch den 7. November Monatsversammlung 19,30 Uhr im Vereinslokal.

Rundfunk

Donnerstag den 8. November

16,30 Uhr: Konzert. 17,45 Uhr: Funkwerbenachrichten. 18,05 Uhr: Steuerrundfunk. 18,20 Uhr: Wettervoraussage, Zeitangabe und Arbeitsmarkt. 18,30—18,55 Uhr: Spanisch für Fortgeschrittene. 19 Uhr: Dr. Fritz Reuter (Leipzig): Musik als Beruf. 1. Vortrag. 19,30 Uhr: Prof. Dr. Paul Haake (Berlin): Sachsen, zur Zeit Augusts des Starken. I. 20 Uhr: Gesänge aus Opern. 21 Uhr: Bunte Musik. 22 Uhr: Funkpranger. 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Funkstille.

Tageskalender der Dresdner Theater

Donnerstag. Oper: Der Schneevogel — Gianni Schicchi — Spielzeug (19,30). Schauspielhaus: Erste Vorstellung der Aktuellen Bühne (Uraufführung): Geschäft (Walter Anrecht) 19,30. Albert-Theater: Gastspiel Marion Regler: Die heilige Johanna (19,30). Komödie: Der Prozeß Mary Dugan (19,45). Residenztheater: Er und seine Schwester (20). Zentraltheater: Roni und das große internationale Varieté-Programm (20 Uhr).

Die Herren des Staates trumpfen auf

„Schwerindustrie gegen den Staat" — Plumpe Demagogie des „Vorwärts"

Jacob Goldschmidt, Albert Vögler, Fritz Thyssen, Friedrich Flick, Paul Silverberg — diese fünf Namen, die Namen der **Mitglieder des innersten** Generalstabs des Ruhrkapitals, sollte jeder gute Deutsche kennen. Es sind die Herren des Staates. **Es sind die fünf** Oberpriester jener ungeheuren Kapitalmaschine, die von der Ruhr aus mit aktivem Beistand der Großbanken ganz Deutschland sich untertan zu machen bestrebt sind. Und nun haben die **Großen Fünf** wieder einmal den Befehl zum Losschlagen gegeben: **Feuer gegen die 200 000 Ruhrproletarier!**

Wer folgt diesem Beispiel? Nur die Unternehmerarmee des Ruhrgebiets? Nein — **die Gruppe um Goldschmidt und Vögler vermag für ihre Aussperrungsaktion an der Ruhr die gesamte kapitalistische Klasse zu mobilisieren.** Von dem Hauptquartier in Essen werden dirigiert: die Reeder in Hamburg, die Elektrokonzerne in Berlin, die Agrarbanken in Bayern und Ostpreußen, die Feudalkonzerne in Oberschlesien, die Maschinen- und Waggonunternehmer in Mitteldeutschland, die Eisenbahnen im ganzen Reich. Sie alle unterstehen heute dem Oberbefehl der Ruhrkapitalisten und bilden nur Provinzen in deren Reich.

Wir wollen sehen, wie die Herrschaft des Ruhrkapitals **in den einzelnen Wirtschaftsgebieten Deutschlands verankert ist und wie heute in jedem Gebiet die führende „einheimische"** Kapitalgruppe nur eine Ortsbevollmächtigte und Teilhaberin der Essener Zentrale geworden ist.

Wenn irgendein Teil Deutschlands nach außen hin als unabhängig von dem schwerindustriellen Einfluß erscheint, so ist es

Bayern

Das Ruhrkapital unterordnete sich die bayerische **Elektrizität** durch seinen eigenen Krafttrust, das R.W.E. Die Agrarier versuchten, aus dem Machtbereich der Ruhrkönige durch Lostrennung vom Reiche und Schaffung einer rein agrarischen „Donaumonarchie" auszubrechen. Es half nichts — 1923 schlugen alle diese Versuche fehl. Es folgte eine regelrechte, ökonomische und politische Waffenstreckung des bayerischen Agrarkapitals und seine Einfügung in das Ruhrsystem. Heute ist die enge Interessengemeinschaft der beiden Mächte ganz deutlich zu beobachten.

Man braucht sich nur die führende Bank Bayerns, die Bayerische Vereinsbank, anzusehen, deren Kontrolle auch die Bayerische Handelsbank untersteht.

Der Generaldirektor des Stahltrusts Vögler, der Haniel-Direktor und Leiter der neuen Unternehmeroffensive Paul Reusch, die Krupp-Aufsichtsräte Dr. Luther und C. Ehrensberger — alle diese „Saupreußen" sitzen in eigener Person in der Vereins- und Handelsbank, beaufsichtigen die Gewährung von Vorschüssen und die Erteilung der Befehle.

Genau die gleiche Transaktion, wie mit Bayern, hat die Schwerindustrie auch mit dem anderen Hauptsitz des deutschen Junkertums, Ostelbien, vorgenommen. Hier ging sie allerdings nicht in eigener Person vor, sondern handelte durch einen Kommissionär:

Hugenberg

Mit dem Gelde der Ruhrkonzerne baute Hugenberg im Osten Deutschlands ein ganzes System von „Landbanken" und „Siedlungsgesellschaften" auf: die Ostbank für Handel und Industrie, die Ostdeutsche Privatbank, die Landbank, die Neuland A.-G., die Roggenrentenbank usw. Alle diese Agrarbanken gaben vor, ausschließlich „im Interesse der deutschen Landwirtschaft" zu arbeiten, zu deren Rettung sie berufen seien. Die wahre Aufgabe der Hugenbergschen Landfinanz bestand jedoch darin, durch Kreditgewährung an die Gutsbesitzer, vor allem aber durch „individuelle Behandlung" der führenden Großagrarier, die maßgebende Clique des ostelbischen Junkertums in finanzielle Hörigkeit zu der geldgebenden Schwerindustrie zu bringen. Das ist Hugenberg glänzend gelungen.

Doch erst an dem Beispiel

Oberschlesien

dem Lande des klassischen Großgrundbesitzes, sehen wir, wie weit sich das Junkertum unter die Oberhoheit des Essener Monopols begeben hat. Hier schien das Agrarkapital eine eigene großindustrielle Festung geschaffen und sich vom auswärtigen Industriekapital für alle Zeiten unabhängig gemacht zu haben.

Das war vor dem Kriege. Und heute? Die ganze oberschlesische Schwerindustrie ist vertrustet. Wer sind die Trustherren? — Die Bismarckhütte und die Kattowitzer A.-G. mit **ihren Tochterunternehmungen, den Silesia-, Friedens- und** Baildon-Hütten, gehören unmittelbar dem Ruhrstahltrust und **dessen Großaktionär Friedrich Flick.** Die „Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke" gehören je zur Hälfte dem Ruhrstahltrust und dem Grafen Ballestrem. So sind auch die oberschlesischen Magnaten in ihrem Lande nur untergeordnete Teilhaber und Beauftragte der Ruhrzentrale geworden, die den größten Teil des Fürstenbesitzes ausgekauft hat.

Wie steht es aber mit dem Industriezentrum

Berlin?

Wie steht es mit AEG., Siemens, Bergmann, Knorrbremse, Loewe, Schwartzkopff, Borsig, Bamag, Deutsche Waffen?

Laßt sehen: **Vögeler,** Thyssen und Silverberg sitzen bei Siemens im Aufsichtsrat, Flick, Otto Wolff, Fahrenhorst, Reusch, Klotzbach, von Krupp und Goldschmidt sitzen bei der AEG. im Aufsichtsrat. Der Ruhrtrust ist noch aus den Stinnesschen Zeiten her mit Siemens **verbunden,** während die AEG. **erst vor einem** Jahr vor dem Stahltrust zurückweichen mußte. Denn die Schwerindustrie, die die Rohstofflieferantin und zugleich die Auftraggeberin der Elektrotechnik ist, die im Besitze eines ungeheuren mobilen Kapitals ist und die auch in den kapitalistischen Parteien und im Regierungsapparat die erste Geige spielt, kann **schon durch Preisdruck, durch** Materialentziehung und durch Ausspielen der beiden Elektrokonzerne gegeneinander diesem, wie allen Verarbeitern, ihren Willen aufzwingen.

Sie kontrolliert in

Mitteldeutschland

den Waggon-, Lokomotiv- und Maschinenbaukonzern Linke-Hofmann-Busch-Werdau und den Gußstahlkonzern Paul Rohde (Döhlen), in Westdeutschland den Maschinentrust Demag usw. Die in der „Avi" versammelte eisenverarbeitende Industrie Deutschlands zittert vor dem Ruhrtrust, der durch seinen mittels Kartell, Zoll und Franzosenverträge gesicherten Eisenpreis jederzeit Herr über ihr Leben und Tod ist. Und gibt die Ruhr die Parole: Aussperrung! — aus, so wartet die Verarbeitung nur auf den Befehl aus dem Hauptquartier, um auch ihre Truppen in den Sturmangriff gegen die Arbeiterschaft zu werfen.

Westen, Süden, Osten, Zentrum Deutschlands — überall ist die eiserne Ferse der Herren von Essen zu spüren. Es bleibt nur noch Norden — die

Wasserkante

die „alten, freien Hansastädte", die seit jeher ihre Selbständigkeit im Rahmen des deutschen Gesamtkapitalismus betonten und sich als stolze „Individualisten" gebärdeten. Die Reederstädte sind heute Frachtabteilungen des Ruhrkapitals geworden. Der ehrbare Kaufmann von Hamburg leckt die Stiefel Goldschmidts, Vöglers und Haniels, der drei Machthaber der Hamburg-Amerika-Linie. Sein Bremer Kollege kriecht zu Kreuze vor den Großaktionären des Norddeutschen Lloyds, den Stahltrustleuten Carp und Fahrenhorst.

Wie den Reedern, so ist es auch den Werftbesitzern der Wasserkante ergangen. Die Blohm und Voß steht heute durch die Hapag dem Stahltrust nahe, Reiherstieg-Deutsche Werft paktieren mit Haniel, Bremer Vulkan mit Thyssen, Janssen und Schmilinsky mit Klöckner, während der neue Bremer Werftentrust Deschimag durch seine jüngsten Angliederungen mit Otto Wolff in Beziehungen getreten ist. So endet die Freiheit des alten deutschen Hansakapitals — selbst die Meere gehen in Besitz des Ruhrmonopols über. Die Export- und Verkehrsabteilung **der Vereinigten Stahlwerke A.-G. nimmt Besitz von der Wasserkante.**

Doch mit alledem ist die Geographie des deutschen Monopolkapitalismus nicht erschöpft. Eine große Lücke klafft in dem Wirtschaftsreich des Essener Trusts:

das mitteldeutsche Braunkohlen- und Chemiegebiet

der ökonomische und machtpolitische Standort des deutschen Chemietrusts. Es ist die einzige Kapitalmacht Deutschlands, die sich dem Ruhrtrust nicht unterworfen hat und ihm ebenbürtig ist. **Beide haben aber vor kurzem ein enges Bündnis miteinander geschlossen.** Darüber wird ein anderes Mal zu berichten sein.

Das Bankkapital hat das Zustandekommen dieser Großen Koalition der beiden Monopoltrusts erzwungen. Die politischen Parteien des Bürgertums, die Regierung, das Parlament und der Staatsapparat werden von ihr kontrolliert.

Dieser ganze Machtapparat wirft sich gegen die Arbeiterklasse. Die Unternehmerangriffe in der Metallindustrie, in der Schwerindustrie, in der Werftindustrie, in der Textilindustrie — Berlin, Dresden, Hamburg, M.-Gladbach, Essen —, es sind nur die Teilvorstöße einer einheitlichen Armee, die einen gemeinsamen Generalstab hat, die ihren Krieg nach einem einheitlichen strategischen Plan führt. Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen! Welche Strategie stellt demgegenüber die angegriffene deutsche Arbeiterschaft auf? Wo ist der einheitliche Kampfstab, die einheitliche Kampfaktion der proletarischen Divisionen?

Nur die Diktatur des Proletariats kann die Diktatur der Schwerindustriellen, des Finanzkapitals aufheben. Leute, die inmitten dieses gigantischen Zusammenstoßes der Klassen von einer „Wirtschaftsdemokratie" wimmern und von einem „Kampf" des kapitalistischen Staates gegen die Schwerindustriellen phantasieren, sind entweder blind oder sie sind Verräter, die den Befreiungskrieg des Proletariats in falsche Bahnen drängen wollen. Die Blinden haben in einem Krieg nichts zu suchen. Den Verrätern muß das Handwerk gelegt werden.

Leonid.

Erfolge und Erwartungen der Ruhrindustriellen

„Wir kämpfen nicht gegen die Staatsautorität, wir kämpfen nicht gegen den Grundgedanken des Schlichtungswesens, wir kämpfen nicht gegen die Institution der Gewerkschaften. Vielmehr kämpfen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus und der deutschen Exportfähigkeit, für die Rentabilität der Wirtschaft und damit für die Weiterführung unserer Betriebe."

Das sind die Schlußsätze der Kundgebung, die die Ruhrindustriellen zur Rechtfertigung ihres Vorstoßes veröffentlicht haben.

Es wird ihnen jeder Arbeiter gern glauben, daß sie nicht gegen das Schlichtungswesen und gegen die „Institution" der Gewerkschaften, soweit sie von den Reformisten geführt werden, kämpfen wollen. Haben doch beide bewiesen, daß sie für die Unternehmer sehr nützlich sein können. Das hat sich in der Vergangenheit bereits für die Unternehmer ganz außerordentlich bewährt. Die nachstehenden Tabellen mit den wichtigsten Daten der größten Konzerne zeigen, daß die Ruhrindustriellen eine ausgezeichnete „Rentabilität" zu verzeichnen haben. So ausgezeichnet, daß die Elendslage der Arbeiter davon um so mehr absticht.

Hösch-Konzern

(Die Produktionszahlen in Millionen Tonnen)

	1925	1926	1927
Reingewinne	777 931,— M.	2,9 Mill. M.	4,9 Mill. M.
Produktion:			
Kohle	1.7	1,7	1,88
Koks	0,69	0,65	0,70
Roheisen	0,56	0,51	0,67
Rohstahl	0,74	0,59	0,86
Arbeiter	21 200	18 799	18 374

Krupp

	1925	1926	1927
Reingewinne	15,8 Mill. M. (Verlust)	2,1 Mill. M. (Verlust)	13,0 Mill. M. (Gewinn)
Produktion:			
Kohle	6,4	6,5	7,2
Koks	2,1	1,9	2,3
Roheisen	1,10	1,12	1,34
Rohstahl	1,38	1,45	1,68
Arbeiter	65 145	40 262	66 327

Mannesmann

	1925	1926	1927
Reingewinne	2,7 Mill. M.	8,8 Mill. M.	15,8 Mill. M.
Produktion:			
Kohle	3,6	3,9	4,1
Koks	0,76	0,67	0,77
Arbeiter	26 932	24 200	28 323

Buderussche Eisenwerke

	1925	1926	1927
Reingewinne	315 880 M.	377 140 M.	1 021 000 M.
Umsatz	38 Mill.	32,6 Mill.	41,6 Mill.
Arbeiter	5 050	5 000	6 389

Die Zahlen zeigen bei sämtlichen Firmen einen ansteigenden Gewinn, eine Steigerung der Produktionsziffern und eine Herabsetzung der Anzahl der Arbeiter auf.

Bei den Vereinigten Stahlwerken zeigt sich ganz genau dasselbe Bild. Im ersten Halbjahr 1926 betrug der Reingewinn 26,46 Millionen, im Jahre 1926/27 52,34 Millionen Mark.

Diese Erfolge der Ruhrindustriellen in den letzten Jahren genügen ihnen immer noch nicht. Haben die reformistischen Gewerkschaftsführer während der vorjährigen Hochkonjunktur ihren Teil dazu durch Nichtausnützung der Hochkonjunktur für Lohn- und Arbeitszeitkämpfe beigetragen, so glauben gegenwärtig die Ruhrindustriellen ihrerseits, zum Angriff übergehen und dabei sich um so mehr auf die Rolle der reformistischen Führer als Saboteure aktiver Streikkämpfe, deren Ausdehnung nicht von den Unternehmern, sondern von den Arbeitern zu bestimmen wäre, verlassen zu können. Wenn die Arbeiterschaft geschlossen den Kampf aufnehmen und auf andere lebenswichtige Industrien und Betriebe ausdehnen würde, dann würden die Ruhrindustriellen sich sehr schnell hinter dem ihnen so günstigen und von der Arbeiterschaft allgemein abgelehnten Schiedsspruch verstecken; denn dieser gibt nicht einmal einen Ausgleich für die neue Teuerungswelle.

Die fortschreitende Teuerung

Seit Herbst vergangenen Jahres haben sämtliche Industriekartelle und Industriemonopole in Deutschland eine Reihe von Preisheraufsetzungen vorgenommen. In der vorhergehenden Zeit sind die Preise nicht etwa gesunken, sondern haben sich nur wenig verändert. Deswegen ergibt sich heute eine um so bedeutendere Verteuerung, die sämtliche relativ geringfügigen Lohnerhöhungen im laufenden Jahre überholt hat. Das wird durch folgende Statistik veranschaulicht.

Die Steigerung der industriellen Fertigwarenpreise

(Im Großhandel 1913 = 100)

	Mai 1927	Sept. 1927	Mai 1928	Sept. 1928
Produktionsmittel:				
Landwirtsch. totes Inv.	132,1	134,7	138,2	141,1
Elektromotore	119,9	121,4	127,8	135,5
gewerbl. Arbeitsmasch.	138,9	139,9	144,0	145,8
Handwerkszeug	117,8	118,0	125,2	126,3
Maschinen insgesamt	135,1	136,3	140,0	142,1
Konsumgüter:				
Glas, Porzellan und Steingutwaren	157,6	160,6	167,4	172,0
Eisen- und Stahlwaren	143,8	145,5	153,4	158,9
Hauswäsche	173,6	173,4	186,8	184,2
Textilwaren	162,0	182,7	181,2	181,8
Schuhzeug	130,7	140,3	162,3	161,6

In den letzten Monaten sind vor allem die Produktionsmittelpreise gestiegen. Auch ein Erfolg der Rationalisierungsmaßnahmen!

Der amtliche Lebenshaltungsindex ist von Mai bis Sept. 1927 von 146,5 auf 147,1 und bis Sept. 1928 weiter auf 152,3 geklettert. Die weit stärkere Steigerung der Großhandelspreise ist der Vorläufer einer weiteren Verteuerung der Kleinhandelspreise. Dies ist um so mehr zu erwarten, weil die wichtigsten Industriewaren, die Eisen- und Stahlfabrikate, in den nächsten Wochen abermals eine erhebliche Heraufsetzung im Preise erfahren sollen.

KORSO
Die neue Sensation.
SÖHNE
JASMATZI & SÖHNE DRESDEN 16
5 ₰

KPD / Bezirk Ostsachsen / Sekretariat
Adresse: Siegfried Rädel MdR., Dresden-A., Columbusstr. 9 / Tel. 18031 / Versammlungsnotizen müssen spätestens drei Tage vor dem Erscheinungsdatum im Sekretariat gemeldet sein. Auskünfte in allen Arbeiterfragen jeden Dienstag von 17 bis 19 Uhr.

Mittwoch den 7. November

Dohna. 19,30 Uhr im Rest. Müglitztal. Referent: Siegfried Rädel, M. d. R.

Donnerstag den 8. November

Laubegast. Mitgliederversammlung 19,30 Uhr im Steirischen Hof. Thema: Die innerparteiliche Lage. Referent: Otto Schön.

Freitag den 9. November

Stadtteil 1. Alle Zellen rüsten zum Zeitungsverkauf. Jede Zelle hat unsere Stadtteilzeitung zu vertreiben. Freitag den 9. November Sitzung aller Zellenleiter 9,30 Uhr im Brandenburger Hof. Sonntag den 11. November Verkauf von Zeitungen. KJV, Jugend usw. erscheinen 9 Uhr im Brandenburger Hof.

Kommunistischer Jugendverband

Donnerstag den 8. November

Gruppe Löbtau. Wir treffen uns 19,30 Uhr im Bürgergarten zur gemeinsamen Revolutionsfeier mit der Roten Jungfront.

Gruppe Striesen. Gruppenabend im Rest. Eckhügel: 10 Jahre deutsche Republik. Referent: Friedemann. Gewerkschaftsbücher mitbringen.

Freitag den 9. November

Ostzing, Neustadt. Hausagitation. Stellen Bischofsplatz 9,30 Uhr im Kutte. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. — Für die Gruppen Pieschen, Hecht und Ostzing beginnt der Kursus pünktlich 8,30 Uhr im Rest. Rosenthal, Max Klingel, Hechtstraße 30. Papier und Bleistift mitbringen.

MS.-Sendex. Musikabteilung. Wir stellen 8 Uhr am Anker. Das pünktliche Erscheinen eines jeden Spielers ist Pflicht.

Freital. Alle Jugendgenossinnen und -genossen gehen in die Revolutionskundgebung in den Döhlener Hof 19 Uhr. Die Roten Raketen spielen!

Sonntag den 11. November

Altstadt. Alle Genossen gehen 9 Uhr nach dem Brandenburger Hof, Berliner, Ecke Peterstraße.

UB Freital. Unterbezirksmitgliederversammlung. Thema: Der KJVD und die innerparteiliche Lage. Referent von der BL. Beginn 9 Uhr im Restaurant zum Amtsgrund, Bannewitz. Alle Zellen- und Ortsgruppenleiter müssen dafür Sorge tragen, daß alle kommen.

Jung-Spartakus-Bund

Donnerstag den 8. November

Rote Trommler! Wir treffen uns 17 Uhr Stadt Leipzig (Hauptplatz), Leipziger Straße (Linie 10, 15 und 17). Bestimmt und pünktlich kommen. Wir müssen erst noch etwas üben.

Roter Frontkämpferbund

Mittwoch den 7. November

Abteilung 1. Alle Kameraden stellen zur Demonstration Rostiz-Wallwitz-Platz.

Donnerstag den 8. November

Abteilung 5. Jeder Kamerad hat an der Revolutionsfeier in Stadt Leipzig teilzunehmen.

Dohna. 19,30 Uhr im Gasthof Gorknitz Mitgliederversammlung. Erscheinen ist Pflicht.

Heidenau. 20 Uhr Gruppenversammlung mit Gästen im Deutschen Krug. Bericht von der Spartakiade mit Lichtbildervortrag.

Wilsdruff. 20 Uhr Feier der Russischen Revolution im Forsthaus. Gäste mitbringen.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Mittwoch den 7. November

Groß-Dresden. Stellen zur Demonstration auf den Stellplätzen der einzelnen Bezirke. Niemand darf fehlen!

Donnerstag den 8. November

Abteilung 1. 20 Uhr im Restaurant zum Hasen Mitgliederversammlung. Gäste willkommen!

Rote Jungfront

Mittwoch den 7. November

Ostsachsen. Alle säumigen Ortsgruppen und Abteilungen sofort Berichtsbogen für Oktober einsenden.

Abteilung 2. Stellen der gesamten Abteilung zur Demonstration 18,30 Uhr Freiberger Platz.

Donnerstag den 8. November

Abteilung 1. Unterhaltungsabend Russische Revolution. Kameraden der Abteilungen 2 und 12 sowie alle Mitglieder der RJ sind willkommen.

Heidenau. 18,45 Uhr wichtige Versammlung bei Grau in Uniform. Pünktlich erscheinen. Pflichtdienst.

Sonntag den 11. November

Abteilung 2. Alle Kameraden erscheinen am Sonntag 9 Uhr im Brandenburger Hof, Berliner Straße.

Rote Hilfe

Donnerstag den 8. November

Bezirksvorstand. 19,30 Uhr wichtige Sitzung im Bureau.

Amtliche Bekanntmachungen

— Heidenau —

Allgemeine Ortskrankenkasse Heidenau.

Bei der am 5. November 1928 stattgefundenen Wahl der Versicherten-Vertreter zum Ausschuß für die Jahre 1928 bis mit 1932 wurden insgesamt 2719 gültige Stimmen abgegeben. 33 Stimmen waren ungültig.

Von den abgegebenen gültigen Stimmen entfielen auf

Vorschlagsliste 1: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Amtshauptmannschaft Pirna	980	Stimmen
Vorschlagsliste 2: Weichsner-Morsinger	285	„
„ 3: „Liste der Opposition"	1421	„

Auf Grund dieses Wahlergebnisses gelten von

Vorschlagsliste 1:	11 Vertreter und	22 Ersatzleute
„ 2:	3 „ „	6 „
„ 3:	16 „ „	32 „

als gewählt.

Das Namensverzeichnis der Versicherten-Vertreter und der Ersatzleute des nunmehr gewählten Ausschusses kann an Kassenstelle eingesehen werden.

Heidenau, den 6. November 1928.

Der Vorstand. E. Nickel.

Allgemeine Ortskrankenkasse Heidenau.

Auf Grund der §§ 69 flg. der Kassensatzung in Verbindung mit §§ 23 flg. der Wahlordnung wird hiermit die Wahl der Versicherten-Vertreter zum Kassenvorstand für die Wahldauer 1928 bis 1932 ausgeschrieben und zur Einreichung von Vorschlagslisten aufgefordert.

Zu wählen sind 8 Vorstandsmitglieder und 16 Stellvertreter von den Versicherten.

Die Wahl erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten wirtschaftlicher Vereinigungen von Arbeitnehmern oder von Verbänden solcher Vereinigungen, die von den zur Vertretung der Vereinigung oder des Verbandes gesetzlich berufenen Personen unterzeichnet sein müssen.

Solchen Vorschlagslisten stehen gleich Vorschlagslisten der Arbeitnehmer, wenn sie von mindestens 100 Wahlberechtigten unterschrieben sind und Vorschlagslisten der Arbeitnehmervertreter im Ausschuß, wenn sie von zwei Vertretern unterzeichnet sind.

Die Stimmabgabe ist an die Vorschlagslisten gebunden.

Wählbar sind die in den Vorschriften über die Wahl des Kassenvorstandes in der Satzung (§ 83) bezeichneten Personen. Wahlberechtigt sind nur die Vertreter im Kassenausschuß.

Auf die Wahlordnung wird verwiesen.

Die Vorschlagslisten sind bis zum 29. November 1928, nachmittags 1 Uhr, bei dem Vorstand einzureichen. Später eingehende Vorschlagslisten finden keine Berücksichtigung.

Wird nur eine Vorschlagsliste zugelassen, so gelten die darin Vorgeschlagenen in der Reihenfolge der Liste als gewählt, ohne daß eine Wahl stattzufinden hat.

Die Wahl findet am 28. Dezember 1928, nachmittags 6—7 Uhr im Rathaus zu Heidenau statt.

Heidenau, den 6. November 1928.

Allgemeine Ortskrankenkasse Heidenau.
Der Vorstand. E. Nickel.

— Freital —

Freibank.

Donnerstag den 8. November, findet ab 8 Uhr Verkauf von rohem Rindfleisch auf der Freibank im Stadtteil Potschappel, Hof des früheren Rathauses, statt. Preis pro Pfund 40 Pf.

Rat der Stadt Freital, am 7. November 1928.

Wenn's niemand macht!
Oswald Machts!
Hauptlager:
Kaulbachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße
Möbel
aller Art
Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Vogtländisches Schürzenhaus
Johannstraße (direkt am Pirnaischen Platz)
im Hause der Mohren-Apotheke, letztes Spezialgeschäft am Platze, empfiehlt Schürzen und Berufsmäntel jeder Art (auch Maßarbeit). Vorzeiger dieses erh. 5% Rabatt

Heilsalbe
und
Seifencrem
die beste Wundsalbe
zu haben in der
Apotheke, Demitz-Thumitz

A. verw. Alberts Dresden-A. 19 Schandauer Straße
Getreide, Futter- und Düngemittel
Sämereien und Kartoffeln / Telephon 33150

Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
● Otto Trobisch, Fleischermeister
DEUBEN, Artusstraße 3

DER DIE DAS
Umsatz kann intensiv nur durch eine gute, regelmäßige Reklame erhöht werden
●
Reklame ist deshalb für jedes Geschäft eine unumgängliche Notwendigkeit
●
Inserat in der Arbeiterstimme ist für laufende Reklame bestes Werbemittel
●

Das Sport- und Kultur-Kartell Heidenau, Dohna u. Umg. gibt hiermit bekannt, daß ab 15. Oktober die Bewirtschaftung des Sportheims in eigene Regie übernommen wurde und täglich von 8 Uhr geöffnet ist. Nach Ergänzung und Erweiterung der Wirtschaftseinrichtungen erweist nunmehr die Leitung des Kartells der Einwohnerschaft von Heidenau, Dohna und Umgegend ihre Referenzen und wartet am 9. November (Revolutionstag) mit einem großen
DOPPEL-SCHLACHTFEST
auf ● 9 Uhr Wellfleisch, später sämtliche Schlacht-Spezialitäten ● Für musikalische Unterhaltung ist bestens gesorgt ● Um zahlreiche Unterstützung bitten
der Vorstand, der Wirtschaftsausschuß

Empfiehlt sämtliche
FLEISCH- UND WURSTWAREN
zu den billigsten Tagespreisen
Max Voigt, Neu-Graupa

Kluge Frauen
Gummi
Hüftformer, Leibbinden
Massage-Gürtel
Gummi-Strümpfe
Kräuselformer, unsichtbar
Massage-Artikel
alle Frauen-Spüler
Mutterspritzen
Klysos, Duschen
alle Frauen-Artikel
R. Freisleben
Postplatz
Filiale: Wallstr. 4
Fachkund. Damenbedienung
Auf Inserat Rabatt

Bei Einkäufen
sucht die Hausfrau in dem Inseratenteil der Arbeiterstimme.
bevorzugt
die preiswerten Angebote in derselben und kauft grundsätzlich nur bei
den Inserenten

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.
Zweigniederlassung Dresden
Allwöchentlich am Donnerstag:
Frischer Seefisch
Fische sind nahrhafter als Fleisch
aber wesentlich billiger!
In dieser Woche aus fester Eispackung
ganz frisch:
Schellfisch ohne Kopf, Pfund **40** ₰
Rotbarsch ohne Kopf Pfd. **40** ₰ | **Kabeljau** ohne Kopf Pfd. **55** ₰
Ferner empfehlen wir:
Prachtvolle Matjes-Heringe
Stück etwa **30** Pf., Pfund **70** Pf.
Neue Vollheringe
Schott. Mattfulls .... Stück etwa 15 Pf., Pfund **45** ₰
Crownfulls .... Stück etwa 18 Pf., Pfund **55** ₰
Holländ., nur milchne Stück etwa 15 Pf., Pfund **55** ₰
Eine **hervorragende Delikatesse** sind unsere
fein marinierten Heringe
reichlich mit Zwiebel und Gurke garniert
Stück nur **25** ₰
Beachtlich billiger:
Hering in Gelee
Feinkost-Brathering
große 1-Liter-Dose nur **90** ₰
Riesen-Lachsheringe
Stück **25** ₰
Feinster fetter Räucheraal
wohlschmeckend, fett, zart ... Pfund **440** ₰
Auf den **vollen Betrag** vorstehender Preise gewähren wir **Einkaufsgutscheine,** die am Jahresschlusse mit
6% Rückvergütung
in bar ausbezahlt werden

Arbeitsamt Freital
Abteilung Berufsberatung
Lange Straße 19
Fernsprecher 695
Wir haben offene Lehrstellen zu besetzen als
Maschinenschlosser
Eisendreher
Schmied für Hufbeschlag u. Wagenbau
Eisenformer
Stuhl- und Sesselbauer
Kaufleute
Graveur
Schaufensterdekorateur
Fahrradschlosser
Eisenhobler
Modelltischler
Stellmacher
Zeichner
Bäcker
Lehrmädchen für künstliche Blätter und Blumen

Puppen-Wagen
erneuert
Kaiser
Pirna
Schmiedestr. 17
Aufträge möglichst zeitig erbeten!

Damen-Frisier-Salon
neu eröffnet!
Br. Wagner, Pirna
Dohnasche Straße 21
Herren- und Damen-Frisier-Geschäft

Reisewitzer Bier der gute Trunk

SLUB
Wir führen Wissen.

„Notleidende“ Textilindustrielle

Ermutigt durch das Vorgehen der Hüttenbarone halten jetzt die Textilgewaltigen die Zeit für gekommen, um die Generalabrechnung mit den Textilarbeitern vorzunehmen. In allen Tarifgebieten, wo Lohntarife ablaufen, haben die Unternehmer die Kündigung derselben beantragt. Zu den bisherigen von ihnen gekündigten Lohntarifen in allen Teilen Deutschlands sind in den letzten Tagen die Tarifgebiete Münsterland und Bielefeld hinzugekommen. In diesen Bezirken sind zirka 50 000 Textilarbeiter beschäftigt. Infolge des reformistischen Verrats an den München-Gladbacher Textilarbeitern fühlen sich die Herren stark genug, um den Textilern Lohnabbau und die Laufdauer der Tarife auf weitere zirka 2 Jahre zu diktieren. In ironischer und beleidigender Form, wie die sozialdemokratische Chemnitzer Volksstimme ihren Lesern mitteilt, haben die Textilgewaltigen mit Befriedigung Kenntnis genommen von dem Verzicht der Gewerkschaftsbureaukratie, die Tarife zu kündigen.

Und da die Reformisten damit gleichzeitig die schwierige Lage in der Textilindustrie anerkannt hätten, müßten sie nun nach der Meinung der Unternehmer auch einsehen, daß die jetzigen Löhne nicht mehr weitergezahlt werden können und vor allen Dingen die Tarife auf mindestens zweijähriger Vertragsbasis abgeschlossen werden müssen. Beißender Hohn, das ist die Quittung der Unternehmer auf den reformistischen Verrat an den Textilarbeitern!

Lügenoffensive der Textilbarone

Zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Arbeiter setzt jetzt eine Lügenflut in der ganzen kapitalistischen Presse gegen die Textilarbeiter ein. Mit welchen Methoden die Unternehmer und ihre Agenten die Oeffentlichkeit belügen, zeigen drastisch zwei Artikel in Nummer 515 vom 2. November in der Berliner Börsenzeitung. An diesen Artikeln des Syndikus des Arbeitgeberverbandes Dr. Klaue und des Textilindustriellen van Delden erkennt man, mit welcher Dreistigkeit diese Leute die Dinge, die sich jetzt in der Textilindustrie abspielen, entstellen. 9,8 Prozent Durchschnittsdividende bezeichnen Dr. Klaue und der Gronauer Textilbaron als viel zu gering für die persönliche Arbeit und Initiative und das Risiko der Unternehmer. Naiv fragt van Delden: „Ist 9,8 Prozent zu verdienen ein Verbrechen, ein Ausbeuten der Arbeiter?“ Dabei sei besonders darauf hingewiesen, daß die Durchschnittsdividende in der deutschen Industrie offiziell 7 Prozent beträgt. Es wäre sehr interessant, zu erfahren, wie hoch der Gewinn, der in den Bilanzen, die nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt sind, ist. Gewinne bis zu 30 Prozent sind in der Textilindustrie im vergangenen Jahre keine Seltenheit gewesen und man kann ohne Uebertreibung sagen, daß der wirkliche Profit der Unternehmer ungefähr noch einmal so hoch ist, als sie selbst angeben. An einigen Fällen, die absolut nicht vereinzelt dastehen und die von uns beliebig wiederholt werden können, ist zu ersehen, welche kolossalen Gewinne die notleidenden Textilbarone im letzten Jahre gemacht haben. Die Plauener Industriewerke haben bei einem Aktienkapital von 4½ Millionen und einer Arbeiterzahl von 1350 einen Gewinn von 2 Millionen Mark im Jahre 1927 zu verzeichnen gehabt. Die Augsburger Kammgarnspinnerei hat bei einer Belegschaft von 2500 Arbeitern im Jahre 1927 einen Reingewinn von 1 830 000 Mark gegenüber 710 000 Mark im Jahre 1926 angegeben. Der Norddeutsche Wollkonzern gibt bei einem Aktienkapital von 50 Millionen Mark einen Reingewinn von 7 Millionen Mark an.

Werden in der Textilindustrie hohe Löhne gezahlt?

Der Unternehmersyndikus Dr. Klaue behauptet, daß die Löhne der Textilarbeiter um 90 bis 100 Prozent, der Textilbaron van Delden erzählt sogar den gläubigen Lesern der Börsen-Zeitung, daß in seinem Betrieb die Löhne gegenüber dem Jahre 1913 um 126,8 Prozent gestiegen seien. Daß dem Unternehmeragenten Dr. Klaue die amtlichen Zahlen unbekannt sind, dürfte wohl nicht anzunehmen sein. Also muß man annehmen, daß er im Interesse seiner Auftraggeber, der Oeffentlichkeit bewußt die Unwahrheit sagt. Wie ist nun der augenblickliche Stand der Löhne der Textilarbeiter gegenüber der Vorkriegszeit in Wirklichkeit? Der Wochenlohn der gelernten Textilarbeiter betrug nach dem amtlichen statistischen Jahrbuch im Jahre 1913: männl. 25,04 Mark; weibl. 17,88 Mark wöchentlich.

Ungelernte Textilarbeiter bezogen im Jahre 1913 einen Wochenlohn: männl. 19,01 Mark; weibl. 14,10 Mark.

Nach dem statistischen Jahrbuch, also nach amtlichen Ziffern, beträgt der Wochenlohn der gelernten Textilarbeiter im Jahre 1928: männl. 36,82 Mark; weibl. 26,98 Mark.

Für ungelernte Arbeiter: männl. 30,86 Mark; weibl. 21,60 Mark.

Wo bleibt da nach Adam Riese die Steigerung der Löhne um 90 bis 100 Prozent gegenüber der Vorkriegszeit? Das zu beweisen, dürfte auch dem Unternehmeragenten Dr. Klaue unmöglich sein. Die Steigerung beträgt bei den männlichen Facharbeitern 47 Prozent, bei den weiblichen 50 Prozent. Gleichzeitig ist aber der amtliche Teuerungsindex gegenüber dem Jahre 1913 auf zirka 154 Punkte gestiegen, also es ist eine feststehende Tatsache, daß der Reallohn selbst nach den amtlichen Zahlen, die man natürlich mit großer Vorsicht genießen muß, die Höhe des Reallohnes von 1913 noch nicht erreicht worden ist. Und dabei ist noch die ungeheure Leistungssteigerung, die inzwischen eingetreten ist, und die schon im Jahre 1926 nach einer Statistik des christlichen Textilarbeiterverbandes 10 Prozent ausmachte, inzwischen aber infolge der Rationalisierung in dem letzten Jahre noch mindestens auf 20 Prozent gestiegen sein dürfte, zu berücksichtigen.

Der Offensive der Textilindustriellen gegenüber darf die sächsische Textilarbeiterschaft nicht in der Defensive bleiben. Sie muß ihrerseits noch bevor die Kündigungsfrist abgelaufen ist, aktiv in den Kampf eingreifen, ihre Forderungen erheben und zur Wahl von Betriebskampfleitungen übergehen. Das wird zugleich die beste Unterstützung des Kampfes der Ruhrarbeiter sein.

Die SPD für „wertvolle“ Rüstungen und neue Steuern

Ein bezeichnender Artikel des Dr. Hertz

Man muß schon gut aufpassen, um aus dem sozialdemokratischen Parolenwirrwarr schlau zu werden. Vor dem 20. Mai hieß es: Kinderspeisungen statt Panzerkreuzerbau! Am 5. Juli aber weigerte sich die SPD, unserem im Reichstagsplenum gestellten Antrag auf Verwendung der Panzerkreuzerraten für Kinderspeisungen zuzustimmen. Am 10. August riefen die SPD-Minister: „Hoch der Panzerkreuzer!“ und bewilligten die erste Bausumme. Dann bellten sie zur Freude aller Panzerkreuzeranhänger gegen das Volksbegehren. Heute aber erscheint die SPD-Presse wieder wie vor dem 20. Mai unter der Balkenüberschrift: „Fort mit dem Panzerkreuzer!“ Sie können sich eben schmiegen mal so und mal so.

Diesmal ist Dr. Paul Hertz dran. Er holt wieder mal den alten Ladenhüter von der „kommunistisch-reaktionären Einheitsfront“ hervor. Wie dumm er sich bei diesem Schwindel anstellt, wie er sich selbst ins Gesicht schlägt, geht schon daraus hervor, daß er 10 Zeilen weiter die Kommunisten als „unbedingte Gegner des Panzerkreuzerbaues“ ansprechen muß.

Nette Aussichten eröffnet Hertz, wenn er konstatiert:

„Aber auch bei der entschlossensten Sparpolitik sind weitere Steuern notwendig, von denen nach Lage der Dinge keine einzige Schicht der Bevölkerung ausgenommen werden kann.“

Das heißt: Die Arbeiter werden bei der kommenden Steuererhöhung durch neue direkte Steuern belastet werden. Jetzt wissen wir wenigstens, warum wir einen Sozialdemokraten zum Finanzminister haben: damit er neue Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter legt, die durch die Steuerabwälzung seitens der besitzenden Schichten wohl noch nicht schwer genug betroffen sind!

Hertz fordert in seinem Artikel, „den Bau militärisch wertloser und überflüssiger Panzerkreuzer einzustellen“. Womit Herr Dr. Hertz eingesteht, daß die Sozialdemokratie für wertvolle Rüstungen ist; ihr „Kampf“ gegen den Panzerkreuzer ist nicht von dem Bestreben diktiert, keinen Pfennig dem kapitalistischen Militarismus zu bewilligen, sondern gerade dem Kapital zu beweisen, daß man zweckdienliche Rüstungen betreiben müsse. **Also kein Streit um Grundsätze, sondern darum, wer die militärischen Belange des Kapitals besser wahrt: die SPD oder die Deutschnationalen.** Und da können die Bürgerlichen den SPD-Führern wirklich keinen Vorwurf machen. Hat Noske doch die Reichswehr mit den schwarzweißroten Generalen gegründet, haben doch die SPD-Führer immer noch die Etats für Reichswehr und Marine bewilligt. Ja, selbst dieses unter dem Druck der ehrlich empörten proletarischen SPD-Mitglieder geführte Scheingefecht im Parlament wird unter der Losung geführt: **Gegen die wertlosen Rüstungen! Also für die wertvollen!** Wertvoll für die Hindenburg-Groener-Hermann-Müller-Hugenberg, die ein Kriegsinstrument gegen das Proletariat in Deutschland und in der Sowjetunion benötigen. Das ist der Sinn des Hertzschen Artikels, und der sozialdemokratischen Panzerkreuzermanöver, über das die revolutionären Arbeiter ihre sozialdemokratischen Klassengenossen, wo immer sie auch mit ihnen zusammentreffen, aufklären müssen.

Gewerkschaftsreformismus und Preußenkonkordat

Wenn der Endkampf um das von der sozialdemokratischen Koalitionsregierung in Preußen bis zum Abschluß vorbereitete Kirchenkonkordat losgeht, hilft kein Mundspitzen mehr, es muß gepfiffen werden. Was werden die Gewerkschaftsleitungen tun? Werden sie sich wie beim Kampf gegen den Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf mit einem ablehnenden Artikel und mit einer ablehnenden Resolution begnügen? Oder müßten sie nicht im Interesse der freigewerkschaftlichen Bewegung und der breiten Massen der Arbeitnehmer die Gewerkschaftsorganisationen gegen den unerhörten Raubzug der Kirche auf die Taschen und gegen die Schulen des Volkes mobil machen?

Bisher haben die Herren keinen Ton von sich gegeben, genau wie die durch die Koalition an den „Fesseln Petri“ gebunde Sozialdemokratie. Und das wenige Wochen, nachdem sie in Hamburg auf dem ADGB-Kongreß ein Bildungsprogramm angenommen haben, in dem die „Weltlichkeit des gesamten Schulwesens“ gefordert wird und ganz besonders der Einfluß der Religionsgesellschaften auf die Schulen abgelehnt wird. Wie ist überhaupt dieses radikale Bekenntnis zur Weltlichkeit in das Bildungsprogramm dieser Reformisten hineingekommen, wo doch der ADGB bekanntlich das Neue Testament als wertvolles Bildungsgut herausgegeben hat? Wie verträgt es sich mit der Entschließung des Bundesvorstandes vom Oktober 1927 zum Keudellschen Reichsschulgesetzentwurf, wo es heißt:

„Die Gewerkschaften sind weit davon entfernt, den Kirchen wie den weltanschaulichen Vereinigungen das Recht zu verweigern, außerhalb der Schulen und, da auf anderem Wege ein Ausgleich, der den Schulfrieden sichert, nicht zu erzielen sein wird, auch innerhalb der Schulen ihren Einfluß auf den Religions- und Weltanschauungsunterricht auszuüben. Sie wollen den Kirchen und Weltanschauungsbünden geben, was ihnen zukommt.“

Dann folgt ein Bekenntnis zur christlichen Simultanschule nach dem Muster von Baden und Hessen, ein Bekenntnis zum „deutschen Volkstum“ und zur „sozialen Volksgemeinschaft“.

Das klingt vertrauter im Munde der Reformisten. Das sind die Töne der Koalitionspolitiker, der Wirtschaftspazifisten, die Schritt für Schritt auch vor dem Pfaffentum zurückweichen. Wer aber den Kirchen auf dem Schulgebiet geben will, „was ihnen zukommt“, muß und wird ihnen erst recht auch geben, was sie an finanziellen Leistungen fordern, um den Seelenfang mit Erfolg ausüben zu können.

Es ist höchste Zeit, daß in den freigewerkschaftlichen Organisationen über zum drohenden Preußenkonkordat Stellung genommen wird. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Nöte müssen die Gewerkschaften die in Form von Dotationen und neuen Bischofssitzen drohende Millionenbelastung durch die Kirche aus gewerkschaftlichen Gründen bekämpfen. Jede Verstärkung der Machtpositionen der Kirche bedeutet aber auch eine Stärkung der christlichen Gewerkschaften, eine ungeheure Gefahr angesichts der riesigen Wirtschaftskämpfe, in denen wir mitten drin stehen. Der Anschlag der Kirche auf die Volksschulen, die als Konfessionsschulen durch das internationale Konkordat der Kirche garantiert werden sollen, bedroht die gesamte sozialistische und freigewerkschaftliche Erziehungsarbeit.

Es droht auch hier Verrat der reformistischen Führung, die an die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie gebunden ist.

Keine radikalen Phrasen dürfen darüber täuschen. Die Macht der gewerkschaftlich organisierten Massen muß gegen die Konkordatsgefahr eingesetzt werden, trotz der reformistischen Spitzen.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik: Bruno Goldhammer; für Lokales und Feuilleton: Richard Spengler; für Inserate: Arthur Burkert, sämtlich in Dresden; für Gewerkschaftliches: Willy Schneider, Freital. — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft. — Druck: Peuvag, Druckereifiliale Dresden.

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen v. Dmitrij Umanskij

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(96. Fortsetzung)

Die schweren Stiefel klebten sich mit weichen Ueberschuhen aus Kot, und die Schritte glitten ab wie auf Eis. Aber die Füße bewegten sich beharrlich weiter, und die Körper schwankten schwer und gleichmäßig wie Glockenschwengel. Ueber die verlorene Straße, irgendwo tief in Rußland, eingehüllt von der Herbstnacht, durch armselige Felder ohne Ende und Saum, unbekannt wohin, marschierten sie, Hessen, Schwaben, Bayern. Auch auf fremder Erde begannen sie unter dem fremden trüben Himmel das nie vergessene Lied:

„Ich hatt' einen Kame—ra—den . . .“

Auf diesem Boden klang das wehmütigsüße Lied grimmig und drohend, und Andrej hörte im Chor der Bayern, Hessen und Schwaben seine eigene Stimme nicht. Aber er sang, und seine Worte fielen mit den Worten des Liedes zusammen, obwohl ihr Sinn ihm ein anderer schien. Durch nichts von den Soldaten unterschieden, im gleichen Schritt und Tritt, Schulter an Schulter mit ihnen, ging Andrej der Finsternis entgegen, und das fremde Lied entströmte ihm leicht und ohne Schmerz:

. . . In der Heimat, in der Heimat,
Da gibt's ein Wiedersehn . . .“

Er war stark und ruhig, er sang von Maries Heimat, vom Wiedersehen mit Marie. Er glaubte, daß Marie die Zukunft sei.

Er schlief auf der Erde ein, als die Abteilung in Rutschji ihr Lager aufschlug . . . .

Der Sonnenaufgang kam spät, es hörte nicht auf zu regnen, die Gärten standen vom Nachtwind entblättert. In dem dumpfen Morgennebel sah Andrej zum ersten Male die Soldaten an. Seltsam gleich wären ihre Gesichtszüge, als wären sie alle auf einer Hobelbank gedrechselt und mit derselben Farbe bemalt worden. Langsam und karg waren ihre Bewegungen, und ihr Mund öffnete sich nur, um Brot abzubeißen oder die Pfeife bequemer zwischen die Zähne zu nehmen.

Als der Befehl zum Ausmarsch nach Sanschino kam, waren die Soldaten eben mit ihren Pfeifen beschäftigt: der eine klopfte sie aus, der andere stopfte sie langsam und bedächtig von neuem, als wäre dies das Wichtigste beim Dienst. Dann nahmen sie die Gewehrpyramiden auseinander, stellten sich in Kolonne auf und marschierten weiter. Am Ende der Gärten ertönte ein Kommando, das Andrej nicht verstand. Die Kolonne schwärmte zu einer langen Kette auseinander, und die Kette bewegte sich in gebrochener Linie über die Hügel, die mit traurigen, spärlichen Resten verlassener Gärten bedeckt waren.

„Es riecht nach Feind!“ brummte Andrejs Nachbar.

Andrej blickte ihn an. Der Soldat paffte den Rauch aus seiner kurzen Pfeife und betrachtete seine Füße. Sein kurzgeschorener Schnurrbart war auf einer Seite ergraut.

„Ich bin nicht ausgebildet,“ sagte Andrej, „ich weiß nicht, was nun zu tun ist.“

„Marschieren!“ antwortete der Soldat.

„Ich werde mich neben Ihnen halten.“

„Das ist ganz egal.“

Und sie gingen schweigend weiter, übersprangen kriechendes Brombeergebüsch und umgingen die kümmerlichen Stämme verwilderter Apfelbäume.

Hinter der Straßenbiegung erblickte Andrej auf einer steilen Anhöhe einen einsamen, geistürzten Baum mit einem unförmigen rötlichen Klumpen an einem Ast. Er blickte diesen Klumpen aufmerksamer an. An einem Steck hing ein unbeweglicher dicker Mann herab, der von der Ferne einer am Halse aufgehängten Gans ähnlich sah. Andrej bemerkte nicht, daß er seine Marschrichtung geändert hätte, und verwirrt beschleunigte er seine Schritte. Er ging geradewegs auf den Baum zu.

„Was ist das?“ fragte er und streckte die Hand rückwärts aus, um seinen Nachbar anzustoßen. „Ein Mensch?“ fragte er noch leiser. Sein Ellenbogen stieß an jemandes Brust, und er blickte sich um. Ihn umringte ein Haufen Soldaten, die gleichzeitig mit ihm dem Baum zueilten.

Die Schwarmlinie war unterbrochen. Eine Stimme fragte kreischend:

„Hat man ihm die Füße abgesägt!?“

Andrej riß sich los und lief die Anhöhe hinauf. Die Soldaten ihm nach. Der Kopf des Gehenkten war seitwärts geneigt, kraftlos und schwer, wie der eines toten Vogels. Das Gesicht war blau, das eine Auge gelblich und ungeheuer groß, kroch wie ausgeschlagen aus der Augenhöhle hervor. An dem gedehnten langen Hals hing in Manneshöhe ein breitschultriger umfangreicher Körper. Es schien, als hätte er gehen können, wenn man Beine unter ihn gestellt hätte. Aber an Stelle der Beine ragten unter den Lumpen der Kleidung nur die dicken, mit rötlicher, verrunzelter Haut bedeckten Beinstümpfe hervor. Die Finger krampften sich auseinandergespreizt in die Luft, und es war, als hielte sich der Körper mit den Händen unabhängig von dem am Strick befestigten Kopf in der Luft. Die Soldaten umringten den Gehenkten. Andrej betrachtete den blauen Kopf. Irgendwo hatte er diesen einer Melone ähnlichen, großen, sommersprossigen Kopf schon einmal gesehen. Der gedrungene Stumpf wippte auf und nieder und schien mit freudigem Grinsen in das verwirrte Reden der Soldaten hineinzurufen:

„Willkommen, Brüder, Genossen! Da habt ihr den Frieden, die Heimat, auf die ihr gewartet . . . .“

Andrej vermochte sich nicht zu erinnern, wann er diesem Kopf begegnet war, und er floß in seinem Gedächtnis mit einem anderen Kopf zusammen, dessen tote Lippen ebenso blau waren und sich plötzlich zu regen begannen:

„Adieu, Frau Mama, adieu . . .“

„Man muß ihn abnehmen!“ ertönte hinter Andrej eine dumpfe Stimme.

Er wandte sich um. Es war Andrejs Nebenmann, der da sprach. Die Hälfte seines Gesichtes mit dem ergrauten Schnurrbart tanzte einen heftig zuckenden Tanz. Er war blaß. Andrej blickte die andern Soldaten an. Sie sahen einander sonderbar unähnlich, während sie ihm noch vor einer Minute alle wie ein einziger Mann erschienen waren.

Einer schritt auf den menschlichen Stumpf am Baum zu und hob ihn in die Höhe. Ungeschickte, zuckende Hände rissen an dem Strick um den langgestreckten Hals des Gehenkten.

Aber im gleichen Augenblick ertönte irgendwo über ihren Köpfen ein kurzes Krachen, als bräche ein trockener Ast ab. Andrej hob die Augen zu dem Apfelbaum empor. Die Soldaten eilten nach allen Seiten, zerstreuten sich zu einer langen Reihe auf dem Hügel und fielen, wie Kartenblätter unter einem Windstoß, zu Boden. Und plötzlich rollte das ungleichmäßige Knattern einander überholender kurzer Explosionen über den Hügel, als risse man irgendwo ein grobes Gewebe in kleine Stücke. Und wie von einer dicken, zerrissenen Decke stiegen über dem fern hinter dem Dorfe liegenden Hügel leichte flaumige Wölkchen empor.

(Fortsetzung folgt.)

SLUB
Wir führen Wissen.

C Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ostsachsen C

DRESDEN NEUSTADT

Fahrräder
Opel / Expreß / Brennabor
10 Mark Anzahlung — 3 Mark Abzahlung
Arthur Menzel jr., Hechtstr. 38

Schreibmaschinen Bürobedarf
Curt Träger, Mechanikermeister
Albertstraße 33 / Telephon 50950

Hauptgeschäft: Konkordienstraße Nr. 1 und 4
Zweiggeschäfte: Leipziger Straße Nr. 120, Vogelstraße Nr. 51, Altplauen Nr. 8, Prohliser Straße Nr. 4

TEXTILHAUS STURZE
empfiehlt Strümpfe, Wollgarne, Trikotagen, Wollwaren
Am Neustädter Markt 5

HAUSRAT
GEMEINNÜTZIGE MÖBELVERSORGUNG G. M. B. H.
DRESDEN, NEUSTÄDTER MARKT 8 / RUF 53220
Siedlerhausrat / Herbergseinrichtungen
Einzelmöbel / Wohnungsgestaltung
Wir stehen im Dienste des neuen Kulturwillens
Wir nehmen Rücksicht auf wirtschaftliche Bedrängte
Zweigstelle: Zittau, Neustadt 38, Ruf 2257

KILLIG & CO.
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Niedergraben 4

Fluß- u. Seefischhandlung Delikatessen
Edwin Hering
Hauptstraße, Ecke An der Dreikönigskirche 1

Werbt Leser für die Arbeiter-Stimme!

50 Läden **Pfunds Molkerei** 50 Ausfahrer
Aelteste und bekannteste Großmolkerei in Dresden
liefert nur beste Molkereiprodukte und zu niedrigsten Preisen
Vollmilch / Butter / Sahne / Margarine / Buttermilch / Käse

Karl Schubert
Obst / Gemüse / Fischhandlung
Oppellstraße 3

Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Alfred Steglich, Oppellstr. 11

Glau & Pötschke
Mineralwasser-Fabrik
Bier-Großhandlung
Industriegelände, Eingang C

Herren- und Damen-Friseur-Salon
Paul Seifert, Heinrichstraße

Erd- u. Feuerbestattungen / Ueberführungen
Beerdigungsanstalt **„Concordia"**
Ruf 53968 / Obergraben 19 / Ruf 51716

Vogtländisches Musikhaus
Inhaber Paul Stoß, Hechtstraße 21
Musikinstrumente-Fabrikation
Sprechapparate / Schallplatten

Friedrich Witzschel
Feine Fleisch- u. Wurstwaren
Rähnitzgasse 3

Brot- u. Feinbäckerei
Hechtstraße 8 — Arno Einert

Konzert- und Ballhaus Zum Reichsbanner
(früher Deutsche Reichskrone)
Bischofsweg 9 Telephon 53538

Restaurant Franz Nittel
Verkehrslokal der freiorganisierten Arbeiter / Fritz-Reuter-Straße 11

Restaurant zum Sportfreund — Angenehme Einkehr — Gutgepflegte Biere
Inhaber: Rudolf Wagner, Oppellstraße 6

Prießnitzbad
Am Alaunplatz
Konzertgarten / Saal u. Kegelbahn

Medizinal-Drogerie E. Stephan
Fichtenstraße 8b / Drogen, Farben, Lacke

T. B. LICHTSPIELE
Bischofsplatz 2/4
Dienstag und Freitag Programmwechsel

Blachstein Alaunstraße 1, am Albertplatz
Bestes und billigstes Einkaufshaus in Dresden-Neustadt für Damen-Bekleidung, Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Wäsche für Damen, Herren und Kinder, Haushaltwäsche, Inlette, Herrenartikel, Strümpfe und Trikotagen
Sonderverkäufe in unbegrenzter Leistungsfähigkeit

Trinkt Chabeso
Ruf 53784 / Arsenal, Eingang C

H. Fleisch- u. Wurstwaren
Spezialität: Aufschnitt
Max Belger, Oppellstraße 24

Strümpfe, Trikotagen, Wäsche, Nähartikel
ALFRED BACH
Hauptstraße 3

Tanz-Etablissement Körner-Garten
Jeden Sonnabend, Sonntag, Montag: Tanz
Inh.: Rosa verw. Zöcher, Gr. Meißner Str. 15

Arthur Weber
Obst, Südfrüchte / Alaunstraße 11
Eier, Butter, Kaffee

Warenhaus Meidner & Co.
Bischofsplatz 8/10

Bäckerei und Conditorei
Joh. Schubart, Erlenstraße 15

Feinbäckerei / Conditorei
Oswin Lommatzsch, Görlitzer Str. 37

E. Bachmann Oppellstraße 33
Kurz-, Weiß- und Wollwaren, fertige Herren- u. Wäschebekleidung

Ewald Löschbor
Fleischermstr., Alaun-, Ecke Louisenstraße 39

Bäckerei / Conditorei / Café
William Förster
Hechtstraße 44b, Ecke Windmühlenstraße

Radio-Musikhaus
Fritz Koch ● Neustädter Markt ● Tel.: 54601

DRESDEN-PIESCHEN

ASTORIA-FILMPALAST
Beliebtes Volks- und Familienkino, Leipziger Straße 55 / Beginn Wochentags 18.30, 20.45 Uhr, Sonntags 15, 17, 19, 21 Uhr / Jed. Sonntag 15 Uhr Jugendvorstellung / Rentenempfänger und Erwerbslose Montags u. Donnerstags halbe Preise

Karl Völksen, Leipziger Str. 88
Lederausschnitt / Schuhbedarfsartikel
Spezialität: Rucksäcke

PAUL FEHRMANN
Bürgerstraße 3
Uhren und Goldwaren

Kolonialwaren- u. Feinkosthandlung
Albert Bürger, Moltkestraße 52

Bruno Gäbisch Bäckerei und Konditorei
Oschatzer Straße 47

Joseph Kleine
Konkordienstr. 52 / Schuhwaren
jed. Art zu niedrigsten Tagespreisen

Moltke-Apotheke
Leipziger Straße 150

Molkerei-produkte **Franz Wenzlau** Moltkestraße 51

Hommels Schokoladenhaus
Ecke Torgauer und Bürgerstraße
Telephon 26428

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei Emil Martin
Moltkestraße 7 (Ecke Leipziger Platz)

E. Biedermann, Torgauer Straße 31
Schokoladen und Zuckerwaren
Billigste Bezugsquelle für Vereine und Organisationen, für Lotterien usw.

Kolonialwaren und Kaffee
Gerhard Thiel
…platz 1, Ecke …matzscher Straße

Reserviert

DR.-MICKTEN-TRACHAU

Walter Löchel, Tichatscheckstraße 10
Fabrikation feiner Fleisch- und Wurstwaren

Bruno Frohberg, Herbststraße Nr. 24
Holz, Kohlen, Briketts, Koks / Telephon 51464

Fischhandlung Max Jannasch
Leipziger Str. 147 und …

Reserviert

DR.-TRACHENBERGE

Fischhandlung ARNO FIEDLER
Großenhainer Straße 111
Fluß- u. Seefische zu niedrigsten Tagespreisen

Spezialgeschäft
Steinhart & Kahlenberg
Trachenberger Straße 23
Haus- und Küchengeräte / Geschenkartikel Spielwaren / Lederwaren / Koffer und Sportartikel / Glaswaren / Kaffee- und Speise-Service / Emaille- und Aluminium-Geschirre Solinger Stahlwaren / Größte Auswahl / Niedrigste Preise / Beste Fabrikate / 5% Rabatt

Kurt Michael
Kolonialwaren, Wild- u. Geflügelhandlung
Trachenberger Str. 63

PAUL SIEBENHAAR
Holz-, Kohlen- und Briketthandlung
Trachenberger Straße Nr. 21—26

Rädelsburg-Lichtspiele
Großenhainer Straße 140
Vorführungen der Spitzenfilme der deutschen, russischen u. amerikanischen Filmproduktion
Erstklassiges Künstlerorchester

Lorz Kurbad
Großenhainer Str. 138
An allen Krankenkassen zugelassen

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Paul Grafe
Marienhofstraße 68

Restaurant Maria-Anna-Hof
Inh.: Paul Schulze
Jeden Freitag und Sonnabend: Unterhaltungsmusik
Guter Mittagstisch

Reserviert

Marien-Drogerie und Farbenhandlung
Otto Singer, Marienhofstr. 50

Dampf-Waschanstalt „Edelweiß"
Großenhainer Str. 140 / Tel. 56277
Naß- Trocken- Roll- **Wäsche** nach Gewicht
Lohnwäscherei

Feine Fleisch- und Wurstwaren
FRANZ KÄMPFE
Hubertusstraße Nr. 43

Kolonialwaren
Hausschlachtg., Fleisch- und Wurstwaren
Hans Wetzel
Hubertusstraße 48

Kolonialwaren Lebensmittel
Albert Rüger
Hubertusstr. 30

Kolonialwaren-Grumbach
Hubertusstr. 72
8% 8%

Fischwarenhandlg.
Karl Lech
Marienhofstraße 65
Preiswerteste Bezugsstelle

Fleisch- und Wurstwaren
Bernh. Zieger
Marienhofstraße 73

Florenz Prather
Lebensmittel
Marienhofstraße 81

RADEBEUL

Max Wähnert (vorm. Franz Roche) Sidonienstraße Nr. 2 ● **Möbeltransport, Spedition, Kohlen**

Oskar Went, Leipziger Str. 69
Herren- und Knabenbekleidung

SAXONIA-DROGERIE
Leipziger Straße 58

Rasiermesser, Tischbestecke / Elg. Schleiferei
Kurt Hocke, Bahnhofstraße 21

Ernst Schöne, Schumannstraße 7
Bäckerei und Konditorei

Schuhwaren und Reparaturen
Friedr. Bahrt, Schumannstr. 7

E. Kupfer Nachf., Inh.: M. Spiegel
Bahnhofstraße 22a
Herrenartikel, Pelzwaren, Damenhüte

Modehaus A. Reiche
Radebeul-Niederlößnitz
empf. zu niedrigsten Preisen Kleiderstoffe, Wäsche, Konfektion, Herrenartikel

Gustav Zschuppe, Leipziger Str. 78
Kinderwagen, Korbwaren, Korbmöbel, Bürsten, Seilerwaren

Albert Klunker, Drogerie
Sidonienstraße 1 (am Bahnhof)

Kohlenhandlung
F. A. Huhle
Leipziger Straße 44

Möbel-Werkstätten Adolf Andrich's Erben
Möbel in allen Preislagen ● Sidonienstraße Nr. 3, am Bahnhof

KÖTZSCHENBRODA

Nähmaschinen, Fahrräder, Sprechmaschinen
… Reichsmark Wochenraten …
ERNST LEIPNER, Kötitzer Straße Nr. 21

PAUL NAUMANN
Papier- und Schulbuchhandlung
Gartenstr. 18, gegenüber der Schule / Ruf 845

Optiker R. Winkler
Moritzburger Straße 9
Spez.-Abteilung für Photographie und Metallspielwaren

Schuhwaren jeder Art gut und preiswert
F. Neugebauer Nachf., Lange Straße 3

Spezialhaus für Wollwaren und Trikotagen
OTTO DEROCHE
Moritzburger Straße Nr. 22

Storch-Drogerie Hauptstraße Nr. 11

W. Wagenknecht
Lebensmittelhaus
Vorwerkstraße 9
Preiswert — gut

Kaiserbrauerei u. Wanderheim
Meißner Straße 144 ● Beliebte Einkehrstätte

Oskar Zieschang Meißner Straße 91
Korbwaren, Spielwaren ● Kinderwagen, ● Bürsten, Besen

Schuhhaus Tittmann
Bahnhofstr. 8a ● Preiswert und gut

Oswin Seltz Nachf.
Inhaber: W. Schöne
Kurz-, Schnitt- u. Wollwarengeschäft — Gradsteg 1a

Konzert- und Ballhaus
„Goldner Anker"

Besucht das PALAST-THEATER Bahnhofstraße 7

DRESDEN-ÜBIGAU

WILLY ADAM ● ALT-ÜBIGAU NR. 5
Holz- und Kohlenhandlung
Skihölzer und Zubehör

Bäckermeister Alfred Hengst
Backwaren in bekannter … — Zinggstraße 1

Lest die Arbeiterstimme

RADEBURG

Max Trepte, Karolinenstraße 9
Feine Wurst- und Aufschnittwaren

Gastwirtschaft „Stadt Leipzig" mit Fleischerei
Verkehrslokal der organisierten Arbeiterschaft

Bruno u. Martin Schmidt
Fahrräder · Dresdener Str. 19… · Reparaturen

COSWIG

Bierhandlung Neu-Coswig
Begründet 1906 — Telephon 177

Fahrräder ● Nähmaschinen ● Motorräder
Reparaturwerkstatt KARL BÄHR
Dresdner Straße 25

Saxonia-Lichtspiele
Täglich, außer Montag, Vorstellung

Spezialgeschäft für Herren- und Knabenbekleidung **Johannes Haun,** Hauptstr. 10

Otto Marx, am Bahnhof
Modewaren, Kurzwaren — Schulstr. 7

MÖBELHAUS
Otto Häse
Hauptstraße 40

Molkerei Richard Berger
Bahnhofstraße 10

Kolonialwaren, Spirituosen, Branntweinschank
M. BURKHARDT, Moritzburger Straße 40

BANNEWITZ

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
von Kurt Rößger, Bergstraße 7

Ernst Straube, Bergstraße 14
Herren- und Damengarderobe, Konfektion, Mode- und Textilwaren

Georg Fleischer, Hauptstraße 43
Schnitt-, Weiß- und Wollwaren

Melzer, Kolonialwaren, Hauptstraße 38

Gustav Troll, Hauptstraße 73

Gasthof Bannewitz, Verkehrslokal sämtlicher Arbeiterorganisationen, Hauptstraße 50

Emil Schramm, Lebensmittel und Spirituosen / Hauptstraße 67

Willy Eulenberger, Dorfstraße 4
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

LOCKWITZ

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt Otto Schöne, Lugaer Straße 71

N. S. U.-Motorräder, Fahrräder u. sämtl. Reparaturen führt aus zu niedrigen Preisen. Teilzahlung auf 12 Mon. **Paul Mack,** Schloßstr. 81

Alfred Meichsner, Poststraße 116
Kolonialwaren / Tabakwaren / Weine

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Herm. Lieber, im Ob. Gasthof, Grundgasse 22

LOCKWITZ-NICKERN

Gasthof Nickern, Saal und Vereinszimmer
empfiehlt den Vereinen für Veranstaltungen
Alfred Knobloch, Nickern 11